16. Wahlperiode**Beschlussempfehlungen und Berichte****des Petitionsausschusses****zu verschiedenen Eingaben**

Inhaltsverzeichnis

1.	16/3984	Bausachen	WM	14.	16/4840	Schulwesen	KM
2.	16/1592	Ausländer- und Asylrecht	IM	15.	16/4889	Städtebauförderung	WM
3.	16/3966	Heimerziehung	SM	16.	16/4756	Ausländer- und Asylrecht	IM
4.	16/4615	Beschwerden über Be- hörden (Dienstaufsicht)	IM	17.	16/4881	Medienrecht, Rundfunkwesen	StM
5.	16/4743	Umweltschutz	UM	18.	16/3809	Bausachen	WM
6.	16/4781	Landesinformations- freiheitsgesetz	IM	19.	16/4589	Schornsteinfegerwesen	WM
7.	16/4861	Steuersachen	FM	20.	16/4825	Sozialversicherung	SM
8.	16/4967	Hochschul- angelegenheiten	MWK	21.	16/4073	Bausachen	IM
9.	16/5053	Gnadensachen	JuM	22.	16/4710	Sozialversicherung	SM
10.	16/4740	Abfallentsorgung	UM	23.	16/4853	Staatsanwaltschaften	JuM
11.	16/4752	Kommunale Angelegenheiten	IM	24.	16/4874	Bausachen	WM
12.	16/4779	Jugendbeteiligung	SM	25.	16/4922	Digitalisierung	IM
13.	16/4817	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	IM	26.	16/4900	Steuersachen	FM
				27.	16/4931	Justizvollzug	JuM
				28.	16/5063	Medienrecht, Rundfunkwesen	StM

1. Petition 16/3984 betr. Bausache

I. Gegenstand der Petition

Der Petent begehrt, dass der dem seit 13. Dezember 1967 rechtswirksamen Bebauungsplan widersprechende Unterstand für Motorräder, Fahrräder und Kinderutensilien auf seinem Grundstück trotz einer durch die Stadt X als zuständige untere Baurechtsbehörde erlassenen Abbruchanordnung vom 28. Januar 2019 bestehen bleiben kann.

II. Die Prüfung der Petition ergab Folgendes:

1. Sachverhalt

Das Baurechtsamt wurde im September von der Stadt Y darauf aufmerksam gemacht, dass der Petent auf dem o. g. Grundstück eine Pflanzsteinmauer mit einer Planenüberdachung mit einer Länge von 4,20 m, einer Tiefe von 2,98 m und einer Höhe (Pflanzsteinmauer) von 1,66 m errichtet hat. Das Baurechtsamt hat daraufhin eine Baukontrolle durchgeführt und dem Petenten mit Schreiben vom 12. September 2018 mitgeteilt, dass diese bauliche Anlage dem dort gültigen Bebauungsplan widerspricht. Der Bebauungsplan setzt Baulinien und unter Ziffer II. 8 fest, dass zwischen den Gebäuden und Straßenflächen verbleibende Grundstücksflächen als Vorgärten anzulegen und zu unterhalten sind. Entlang der öffentlichen Wege sind Sockel bis 0,30 m erlaubt, auf welcher ein Scherenzaun zu errichten ist. Die bereits errichtete Pflanzsteinmauer nebst Planenüberdachung befindet sich hierbei im vorderen Bereich zur Straße hin.

Am 21. September 2018 hat der Petent für die nach Landesbauordnung verfahrensfreie bauliche Anlage einen nachträglichen Antrag auf Befreiung von den Bebauungsplanfestsetzungen eingereicht. Am 31. Oktober 2018 hat der Petent diesen Antrag dergestalt modifiziert, dass die Überdachung nicht mehr mit einer Planenüberdachung sondern mit einer festen Überdachung aus einer Holzplexiglas-Konstruktion ausgeführt wurde. Die feste Überdachung war zu diesem Zeitpunkt bereits hergestellt.

Die beantragte Befreiung wurde mit Entscheidung vom 28. Januar 2019 versagt und der Abbruch der baulichen Anlage angeordnet. Gegen diese Entscheidung hat der Petent mit Schreiben vom 25. Februar 2019 form- und fristgerecht Widerspruch erhoben. Das Regierungspräsidium hat den Widerspruch mit Widerspruchsbescheid vom 29. November 2019 als zulässig aber unbegründet zurückgewiesen.

Der Petent reichte daher eine Petition beim Landtag von Baden-Württemberg ein, die dazu führen soll, dass die bauliche Anlage entgegen den Festsetzungen des Bebauungsplanes bestehen bleiben darf. Hierbei legt er dar, dass das Gebäude, in dem sich die von ihm bewohnte Eigentumswohnung befindet, alt ist und sich im Gebäude keinerlei Stellflächen für Kinderwagen, Buggys, Fahrräder usw. befinden würden. Er sei deshalb auf den Unterstand angewiesen. Bei einem Neubau würden auch derartige Flächen verlangt wer-

den, um eine Baugenehmigung erhalten zu können. Der Unterstand sei an seinem jetzigen Standort für seine schwangere Frau sowie sein Kleinkind problemlos zu erreichen und könne somit gut genutzt werden. Der von der Baurechtsbehörde vorgeschlagene Standort für eine Gerätehütte im rückwärtigen Bereich des Grundstücks sei aufgrund der Topographie (großer Höhenunterschied mit ca. 6 m) ungeeignet. Ferner führt der Petent aus, dass der Unterstand stabil errichtet wurde und nicht gegen Vorschriften der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) verstoße. Der Bau einer Garage auf dem vom Bebauungsplan vorgesehenen Standort sei ihm aus finanzieller Sicht derzeit nicht möglich. Darüber hinaus sei auf dem gegenüberliegenden Grundstück der Bereich zwischen Haus und Straße mit Steinen gepflastert. Weiter würde bei dem westlichen Haus seit längerer Zeit Bauschutt, Abfälle oder Müll gelagert.

2. Rechtliche Beurteilung

Nach § 58 Absatz 1 Satz 1 LBO ist die Baugenehmigung zu erteilen, wenn dem genehmigungspflichtigen Vorhaben keine von der Baurechtsbehörde zu prüfenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften entgegenstehen.

Der Baurechtsbehörde ist bei vorgenannter Rechtsgrundlage kein Ermessen eingeräumt, vielmehr hat der Bauantragsteller einen Rechtsanspruch auf Erteilung der Baugenehmigung, wenn das Vorhaben mit den von der Baurechtsbehörde zu prüfenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften im Einklang steht.

Im konkreten Fall handelt es sich um ein nach Ziffer 1 a) des Anhangs zu § 50 Absatz 1 LBO verfahrensfreies Vorhaben, jedoch müssen gemäß § 50 Absatz 5 LBO verfahrensfreie Vorhaben gleichfalls öffentlich-rechtlichen Vorschriften entsprechen. Da das Vorhaben den Festsetzungen des hier einschlägigen Bebauungsplanes nicht entspricht, ist für dessen Verwirklichung daher jedenfalls eine förmliche Zulassungs-, Abweichungs-, Befreiungs- oder Ausnahmeentscheidung der zuständigen Baurechtsbehörde erforderlich.

2.1 Bauordnungsrechtliche Verstöße

Die bauliche Anlage verstößt aller Voraussicht nach gegen § 13 LBO. Danach müssen bauliche Anlagen sowohl im Ganzen als auch in ihren einzelnen Teilen sowie für sich allein standsicher sein.

Nach Mitteilung des Baurechtsamtes wurde diesem bis heute weder ein Verwendungsnachweis des Herstellers der Pflanzsteine, aus dem hervorgeht, dass die Pflanzsteine zur Errichtung von senkrecht stehenden Mauern mit Kiesbefüllung und zusätzlicher Lasten wie Überdachung und Schneelasten geeignet sind, noch eine entsprechende Erklärung zum Standsicherheitsnachweis durch einen zugelassenen Tragwerksplaner nach § 18 der Verfahrensordnung zur Landesbauordnung (LBOVVO) vorgelegt.

Das vom Petenten am 31. Oktober 2018 vorgelegte Produktdatenblatt bezieht sich auf einen Einsatzbereich lediglich als freistehende Wände und Böschungssicherungen und nicht wie von der Baurechtsbehörde

gefordert zur Errichtung von Gebäuden. Die Behauptung des Petenten, einen ausreichenden Standsicherheitsnachweis vorgelegt zu haben ist daher unzutreffend.

Im Ergebnis ist somit davon auszugehen, dass ein Verstoß gegen die Vorschrift des § 13 Absatz 1 LBO vorliegt und die bauliche Anlage nicht dauerhaft standsicher ist. Damit widerspricht sie bauordnungsrechtlichen Vorschriften der Landesbauordnung.

Nach § 35 Absatz 4 LBO müssen in Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen – dies trifft beim gegenständlichen Gebäude zu – zur gemeinschaftlichen Nutzung zwar möglichst ebenerdig zugängliche oder durch Rampen und Aufzüge leicht erreichbare Flächen zum Abstellen von Kinderwagen und Gehhilfen zur Verfügung stehen. Diese Vorschrift bezieht sich allerdings nur auf Neubauten. Im vorliegenden Fall hat die Baurechtsbehörde keine Veranlassung, Flächen nach § 35 Absatz 4 LBO für das Bestandsgebäude i. S. des § 76 LBO zu fordern wonach verlangt werden kann, dass rechtmäßig bestehende Anlagen den neuen Vorschriften angepasst werden, wenn Leben oder Gesundheit bedroht sind.

Durch das Fehlen dieser Flächen im Bestandsgebäude besteht keine Bedrohung für hochrangige Rechtsgüter wie Leben oder Gesundheit.

2.2 bauplanungsrechtliche Verstöße

Das Baugrundstück befindet sich innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs des seit 13. Dezember 1967 rechtswirksamen Bebauungsplanes, der teilweise durch den seit 5. Dezember 2012 rechtswirksamen Bebauungsplan „1. Änderung [...]“ geändert wurde.

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch Baulinien und Baugrenzen sowie durch Flächen für Garagen im Bebauungsplan festgesetzt. Unter II. Ziffer 8 des Textteiles dieses Bebauungsplanes ist geregelt, dass die zwischen den Gebäuden und Straßenflächen verbleibenden Grundstücksflächen als Vorgärten anzulegen und zu unterhalten sind. In diesem Vorgartenbereich hat der Petent seine bauliche Anlage errichtet.

Da eine Ausnahme von dieser Vorschrift im Bebauungsplan nicht vorgesehen ist, bedarf die errichtete bauliche Anlage einer planungsrechtlichen Befreiung nach § 31 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB).

Die in § 31 Absatz 2 BauGB enthaltenen Tatbestandsvoraussetzungen liegen jedoch nicht vor.

Nach § 31 Absatz 2 BauGB kann von den Festsetzungen des Bebauungsplans befreit werden, wenn die Grundzüge der Planung nicht berührt werden und

1. Gründe des Wohls der Allgemeinheit, einschließlich des Bedarfs zur Unterbringung von Flüchtlingen oder Asylbegehrenden, die Befreiung erfordern oder
2. die Abweichung städtebaulich vertretbar ist oder
3. die Durchführung des Bebauungsplans zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde

und wenn die Abweichung auch unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist.

Die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Befreiung von der dem Vorhaben entgegenstehenden Festsetzung der Vorgartenfläche nach § 31 Absatz 2 BauGB sind vorliegend jedoch nicht gegeben, da hierdurch die Grundzüge der Planung berührt werden.

Bei der Frage, wann eine Befreiung die Grundzüge der Planung berührt, ist zu berücksichtigen, dass der als Satzung beschlossene Bebauungsplan Rechtsnormcharakter hat. Die Festsetzungen sind für das Baugenehmigungsverfahren grundsätzlich verbindlich. Mit § 31 Absatz 2 BauGB steht ein Instrument zur Verfügung, das im Interesse der Einzelfallgerechtigkeit und der Wahrung der Verhältnismäßigkeit für Vorhaben, die den Festsetzungen zwar widersprechen, sich mit den planerischen Vorstellungen aber in Einklang bringen lassen, ein Mindestmaß an Flexibilität schafft. Die Befreiung nach § 31 Absatz 2 BauGB wird jedoch an genau beschriebene Voraussetzungen geknüpft. Durch das Erfordernis der Wahrung der Grundzüge der Planung soll sichergestellt werden, dass die Festsetzungen des Bebauungsplanes nicht beliebig durch Verwaltungsakte außer Kraft gesetzt werden können.

Die Festsetzung der Ziffer 8 des Bebauungsplanes wurde namentlich im Hinblick auf eine frei zu haltende Vorgartenzone festgesetzt, dieses zugrundeliegende planerische Konzept zieht sich wie ein roter Faden durch das gesamte Plangebiet. Von diesem Grundzug der Planung im Wege einer Befreiung abzuweichen, würde die Festsetzung außer Kraft setzen und eine Durchbrechung des Bebauungsplanes als Rechtsnorm bedeuten, welche § 31 Absatz 2 BauGB nicht zulässt.

Im dortigen Plangebiet gibt es keinen vergleichbaren Fall, bei welchen ein derartiges Vorhaben genehmigt bzw. im Rahmen einer Befreiung zugelassen wurde.

2.3 Abbruchanordnung

Nach § 65 Satz 1 LBO kann die Baurechtsbehörde den teilweisen oder vollständigen Abbruch einer Anlage, die im Widerspruch zu öffentlich-rechtlichen Vorschriften errichtet wurde, anordnen, wenn nicht auf andere Weise rechtmäßige Zustände hergestellt werden können. Eine solche Rückbauverfügung setzt mit Rücksicht auf den durch Artikel 14 Grundgesetz gewährleisteten Bestandsschutz voraus, dass die betreffende bauliche Anlage nicht durch eine Baugenehmigung bzw. Zulassungsbescheid – bei dem Unterstand handelt es sich um eine aus bauordnungsrechtlicher Sicht verfahrensfreie Maßnahme, die der Erteilung einer planungsrechtlichen Befreiung bedarf – gedeckt ist und seit ihrer Errichtung fortlaufend gegen materielle öffentlich-rechtliche Vorschriften verstößt. Dies ist hier der Fall. Der Unterstand wurde ohne Baugenehmigung bzw. Zulassungsbescheid errichtet und ist nicht genehmigungsfähig, da er gegen die Festsetzungen des Bebauungsplanes hinsichtlich der Vorgartenfläche verstößt, im Übrigen befindet sich die bauliche Anlage außerhalb der durch den Bebauungsplan konkretisierten überbaubaren Grundstücks-

flächen. Die Voraussetzungen für die Anordnung des Rückbaus liegen im konkreten Fall sonach vor.

Nach § 65 LBO hat die Baurechtsbehörde in diesen Fällen nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden, ob ein Abbruch der baulichen Anlage angeordnet werden muss. Grundsätzlich handelt die Baurechtsbehörde in Übereinstimmung mit dem Zweck der gesetzlichen Ermächtigung und damit rechtmäßig, wenn sie die Beseitigung einer im Widerspruch zum materiellen Baurecht errichteten Anlage anordnet. Es entspricht regelmäßig ordnungsgemäßer Ermessensbetätigung, unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung und zur Vermeidung von Präzedenzfällen die Beseitigung einer materiellen illegalen Anlage anzuordnen.

Nach § 65 LBO kann der Abbruch einer Anlage, die im Widerspruch zu öffentlich-rechtlichen Vorschriften errichtet wurde nur angeordnet werden, wenn nicht auf andere Weise rechtmäßige Zustände hergestellt werden können. Solche rechtmäßigen Zustände ließen sich im vorliegenden Fall nur durch die Erteilung einer Befreiung nach § 31 Absatz 2 BauGB schaffen.

Der betreffende Unterstand kann wie oben dargelegt nicht durch Gewährung einer Befreiung oder durch sonstige weniger belastende Maßnahmen legalisiert werden.

Die Abbruchanordnung ist auch angemessen. Durch die Maßnahmen erwachsen keine Nachteile, welche erkennbar außer Verhältnis zum beabsichtigten Erfolg stehen, namentlich der Schaffung rechtmäßiger Zustände durch Beseitigung ungenehmigter und materiell baurechtswidriger baulicher Anlagen. Das öffentliche Interesse an der Schaffung rechtmäßiger Zustände überwiegt hier das Interesse des Petenten an der Erhaltung seines erlangten Vorteils.

2.4 Gleichheitsgrundsatz

Durch die Entscheidung der Baurechtsbehörde ist auch der Gleichheitsgrundsatz nicht verletzt.

Die vom Petenten aufgeführten gepflasterten Bereiche sowie die Bereiche, auf denen angeblich seit längerer Zeit Bauschutt, Abfälle oder Müll gelagert wird, sind mit der beanstandeten überdachten Fläche hinsichtlich der Raumwirkung nicht vergleichbar und können somit nicht als Bezugsfälle herangezogen werden. Außerdem wurde in diesen Fällen keinerlei positive Entscheidung durch die Baurechtsbehörde getroffen.

2.5 Duldung

Eine Duldung der baulichen Anlagen kommt nicht in Betracht. Die Duldung eines rechtswidrigen Zustandes kann nur veranlasst sein, wenn ganz konkrete Anhaltspunkte dafürsprechen, ihn ausnahmsweise in Kauf zu nehmen. Derartige besondere Umstände sind vorliegend nicht gegeben. Denn soweit der Petent geltend macht, auf die Nutzung der widerrechtlich errichteten Anlage angewiesen zu sein, ist dies im Hinblick auf die Ausübung des Abbrucherermessens, das

eine rechtswidrig errichtete und nicht legalisierungsfähige bauliche Anlage voraussetzt, schon deswegen unbeachtlich, weil der Petent nicht bessergestellt werden kann als ein Bauherr, der nach Ablehnung seines Bauantrages auf die Verwirklichung des von ihm als notwendig empfundenen Vorhabens verzichtet. Der Petent hat den Unterstand vorsätzlich ohne förmlichen Zulassungsbescheid errichtet. Würde die Baurechtsbehörde nicht einschreiten, wäre er trotz dieses Verhaltens gegenüber einem rechtstreuen Bauherrn im Vorteil. Ferner könnte die Duldung der baulichen Anlagen andere Bauherren zu einem gleichen oder ähnlichen baurechtswidrigen Handeln veranlassen.

III. Ergebnis

Am 21. Oktober 2020 hat eine Kommissionssitzung des Petitionsausschusses Vorort stattgefunden. Der Ortsvorsteher sagte zu, über die Angelegenheit nochmals im November 2020 im Ortschaftsrat zu beraten. In der Zwischenzeit liegt eine Stellungnahme der Stadt Y vor, wonach das gemeindliche Einvernehmen weiterhin versagt bleibt.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Beck

2. Petition 16/1592 betr. Aufenthaltstitel, Arbeits-erlaubnis

Mit der Petition wird ein Aufenthaltstitel für einen pakistanischen Staatsangehörigen begehrt.

Dem Petenten wurde am 16. April 2020 (gültig bis 15. April 2021) eine Aufenthaltserlaubnis nach § 28 Absatz 1 Nr. 1 Aufenthaltsgesetz (Familiennachzug zu deutschem Ehegatten) erteilt.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird für erledigt erklärt.

Berichterstatterin: Braun

3. Petition 16/3966 betr. Entschädigungsrente

Der Petent begehrt Entschädigungsrente für die Zeit seines Heimaufenthaltes als Jugendlicher.

Der Petent befand sich in der Zeit von 1962 bis 1964 in zwei verschiedenen Heimen. Nach eigener Auskunft habe er dort solche schlechten Erfahrungen gemacht, dass er dort geflüchtet sei und eine Straftat begangen habe. Lieber habe er ins Gefängnis als ins Heim zurückgewollt. Ihm sei weder vom damaligen Richter noch nach der Entlassung 1965 geglaubt wor-

den, wenn er über Missstände im Heim berichtet habe. Nach seiner Zeit im Heim sei er nach eigenen Worten „mit dem Leben nicht mehr zurechtgekommen“.

Viele Menschen, die in Ost- und Westdeutschland in Heimen aufgewachsen sind, erfuhren schweres Leid und Unrecht. Traumatisierende Lebens- und Erziehungsverhältnisse prägten häufig den Heimaufenthalt. Um den Betroffenen zu helfen, haben der Bund, die Länder und die Kirchen die Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“ und „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“ eingerichtet. Die beiden Fonds Heimerziehung existierten als ergänzende Hilfesysteme für ehemalige Heimkinder von 2012 bis 2018 und halfen ehemaligen Heimkindern bei der Aufarbeitung ihrer Heimvergangenheit und bei der Abmilderung von Folgeschäden.

Ehemalige Heimkinder, die Leistungen aus den sog. Heimerziehungsfonds beantragen wollten, mussten sich hierzu an Anlauf- und Beratungsstellen (ABHen) wenden. Ihre Aufgabe war es, den Betroffenen bei der Aufarbeitung ihres Heimaufenthalts zu helfen, z. B. indem sie im Gespräch mit den Betroffenen deren individuelle Hilfebedarfe zur Linderung von Folgeschäden aus der Heimerziehung ermittelten und darüber Vereinbarungen abschlossen. Der Bedarf sollte passgenau zur Lebenssituation der/des jeweiligen Betroffenen ermittelt werden, um mit den gewährten Leistungen einen Beitrag zur Befriedung zu leisten. Die privatrechtlichen Vereinbarungen zwischen der/dem Betroffenen und der jeweils zuständigen regionalen Anlauf- und Beratungsstelle waren Grundlage für die Gewährung der Leistungen. Durch Feststellung der Übereinstimmung der Vereinbarung mit den Regularien des Fonds durch die Geschäftsstelle des Fonds (beim Bundesamt für Familie und zivil-gesellschaftliche Aufgaben) erhielten die Vereinbarungen ihre Gültigkeit.

Die Fonds haben ihre Leistungen auf freiwilliger Basis ohne Anerkennung einer Rechtspflicht und nachrangig zu den Leistungen der gesetzlichen sozialen Sicherungssysteme erbracht (Subsidiaritätsprinzip). Gewährt wurden materielle Sachleistungen bis zu 10.000 Euro, die die Folgeschäden mildern oder etwas ausgleichen sollen. Zudem gewährten sie für Arbeiten im Heim Rentenersatzleistungen von bis zu 300 Euro pro gearbeitetem Monat, die Jugendliche ab vollendetem 14. Lebensjahr verrichten mussten, ohne dass dafür Sozialleistungsabgaben von den Heimen in die Rentenkassen eingezahlt worden sind.

Der Petent hat mitgeteilt, insgesamt 10.000 Euro als Entschädigung für seine Heimaufenthalte erhalten zu haben, genauere Informationen wurden nicht mitgeteilt. Es spricht viel dafür, dass es sich hierbei um Leistungen aus dem Heimerziehungsfonds handelt und entsprechende Beratungsgespräche mit den zuständigen Anlauf- und Beratungsstellen stattgefunden haben. Mit den beiden Heimerziehungsfonds wurde von Anfang an eine zeitlich befristete Struktur für ehemalige Heimkinder geschaffen. Die Laufzeit der Fonds endete zum 31. Dezember 2018. Die Möglichkeit, finanzielle Leistungen aus dem Fonds in Anspruch zu nehmen, ist damit beendet.

Es ist der Landesregierung Baden-Württemberg jedoch ein großes Anliegen, dass ehemalige Heimkinder auch in Zukunft Unterstützung erfahren. Die Bedeutung der Thematik spricht dafür, dass keine befristeten, sondern langfristige Unterstützungsmöglichkeiten im Regelsystem zur Verfügung stehen müssen. Das Land Baden-Württemberg hat sich daher dazu entschieden, ein landesweites unabhängiges Ombudssystem in der Jugendhilfe einzurichten, an das sich in Zukunft auch ehemalige Heimkinder mit ihren Anliegen wenden können. Die Beratungstätigkeit der regional verteilten hauptamtlichen Ombudspersonen wurde bereits aufgenommen, die übrigen Strukturen befinden sich derzeit im Aufbau. Für ehemalige Heimkinder wird eine Anlauf- und Beratungsstelle bei der Landesombudsstelle angesiedelt. Damit soll das Ziel einer langfristigen Unterstützungsmöglichkeit für ehemalige Heimkinder erreicht werden.

Dem Petenten steht es offen, die Landesombudsstelle zur Beratung heranzuziehen.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann über den Hinweis, sich an die Landesombudsstelle zu wenden, nicht abgeholfen werden.

Berichterstatteerin: Braun

4. Petition 16/4615 betr. Beschwerde über das Landratsamt, Regierungspräsidium und Amtsgericht; medizinische Obdachlosenversorgung

I. Gegenstand der Petition

Der Petent wendet sich gegen den persönlichen Umgang beim Landratsamt, beim Regierungspräsidium sowie beim Amtsgericht und beschwert sich über die Polizei.

II. Sachverhalt und rechtliche Würdigung

1. Verfahren beim Landratsamt (Kreissozialamt, Amt für Abfallwirtschaft, Beauftragte für den Datenschutz)

1.1. Darstellung des Sachverhalts durch den Petenten

In seiner Petition beklagt sich der Petent über das persönliche Verhalten von Mitarbeitern des Landratsamts. Wegen physischer und psychischer Verletzungen sei er seit 2005 berentet und seit 2007 schwerbehindert. Im Schreiben des Petenten an das Landratsamt führt der Petent aus, dass er durch körperliche Angriffe mit Waffen und Sprengstoff traumatisiert sei. Wegen tätlicher Angriffe auf ihn sei er durch eine Auskunftssperre im Melderegister und durch eine Übermittlungssperre für das Kennzeichen seines Kraftfahrzeugs geschützt. Sein Leben bestehe darin, „unter dem Radar“ zu leben und zu hoffen, nicht in

die Fänge der Täter zu geraten, die auch in den Amtsstuben zu finden seien. Nach seinen Angaben ist er in den letzten zehn Jahren sieben Jahre ohne festen Wohnsitz gewesen, weil der Staat seinen Fürsorgepflichten nicht nachgekommen sei. Zuletzt habe er vier Monate in einem anderen Bundesland gewohnt. Als er seine Wohnung dort aufgeben musste, sei er in die Gemeinde X in Baden-Württemberg gezogen.

Weil es in anderen Bundesländern wegen Datenmissbrauchs von Behörden bereits zu Bedrohungslagen gekommen sei, habe er gleich nach dem Umzug nach Baden-Württemberg den Kontakt zu den entsprechenden Stellen beim Landratsamt und der Beauftragten für den Datenschutz beim Landratsamt gesucht. Von dieser sei er „für dumm verkauft“ worden und seine Daten beim zuständigen Landratsamt seien falsch, ohne seine Kenntnis und ohne ausreichenden Schutz bearbeitet worden. Es seien darüber hinaus unwahre Behauptungen aufgestellt und in diesem Zusammenhang seien ihm zu Unrecht Gebühren in Rechnung gestellt worden. Auf seinen Widerspruch habe er keine Antwort erhalten. Dreist sei die Aussage der Beauftragten für den Datenschutz des Landkreises, er müsse sich für eine Terminvergabe wegen eines Abfallgebührenbescheids authentifizieren. Er moniert weiter, dass ihm nicht die Möglichkeit einer persönlichen Vorsprache bei der Beauftragten für den Datenschutz angeboten worden sei, um sein Anliegen in einem gemeinsamen Termin zu erörtern.

Der Petent beklagt, dass es im Landkreis keine medizinische Obdachlosenversorgung gebe. Dadurch zeige der Landkreis seine Ignoranz gegenüber den Schwächsten der Gesellschaft. Er beschwert sich in diesem Zusammenhang darüber, dass ihm auch beim Kreissozialamt keine persönliche Vorsprache ermöglicht worden sei. Die persönlichen Vorsprachen erbittet er nicht aus Zeitvertreib, sondern weil er um sein Leben fürchte.

Wegen der Datenschutzprobleme werde er seinen Wohnsitz in der Gemeinde X aufgeben. Er fühle sich dort nicht mehr sicher.

1.2. Darstellung des Sachverhalts durch das Landratsamt

Nach Mitteilung des Landratsamts hat sich der Petent dort über das Amt für Abfallwirtschaft, das Kreissozialamt und die Beauftragte des Landkreises für den Datenschutz beschwert:

1.2.1. Amt für Abfallwirtschaft

Wegen eines Abfallgebührenbescheids hat der Petent am 29. Juni 2020 beim Landratsamt Widerspruch eingelegt. Die Prüfung des Bescheids habe ergeben, dass der Bescheid fehlerhaft gewesen sei. Das Landratsamt hat zugesagt, den Petenten hierüber entsprechend zu informieren. Im Zusammenhang mit dem Abfallgebührenbescheid habe der Petent die Sperrung seiner Daten gefordert und ein persönliches Gespräch mit der Datenschutzbeauftragten des Landkreises beantragt.

1.2.2. Beauftragte für den Datenschutz beim Landkreis

Nach Mitteilung der (externen) Beauftragten für den Datenschutz hat sie am 23. Juni 2020 eine E-Mail des Petenten erhalten, in der der Petent um eine persönliche Vorsprache bat. Aus der E-Mail sei der Absender nicht erkennbar gewesen. Sie habe deshalb den Absender gebeten, sich zunächst zu identifizieren. Der Absender habe diese Bitte umgehend verweigert. In Mails vom 23. Juni und vom 28. Juni 2020 habe er angekündigt, den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, den unmittelbaren Vorgesetzten der behördlichen Beauftragten für den Datenschutz, den Landtag von Baden-Württemberg und viele andere Stellen einzuschalten.

Nach Aussage der behördlichen Datenschutzbeauftragten sei zu keinem Zeitpunkt ein Termin verweigert bzw. nicht in Aussicht gestellt worden. Der Petent sei lediglich gebeten worden, sich vor einer Terminvereinbarung zu identifizieren. Da es in der Vergangenheit wiederholt Messerattacken und Übergriffe gegenüber Mitarbeitern im Sozialbereich gegeben habe, würden Personen vor der Wahrnehmung persönlicher Gesprächstermine bei der behördlichen Datenschutzbeauftragten gebeten, sich zu identifizieren. Dies habe auch für den vorliegenden Fall gegolten, zumal sich die Angelegenheit als konfliktträchtig dargestellt habe. Mit Schreiben vom 11. Juli 2020 hatte der Petent dem Landratsamt mitgeteilt, dass er an der von ihm angeregten Besprechung kein Interesse mehr habe, dass er aber an seiner Datenschutzauskunft und allen diesbezüglichen Anträgen festhalte.

1.2.3. Kreissozialamt

Nach Mitteilung des Landratsamts hat sich der Petent in einer anonymen E-Mail vom 19. Mai 2020 nach anonymen medizinischen Behandlungsmöglichkeiten wohnsitzloser Menschen im Landkreis erkundigt. Im Zusammenhang mit der Anfrage habe er keinen Antrag gestellt. Im Rahmen der weiteren Klärung der Angelegenheit habe sich herausgestellt, dass der Petent nach eigenen Angaben über eine Krankenversicherung verfüge und er diese aus Datenschutzgründen nicht nutzen wolle. Dem Petenten sei am 22. Mai 2020 per E-Mail mitgeteilt worden, dass nach dortiger Kenntnis im Landkreis keine anonyme Behandlung möglich sei. Er sei jedoch auf entsprechende Angebote außerhalb des Landkreises hingewiesen worden. Hierfür habe sich der Petent bedankt.

Mit einer anonymen E-Mail vom 22. Juni 2020 habe der Petent um einen Termin für eine persönliche Vorsprache beim Kreissozialamt gebeten. Aufgrund der urlaubsbedingten Abwesenheit der angesprochenen Mitarbeiterin sei die Anfrage zunächst unbeantwortet geblieben. Er habe sich dann mit einer weiteren anonymen E-Mail vom 2. Juli 2020 und mit Faxnachrichten vom 3. Juli und vom 6. Juli 2020 unter Nennung seines Namens beschwert. In der E-Mail vom 2. Juli 2020 habe er dem Kreissozialamt mitgeteilt, dass er von dort keine Antwort mehr erwarte; er werde sich vielmehr mit einer Beschwerde an die zuständige

Aufsichtsbehörde wenden. Das seitens des Kreissozialamts geplante Angebot einer persönlichen Vorsprache an den Petenten sei aufgrund der E-Mail vom 2. Juli 2020 obsolet geworden. Aus seiner Bitte um ein persönliches Gespräch sowie dem vorangegangenen Mailverkehr sei eine später behauptete Dringlichkeit wegen akuter Zahnschmerzen nicht zu erkennen gewesen. Außerdem hätte der Petent aufgrund einer bestehenden Krankenversicherung jederzeit medizinische Hilfe in Anspruch nehmen können.

Aufgrund von Äußerungen des Petenten in einem Fax vom 6. Juli 2020 sei eine Eigen- oder Fremdgefährdung nicht auszuschließen gewesen. Daher hat das Landratsamt das zuständige Polizeirevier informiert. Von dort habe das Landratsamt die Information erhalten, dass sich der Petent auf dem Weg nach Spanien befinde und nicht mehr für ein Gespräch zur Verfügung stehe. Am 11. Juli 2020 habe der Petent mitgeteilt, dass er seinen Wohnsitz im Landkreis aufgegeben habe und die persönliche Vorsprache nicht mehr notwendig sei. Seine Beschwerde halte er aber aufrecht.

1.3. Rechtliche Würdigung

1.3.1. Dienstaufsichtsbeschwerden

In seiner Petition beklagt sich der Petent über das persönliche Verhalten von Mitarbeitern des Landratsamts und erhebt somit Dienstaufsichtsbeschwerde. Eine Dienstaufsichtsbeschwerde ist eine Rüge des persönlichen Verhaltens eines Amtswalters mit dem Ziel, die Ergreifung dienstaufsichtsrechtlicher Maßnahmen gegen den Amtswalter zu bewirken. Zuständig für die Behandlung der Dienstaufsichtsbeschwerde ist die bzw. der Dienstvorgesetzte. Die oder der Dienstvorgesetzte entscheidet abschließend über die Dienstaufsichtsbeschwerde. Für die Bediensteten des Landratsamts ist dies die Landrätin oder der Landrat bzw. eine von ihm beauftragte Person.

Die Aufgaben des behördlichen Datenschutzes beim Landratsamt werden von einer (externen) Mitarbeiterin einer Anstalt des öffentlichen Rechts wahrgenommen. Sofern der Petent Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Mitarbeiterin erheben möchte, wäre ihr Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter für die Entscheidung über die Dienstaufsichtsbeschwerde zuständig.

1.3.2. Fachaufsichtsbeschwerden

1.3.2.1. Amt für Abfallwirtschaft

Nach den Ausführungen des Landratsamts wurde der Abfallgebührenbescheid aufgrund einer falsch übermittelten Grundlage erstellt. Er wurde inzwischen aufgehoben. Anhaltspunkte für etwaige Rechtsverstöße sind nicht ersichtlich.

1.3.2.2. Beauftragte für den Datenschutz

Nach Artikel 38 Absatz 4 DSGVO können betroffene Personen den Datenschutzbeauftragten zu allen mit

der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten und mit der Wahrnehmung ihrer Rechte im Zusammenhang stehenden Fragen zu Rate ziehen. Auch wenn ein persönliches Vorspracherecht von betroffenen Personen damit nicht begründet wird, so werden persönliche Gespräche seitens der behördlichen Datenschutzbeauftragten angeboten. Dies wurde dem Petenten bei seinem Anruf am 29. Juni 2020 auch so mitgeteilt.

Durch die Identifizierung des Petenten sollte festgestellt werden, ob es sich bei dem Anfragenden um eine „betroffene Person“ i. S. von Artikel 38 Absatz 4 und Artikel 4 Nr. 1 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) handelt und dadurch ausgeschlossen werden kann, dass durch ein unberechtigtes Abfragen bzw. Verarbeiten der Daten des Anfragenden ein Datenverstoß begangen wird.

Nach Mitteilung der Beauftragten für den Datenschutz hat kein unberechtigter Austausch von personenbezogenen Daten zwischen dem Landratsamt und der behördlichen Datenschutzbeauftragten stattgefunden. Es gibt keine Veranlassung, diese Aussage in Zweifel zu ziehen.

1.3.3. Kreissozialamt

Die medizinische Versorgung – auch obdachloser Menschen – ist über die Krankenversicherung bzw. über Hilfen zur Gesundheit nach dem SGB XII gewährleistet. Für wohnsitzlose Menschen wird im Landkreis darüber hinaus in einer Einrichtung der Wohnungslosenhilfe wöchentlich eine allgemeine Sprechstunde angeboten.

Das Problem besteht in diesem Einzelfall offenbar nicht in den fehlenden Möglichkeiten zur medizinischen Hilfe, sondern vielmehr in dem Wunsch des Petenten, auf jeden Fall vollkommen anonym zu bleiben.

Grundsätzlich ist die medizinische Versorgung auch wohnsitzloser Menschen geregelt und möglich, allerdings liegt es in der Natur der Sache, dass hier besondere Schwierigkeiten auftreten. Die Wohnungslosenhilfe ist mit vielen sozialen Problemen gleichzeitig konfrontiert: Wohnungslosigkeit, drohende Wohnungslosigkeit, Sucht, Arbeitslosigkeit, Krankheit, wirtschaftliche Probleme, soziale Isolation und Diskriminierung. In der gesundheitlichen Versorgung wohnungsloser Menschen wird diese Häufung von Problemlagen überdeutlich, sowohl auf der individuellen als auch der strukturellen Ebene. So ist beispielsweise das Gesundheitssystem nach der Reform des Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung von den gesetzlichen Voraussetzungen her durchaus geeignet, die gesundheitliche Versorgung wohnungsloser Menschen sicherzustellen, weil auch früher Nichtversicherte in die Krankenversicherung einbezogen wurden. Allerdings erschweren häufig individuelle Barrieren – wie im vorliegenden Fall – z. B. Unkenntnis, Scham, Stigmatisierungserfahrungen, fehlende Motivation, sowie gesetzliche Erfordernisse, z. B. Eigenbeteiligung, Sammeln von Belegen, Zuzahlungen, Praxisgebühr, usw. den Zugang zum Regelsystem.

In Baden-Württemberg wurde im Zeitraum 2016 bis 2018 das Modellprojekt „Verbesserung der medizinischen Versorgung für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen in Baden-Württemberg“ durchgeführt. Das Modellprojekt wurde wissenschaftlich begleitet. Teilgenommen an dem Modellprojekt hat auch das Soziale Zentrum des betreffenden Landkreises, welches ebenfalls – neben den im Schreiben des Landratsamts vom 20. Mai 2020 an den Petenten aufgezeigten Optionen – ein Angebot der medizinischen Versorgung Wohnungsloser im Bereich des Landkreises bereit hält.

2. Verfahren beim Regierungspräsidium und beim Landratsamt (Nahverkehrsamt)

2.1. Darstellung des Sachverhalts durch den Petenten

Nach Mitteilung des Petenten hat er beim Regierungspräsidium um eine persönliche Vorsprache gebeten. Diese sei ihm verweigert worden.

2.2. Darstellung des Sachverhalts durch das Regierungspräsidium und das Landratsamt

Nach Mitteilung des Regierungspräsidiums und des Landratsamts hat sich der Petent am 23. Juni 2020 mit der Kfz-Zulassungsstelle des Nahverkehrsamts beim Landratsamt per E-Mail in Verbindung gesetzt, um einen Termin für eine persönliche Vorsprache zu vereinbaren. Bei dem vereinbarten Termin am 30. Juni 2020 sei der Petent über die rechtlichen Voraussetzungen bezüglich einer Ummeldung seines Kraftfahrzeuges in den Landkreis mit Übermittlungssperre informiert worden. Hierbei sei ihm dargelegt worden, dass das Regierungspräsidium für die Anordnung einer Übermittlungssperre zuständig sei. Daraufhin habe sich der Petent bedankt und mitgeteilt, dass er die Angelegenheit bezüglich der Übermittlungssperre mit dem Regierungspräsidium klären wolle. Einen weiteren Kontakt mit dem Landratsamt habe es nicht gegeben.

Mit E-Mail vom 24. Juni 2020 hat das Regierungspräsidium den Petenten informiert, dass Übermittlungssperren für amtliche Kennzeichen in Baden-Württemberg durch die Regierungspräsidien geprüft und angeordnet werden. Des Weiteren sei dem Petenten mitgeteilt worden, dass für die Prüfung einer Übermittlungssperre ein Antrag mit Begründung sowie eine Gefährdungsbeurteilung bzw. polizeiliche Stellungnahme mit der Feststellung einer Gefährdung erforderlich seien oder auch eine Stellungnahme bezüglich des Gefährdungspotenzials durch die Justiz anerkannt werden könne und zudem eine Kopie der Zulassungsbescheinigung vorgelegt werden müsse.

Nachdem der Petent nicht bereit gewesen sei, die erforderlichen Unterlagen per Post an das Regierungspräsidium zu übersenden, sei in Abstimmung mit dem Leiter der Zulassungsbehörde beim Landratsamt eine Möglichkeit abgestimmt worden, wie die bestehende Übermittlungssperre aus dem Bundesland, in dem der Petent zuvor gewohnt hatte, dennoch nahtlos in eine neue Übermittlungssperre in Baden-Württemberg über-

gehen könnte. Mit E-Mail vom 1. Juli 2020 wurde dem Petenten angeboten, die weitere Vorgehensweise telefonisch zu besprechen. Dies wurde vom Petenten abgelehnt.

In einer E-Mail vom 2. Juli 2020 an das Regierungspräsidium gibt der Petent an, dass sämtliche Auskünfte sowie eine persönliche Vorsprache verweigert würden. Daraufhin wurde dem Petenten am 10. Juli 2020 mitgeteilt, dass ein Fehlverhalten der zuständigen Sachbearbeiterin nicht festgestellt werden könne.

Nachdem der Petent sowohl die Übersendung der erforderlichen Unterlagen als auch eine telefonische Abstimmung des weiteren Vorgehens abgelehnt habe, sei eine weitere Bearbeitung seines Anliegens nicht möglich gewesen. Zwischenzeitlich liege dem Regierungspräsidium die Information vor, dass sich der Petent sich am 7. Juli 2020 als wohnsitzlos abgemeldet habe.

2.3. Rechtliche Würdigung

Nach § 13 der Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV) ist bei Verlegung des Wohnsitzes in einen anderen Zulassungsbezirk ein Kraftfahrzeug auf den neuen Hauptwohnsitz umzuschreiben. Eine Übermittlungssperre für amtliche Kennzeichen nach § 41 des Straßenverkehrsgesetzes werden in Baden-Württemberg gemäß § 43 FZV durch die Regierungspräsidien angeordnet.

Nachdem der Petent in die Gemeinde X gezogen ist, war sein Kraftfahrzeug auf den neuen Hauptwohnsitz umzuschreiben. Für die Überprüfung einer Übermittlungssperre sollten dem zuständigen Regierungspräsidium verschiedene Unterlagen per Post zugesandt werden. Da der Petent hierzu nicht bereit war, wurde in Abstimmung mit der Zulassungsstelle beim Landratsamt eine alternative Vorgehensweise erarbeitet, die dem Petenten telefonisch dargelegt werden sollte. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie wäre eine persönliche Vorsprache des Petenten in den Räumen des Regierungspräsidiums nur dann in Betracht gekommen, wenn ausnahmsweise eine andere Vorgehensweise nicht ebenfalls hätte zielführend sein können. Eine persönliche Vorsprache des Petenten zur Prüfung einer Übermittlungssperre schien weder angezeigt noch wurde diese als erforderlich erachtet.

Die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Mitarbeiterin beim Regierungspräsidium wurde bereits zurückgewiesen. Zuständig ist der oder die Dienstvorgesetzte. Die Entscheidung über eine Dienstaufsichtsbeschwerde wird abschließend getroffen.

3. Beschwerde über die Polizei

3.1. Darstellung des Sachverhalts durch den Petenten

Der Petent führt aus, dass die Polizei sich bei ihm telefonisch und an seinem ehemaligen Wohnsitz gemeldet habe. Seine Telefonnummer sei seit Jahrzehnten nur wenigen Personen bekannt. Weder der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informations-

freiheit, die Polizei noch die Staatsanwaltschaft hätten sich bei ihm gemeldet, um den Sachverhalt aufzuklären.

3.2. Darstellung des Sachverhalts durch die Polizei

Am 10. Juli 2020 hat sich die Leiterin des Kreissozialamts telefonisch beim zuständigen Polizeirevier gemeldet und von einem Fax berichtet, das der Petent an das Kreissozialamt gesendet habe. Sie habe den Inhalt des Schreibens als vage Suizidabsicht interpretiert. Um dem Verdacht nachzugehen, habe die Polizei die letzte Meldeadresse des Petenten aufgesucht. Dort sei lediglich die ehemalige Vermieterin des Petenten angetroffen worden. Durch die Vermieterin habe die Polizei die Mobilnummer des Petenten in Erfahrung gebracht, um so dem Verdacht auf die Suizidabsicht nachgehen zu können. Die Anrufe seien allerdings erfolglos geblieben. Am 11. Juli 2020 habe der Petent beim Polizeirevier gebeten, weitere Anrufe zu unterlassen und die Telefonnummer zu löschen. Für weitere Kontaktaufnahmen stünde seine De-Mail-Adresse zur Verfügung. Daraufhin habe der Sachbearbeiter am 11. Juli 2020 eine E-Mail an den Petenten, in der er sich nach dem Wohlbefinden des Petenten erkundigte, gesandt. Diese E-Mail sei als unzustellbar zurückgekommen. Von einer weiteren Kontaktaufnahme durch die Beamten des Polizeireviers sei abgesehen worden.

3.3. Rechtliche Würdigung

Rechtsverstöße bei der Polizei sind nicht ersichtlich.

4. Beschwerden über die Justiz

4.1. Darstellung des Sachverhalts durch den Petenten

Nach Angaben des Petenten habe das Amtsgericht, als er noch wohnsitzlos gewesen sei, ihm vier Wochen lang kein Aktenzeichen zu einer von ihm beantragten einstweiligen Verfügung mitgeteilt. Darüber hinaus sei das Amtsgericht einem Auskunftersuchen nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) nicht nachgekommen.

4.2. Darstellung des Sachverhalts durch die Justiz

Das Justizministerium teilt nach Beteiligung des Landgerichts und des Amtsgerichts Y mit, dass der Petent am 4. Juni 2020 über die Rechtsantragsstelle des Amtsgerichts einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung nebst einem Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe eingereicht hat. Hierbei habe er hilfsweise den Antrag gestellt, das Verfahren an das zuständige Gericht abzugeben. Da der zuständige Richter die örtliche Zuständigkeit des Amtsgerichts Y als nicht gegeben angesehen habe, sei das Verfahren mit Verfügung vom 5. Juni 2020 an das Amtsgericht Z abgegeben worden. Eine Mitteilung der Abgabeverfügung und des beim Amtsgericht Y vergebenen Aktenzeichens sei vom zuständigen Richter nicht verfügt worden. Beim Amtsgericht Z sei das Verfahren am 15. Juni 2020 eingegangen und unter einem Aktenzei-

chen registriert worden. Dies sei dem Petenten durch Verfügung des Amtsgerichts Z vom 15. Juni 2020 per Fax mitgeteilt worden.

Nachdem der Petent sich mit Schreiben vom 17. und 22. Juni 2020 unter anderem darüber beschwert habe, dass ihm das Aktenzeichen des Verfahrens durch das Amtsgericht Y nicht mitgeteilt worden war, seien diese Schreiben durch die Geschäftsstelle des Amtsgerichts Y dem Amtsgericht Z zur Bearbeitung weitergeleitet worden.

Nach Verfahrensende habe das Amtsgericht Z die Akte mit Verfügung vom 25. Juni 2020 an das Amtsgericht Y zurückgesandt, die dort am 1. Juli 2020 eingegangen sei. Daraufhin habe das Amtsgericht Y am 8. Juli 2020 dem Petenten das ursprünglich beim Amtsgericht Y vergebene Aktenzeichen mitgeteilt.

Im Hinblick auf die Rechte des Petenten nach der DSGVO sei dem Petenten mit Faxschreiben vom 21. September 2020 Auskunft erteilt worden.

4.3. Rechtliche Würdigung

Der Vorwurf des Petenten, das Amtsgericht Y sei keiner Anfrage oder Beschwerde und auch seinem Auskunftersuchen nach der DSGVO nicht nachgekommen, ist unzutreffend. Aus der durch das Ministerium der Justiz und für Europa eingeholten Stellungnahme des Landgerichts und des Amtsgerichts ist ersichtlich, dass der Petent durch das örtlich zuständige Amtsgericht Z bereits am 15. Juni 2020 über das dortige Aktenzeichen, unter dem sein Verfahren geführt wurde, informiert wurde. Auf die Beschwerden des Antragstellers hin und nachdem die Akten dem Amtsgericht Y nach Abschluss des Verfahrens wieder vorlagen, wurde dem Petenten ferner am 8. Juli 2020 das ursprüngliche Aktenzeichen des Amtsgerichts Y mitgeteilt. Zudem wurde dem Petenten im Hinblick auf seine Rechte nach der DSGVO mit Fax-Schreiben vom 21. September 2020 Auskunft erteilt.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird im Hinblick auf die Abhilfe bzgl. des Abfallgebührenbescheids für erledigt erklärt. Im Übrigen kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatteerin: Braun

5. Petition 16/4743 betr. Heizungsumrüstung

Der Petent wendet sich gegen die Austauschpflicht hinsichtlich seines Kachelofeneinsatzes. Darüber hinaus äußert er Unverständnis darüber, dass es für den Austausch seines Kachelofeneinsatzes keinen Zuschuss gibt. Im Gegensatz hierzu würden zahlreiche Heizungsumrüstungen, wie beispielsweise alternative Heizsysteme (z. B. Pellets, Biogas), die in der Gesamtschau umweltschädlicher seien als der von ihm

betriebene Kachelofen, bezuschusst. Vor diesem Hintergrund begehrt der Petent eine Zuschusszusage für den Austausch seines Kachelofeneinsatzes.

Die Prüfung der Petition ergab Folgendes:

Der Petent betreibt in seinem Wohngebäude einen Kachelofen aus dem Jahr 1985, welcher das Erdgeschoß in Gänze, das Obergeschoß zumindest teilweise beheizen kann. Zudem ist nach Mitteilung des Regierungspräsidiums eine zentrale Ölheizung installiert, über welche auch die Warmwasserzubereitung sichergestellt wird. Zur thermischen Unterstützung wird auf der Bedachung des Gebäudes eine Solarthermieanlage betrieben.

Im Jahr 2015 überprüfte der bevollmächtigte Bezirks-schornsteinfeger den Kachelofen und teilte dem Petenten mit, dass eine Außerbetriebnahme bzw. Sanierung der Anlage zum Ablauf des Jahres 2020 erforderlich ist.

2019 und bei der im September 2020 durchgeführten Feuerstättenschau wies der bevollmächtigte Bezirks-schornsteinfeger den Petenten erneut auf die Austausch- bzw. Sanierungspflicht hin.

Einschlägig sind vorliegend die Bestimmungen der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen – 1. BImSchV). Die 1. BImSchV beinhaltet neben Emissionsgrenzwerten für neue Einzelraumfeuerungsanlagen auch Sanierungsregeln für bestehende Einzelraumfeuerungsanlagen für feste Brennstoffe, die vor dem 22. März 2010 errichtet und in Betrieb genommen worden sind (vgl. § 26 der 1. BImSchV). Ziel der Sanierungsregeln ist es unter anderem, die Staubbelastung aus Kleinfeuerungsanlagen nachhaltig zu reduzieren (vgl. Bundesrats-Drucksache 712/09).

Die Sanierungsregelung sieht bei Nichteinhaltung bestimmter Emissionsgrenzwerte eine Pflicht zur Nachrüstung beziehungsweise Außerbetriebnahme der Anlagen in Stufen vor (Ende 2014: 1. Stufe, Ende 2017: 2. Stufe, Ende 2020: 3. Stufe und Ende 2024: 4. Stufe). Zum 31. Dezember 2020 tritt die 3. Stufe der Übergangsregelung für Einzelraumfeuerungsanlagen für feste Brennstoffe in Kraft, welche die Anlagen betreffen, bei denen das Datum auf dem Typschild zwischen dem 1. Januar 1985 und dem 31. Dezember 1994 liegt. Diese dürfen nur dann weiter betrieben werden, wenn sie die Grenzwerte für Staub und CO nach § 26 Absatz 1 der 1. BImSchV einhalten. Der Nachweis kann durch eine Prüfstandsmessbescheinigung des Herstellers oder durch Messung durch eine/n Schornsteinfeger/-in erbracht werden. Andernfalls müssen diese Einzelraumfeuerungen nachgerüstet bzw. außer Betrieb genommen werden.

Bei der Anlage des Petenten handelt es sich um eine Einzelraumfeuerungsanlage mit einem nicht eingemauerten Kachelofeneinsatz im Sinne von § 2 Nr. 3 der 1. BImSchV. Auf dem Typschild ist das Jahr 1985 angegeben. Ein Nachweis für die Einhaltung der Grenzwerte liegt nicht vor. Vor diesem Hintergrund

ist eine Nachrüstung oder die Außerbetriebnahme des Kachelofeneinsatzes geboten.

Eine Ausnahme von der Pflicht zur Nachrüstung oder Außerbetriebnahme kann die zuständige untere Immissionsschutzbehörde auf Antrag nur zulassen, soweit die Nachrüstung oder Außerbetriebnahme im Einzelfall wegen besonderer Umstände durch einen unangemessenen Aufwand oder in sonstiger Weise zu einer unbilligen Härte führt und schädliche Umwelteinwirkungen nicht zu befürchten sind (vgl. § 22 der 1. BImSchV). Ausnahmen sind grundsätzlich restriktiv zu handhaben. Eine Unzumutbarkeit im wirtschaftlichen Sinne allein kann eine Ausnahme nicht rechtfertigen. Aus dem Vortrag des Petenten ergeben sich keine Anhaltspunkte, die darauf hindeuten, dass eine Ausnahme im Sinne von § 22 vorliegend in Betracht kommen könnte.

In bestehenden Gebäuden wird die Installation einer neuen Heizungsanlage vom Bund gefördert, wenn erneuerbare Energien zur Verwendung kommen, wie beispielsweise Solarthermie, Biomasse oder Wärmepumpe. Die Förderung ist besonders hoch, wenn eine Ölheizung ausgetauscht wird und damit künftig auf Heizöl verzichtet werden kann. Der Austausch durch eine Ölheizung wird keinesfalls gefördert, Gas-Hybrid-Heizungen nur, wenn die thermische Leistung des regenerativen Wärmeerzeugers mindestens 25 % der Heizlast des Gebäudes abdeckt. Für den notwendigen Austausch eines Heizeinsatzes eines Kachelofens gibt es keine Förderung. Bei Ersatz des Kachelofens durch einen Pelletofen mit Wassertasche ist unter Umständen eine Förderung möglich, sofern die Einbindung an die Zentralheizung erfolgt.

Förderanträge im Programm „Heizen mit Erneuerbaren Energien“ sind beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) vor der Beauftragung von Leistungen zu stellen. Für die Förderung sind alle Voraussetzungen des Programms zu erfüllen.

In der Petition wird auch die Herkunft von Holzpellets angesprochen. Hierzu kann ausgeführt werden, dass die Pelletproduktion in Deutschland im Jahr 2019 2,8 Mio. t betrug, wobei der Verbrauch bei 2,3 Mio. t lag. Die Tendenz ist bei beiden Zahlen steigend. Die Herstellung der Pellets erfolgt überwiegend aus Säge-nebenprodukten wie Späne und Sägemehl (90 %) und ein kleinerer Teil aus nicht sägefähigem Rundholz (10 %). Wie an den Zahlen zu sehen ist, ist Deutschland Pelletnettoexporteur. Ein Handel findet hauptsächlich mit Nachbarländern statt. Ein Handel mit Ländern aus Übersee hat praktisch keine Bedeutung (Import von 0,1 %). Bei den in Deutschland hergestellten und verwerteten Pellets handelt es sich um Qualitätspellets, welche hauptsächlich in Kleinfeuerungsanlagen zum Einsatz kommen.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatte-rin: Braun

6. Petition 16/4781 betr. Akteneinsicht im Rahmen des Landesinformationsfreiheitsgesetzes, Gebührenbescheid

Der Petent wendet sich gegen einen Gebührenbescheid, in welchem ihm als Antragsteller die Kosten für eine nach dem Landesinformationsfreiheitsgesetz (LIFG) gewährte Akteneinsicht durch die Stadtverwaltung seiner Wohnsitzgemeinde auferlegt wurden. Der Petent bittet um Prüfung des Sachverhalts („Sinnhaftigkeit und Höhe der Gebühr“).

In der Nähe seines Wohnsitzes wurde Mitte der 2000er-Jahre ein Logistikzentrum errichtet. Der Petent beklagt, dass es seitdem immer wieder zu Lieferfahrten des Schwerlastverkehrs durch bewohnte Gebiete kommt, obwohl die Stadtverwaltung bereits im Vorfeld zum Bau des Logistikzentrums den betroffenen Anwohnern stets versichert hätte, dass der zu erwartende Lieferverkehr nicht durch ihre Wohnstraßen geleitet werde. Es gäbe diesbezüglich sogar eine entsprechende notarielle Vereinbarung mit der Firma X.

Mit Schreiben vom 17. Mai 2003 hatte der Petent erstmals von der Stadt Einsicht in die Grundstückskaufverträge verlangt und Informationen zu der Frage begehrt, ob eine vertragliche Vereinbarung der Stadt mit der Firma X unter dem oben erläuterten Inhalt zu Stande gekommen sei. Letzteres wurde mit Schreiben vom 21. Mai 2003 durch den damaligen Bürgermeister bejaht; der Antrag auf Einsicht in die Verträge wurde damals (noch vor Geltung des LIFG) allerdings aus datenschutzrechtlichen Gründen abgelehnt.

Der Petent führt an, dass er und weitere Vertreter der Bürgerinitiative im Jahre 2015 mit der Geschäftsleitung der Firma X gesprochen hätten und dieser nach eigenen Angaben keine entsprechende Vereinbarung bekannt gewesen sei.

Am 10. Juli 2018 wandte sich der Petent daher erneut an die Stadtverwaltung mit dem Begehren, „im Rahmen des Landesinformationsfreiheitsgesetzes (LIFG) Einsicht in den Kaufvertrag bezüglich der Erschließung des [...] -Logistikzentrums [Straßenname]“ zu erlangen.

Aufgrund der rechtlichen Unsicherheiten beauftragte die Stadt Anfang August 2018 eine Rechtsanwaltskanzlei mit der Beratung in diesem Fall.

Am 23. August 2018 teilte die Stadt dem Petenten mit, dass aufgrund der begehrten Information zu befürchten sei, dass Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sowie personenbezogene Daten im Sinne von §§ 5 und 6 LIFG betroffen sein könnten. Betroffene Personen bzw. Unternehmen seien im Verfahren zu beteiligen und vor Erteilung der Auskunft anzuhören. Hierdurch entstehe ein erhöhter Prüfungsaufwand, der eine Fristverlängerung zur Bearbeitung des Antrags nach § 7 Absatz 7 Satz 2 LIFG erforderlich mache. Ebenso wurde der Petent darauf hingewiesen, dass für die Bearbeitung des Antrags voraussichtlich Gebühren zwischen 327,60 bis 561,60 Euro entstünden und zur Erklärung über die Weiterverfolgung des Antrags aufgefordert.

Mit Schreiben vom 3. September 2018 und in dem daraufhin geführten persönlichen Gespräch zwischen dem Petenten und der zuständigen Mitarbeiterin der Stadtverwaltung teilte der Petent mit, dass er an seinem Antrag festhalte und bereit sei, die voraussichtlich entstehende Gebühr zu entrichten. Er könne aber nicht nachvollziehen, wie es zu dem dargelegten voraussichtlichen Zeitaufwand kommen könne und bäte daher um eine Aufschlüsselung der Arbeits- und Vorgehensweise.

Im Übrigen konkretisierte der Petent bei dieser Gelegenheit seinen Antrag und beschränkte diesen ausdrücklich auf die Frage, ob es eine notariell beglaubigte Vereinbarung gebe, die es der Firma vorschreibt, dass der Lieferverkehr von und zum Logistikzentrum nicht über die Straße Y geführt werden dürfe. Falls es eine solche Vereinbarung gebe, möchte er diese einsehen. Andernfalls hätte sich die Angelegenheit erledigt.

In der Folge wurde dem Petenten nach Beteiligung des betroffenen Unternehmens am 24. Oktober 2018 schriftlich mitgeteilt, dass ihm die Einsichtnahme in den Passus des notariell beurkundeten Kaufvertrages, der die vom Petenten gewünschte Vereinbarung enthält, gewährt werde. Der Rest des Vertrages wurde geschwärzt, insbesondere auch die Angaben zum Käufer.

Mit Gebührenbescheid vom 26. November 2018 wurden dem Petenten die Gebühren für die Fallbearbeitung und Einsichtnahme in Höhe von 327,60 Euro aufgegeben. Kosten, die durch die anwaltliche Rechtsberatung entstanden sind, legte die Stadt nicht auf den Petenten um. Gegen diesen Kostenbescheid legte der Petent fristgerecht Widerspruch beim zuständigen Landratsamt ein, das diesen zur Bearbeitung zuständigkeitshalber an die Stadt verwies. In seinem Widerspruch bemängelt der Petent, dass bei der ihm gewährten Einsichtnahme in die notariell beurkundete Vereinbarung der Käufername geschwärzt war und er die geforderte Summe für diese unvollständige Einsicht für überhöht halte.

Mit Schreiben vom 19. März 2019 schlüsselte die Stadt insbesondere die dem Gebührenbescheid zugrundeliegenden Kosten detailliert auf. Der Petent wurde weiterhin darüber informiert, dass dem Widerspruch nicht abgeholfen werden könne.

Das insoweit als Widerspruchsbehörde zuständige Landratsamt wies den Petenten mit Schreiben vom 6. Juli 2020 darauf hin, dass der Widerspruch zwar zulässig, jedoch unbegründet sein dürfte und forderte den Petenten dazu auf, zu den Ausführungen Stellung zu nehmen oder gegebenenfalls den Widerspruch zurückzunehmen. Nach daraufhin erfolgtem Schriftwechsel nahm der Petent seinen Widerspruch mit E-Mail vom 23. August 2020 zurück, womit das Widerspruchsverfahren sein Ende fand.

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

Gemäß § 1 Absatz 2 i. V. m. § 3 LIFG hat der Petent Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen ge-

genüber der Stadt als informationspflichtige Stelle i. S. d. § 2 Absatz 1 Nr. 2 LIFG.

Die notariell beglaubigte Vereinbarung zur verkehrstechnischen Abwicklung des Logistikzentrums der Firma X, deren Einsichtnahme der Petent begehrt, stellt eine amtliche Information im Sinne des § 3 Nr. 3 LIFG dar, die bei der Stadt auch vorhanden ist. Insbesondere ist es in Bezug auf private Ursprungsquellen unerheblich, auf welche Weise oder aus welchem Grund die Information in den (amtlichen Zwecken dienenden) staatlichen Informationsbestand „übergegangen“ ist.

Das Auskunftsbegehren wurde in rechtlich nicht zu beanstandender Weise beschieden.

Der Petent wurde darüber informiert, dass wegen des erhöhten Prüfungsaufwandes und der nach § 8 LIFG erforderlichen Anhörung, die Frist nach § 7 Absatz 7 Satz 2 LIFG verlängert werden müsse. Die Frist endete damit hinsichtlich des ursprünglichen Antrags vom 10. Juli 2018 am 10. Oktober 2018, womit die am 24. Oktober 2018 zugesagte Möglichkeit zur Einsichtnahme leicht verspätet erfolgte. Jedoch nahm der Petent in seinem Schreiben vom 3. September 2018 eine Präzisierung seines Antragsbegehrens vor, auf das sich die Stadtverwaltung wieder neu einstellen musste. Der Lauf der Frist zur Antragsbearbeitung beginnt nach § 7 Absatz 2 Satz 3 LIFG nach einer erfolgten Präzisierung erneut.

Ebenso wurde der Petent wie in § 10 Absatz 2 Satz 1 LIFG vorgeschrieben, darauf hingewiesen, dass für die Bearbeitung des Antrags voraussichtlich Gebühren zwischen 327,60 bis 561,60 Euro entstünden und zur Erklärung über die Weiterverfolgung des Antrags aufgefordert.

Die Stadt hat gemäß § 7 Absatz 5 Satz 1 und Satz 2 LIFG wie vom Petenten beantragt, Akteneinsicht gewährt. Die erteilte Auskunft war auch nicht unvollständig, insbesondere sind die erfolgten Schwärzungen nicht zu beanstanden, da dem Petenten das gewährt wurde, was er – präzisiert in seinem Schreiben vom 3. September 2018 – beantragt hatte: die Einsicht in die notariell beglaubigte Vereinbarung, die es dem Käufer auferlegt, bestimmte Vorgaben bei der verkehrstechnischen Abwicklung des Logistikzentrums der Firma X einzuhalten. Darüber hinausgehende Informationen – insbesondere wer der Käufer war – waren ausdrücklich nicht vom Antrag umfasst. So führte der Petent in seinem Schreiben vom 3. September 2018, in dem er seinen Antrag präzisierte, wörtlich aus: „Mich interessiert weder der Kaufpreis, noch mit wem seinerzeit von der Firma [...] verhandelt wurde, noch sonst irgendetwas. Die einzige Frage ist folgende: ‚Gibt es eine notariell beglaubigte Vereinbarung, die es [...] vorschreibt, dass der Lieferverkehr von und zum Logistikzentrum nicht über die [Y]-Straße geführt werden darf? Ja oder nein!‘ Wenn ja, möchte ich diese einsehen, wenn nein, hat sich die Angelegenheit erledigt!“.

Auch der Gebührenbescheid ist sowohl formell als auch materiell rechtmäßig ergangen.

Rechtsgrundlage für den Erlass des Gebührenbescheids ist nach § 10 Absatz 1 LIFG i. V. m. der Satzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen (Verwaltungsgebührensatzung) der Stadt vom 3. April 2014. Gemäß § 10 Absatz 1 LIFG kann die informationspflichtige Stelle für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen nach diesem Gesetz Gebühren und Auslagen nach dem für sie jeweils maßgebenden Gebührenrecht erheben.

Mit der Stadt hat die informationspflichtige Stelle nach § 2 Absatz 1 Nr. 2 LIFG als zuständige Behörde entschieden. Insbesondere wurde der Petent über die voraussichtliche Höhe der Kosten gemäß § 10 Absatz 2 LIFG vorab informiert und zur Erklärung über die Weiterverfolgung seines Antrags aufgefordert. Der Petent hat daraufhin an seinem Einsichtsgesuch festgehalten.

Auch die Berechnung und damit die Höhe der Gebühr ist nicht zu beanstanden. Die Kosten für die anwaltliche Beratung hat die Stadt nicht auf den Petenten umgelegt, sondern richtigerweise lediglich die verwaltungsinternen Kosten in Rechnung gestellt.

Der Petent verlangte Einsicht in Unterlagen, die aus einem notariellen Vertrag mit einem privaten Unternehmen herrühren.

Ein Anspruch auf Informationszugang zu Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen besteht gemäß § 6 Satz 2 LIFG nur, soweit und solange die geschützte (natürliche oder juristische) Person eingewilligt hat. Als Betriebs- und Geschäftsgeheimnis werden allgemein alle auf ein Unternehmen bezogenen Tatsachen, Umstände und Vorgänge verstanden, die nicht offenkundig, sondern nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich sind und an deren Nichtverbreitung der Rechtsträger ein berechtigtes Interesse hat. Die rechtliche Würdigung dieser Frage erforderte zunächst ein genaues Einarbeiten in den Fall und dann die Kontaktaufnahme mit dem betroffenen Unternehmen sowie dessen Anhörung.

Die Aufschlüsselung der Gebühren durch die Stadt sind in sich schlüssig und plausibel und finden ihre Entsprechung in der Akte:

Datum (Jahr 2018)	Tätigkeit	Dauer in h
30.07./31.07.	Hineinarbeiten in den Fall	2,5
02.08.	Korrespondenz mit Antragsteller	0,08
14.08.	Fallbearbeitung	1
23.08.	Korrespondenz mit drittbetroffenem Vertragspartner und Antragsteller	1
05.09.	Fallbearbeitung; Korrespondenz mit Antragsteller	0,5
10.09.	Korrespondenz mit drittbetroffenem Vertragspartner	0,25
18.09.	Korrespondenz mit Firma X	0,58
09.10.	Korrespondenz mit Firma X	0,33
24.10.	Korrespondenz mit Antragsteller bezüglich Einsichtnahme	0,25
24.10.	Vorbereitung Einsichtnahme Liegenschaftsamt	0,33
22.11.	Einsichtnahme	0,25

Die sich hieraus ergebenden abgerundeten sieben Zeitstunden erscheinen nicht als unverhältnismäßig angesichts des doch nicht unerheblichen Prüfungsaufwandes. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich der Antrag des Petenten zunächst – bis zu der erst am 3. September 2018 gemachten Einschränkung auf die für ihn wesentliche Vereinbarung – auf den gesamten Kaufvertrag bezog.

Gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt richtet sich die Höhe der Verwaltungsgebühren nach dem dieser Satzung beigefügten Gebührenverzeichnis. Nach Nr. 1 des Gebührenverzeichnisses entsteht für eine laufende Zeiteinheit (0,25 Stunden) eine Gebühr von 11,70 Euro. Mithin errechnen sich mathematisch korrekt bei abgerundeten sieben Stunden 28 Zeiteinheiten. Dies entspricht den dem Petenten auferlegten 327,60 Euro.

Die Rechtsschutzmöglichkeiten wurden vom Petenten wahrgenommen. Das Widerspruchsverfahren ist nach Rücknahme des Widerspruchs durch den Petenten abgeschlossen. Der Gebührenbescheid ist somit bestandskräftig. Dem Rechtsschutzbedürfnis des Petenten wurde hinreichend Rechnung getragen.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatteerin: Braun

7. Petition 16/4861 betr. Steuersache

I. Gegenstand der Petition und Sachverhalt

Mit ihrer Petition beanstanden die Petenten die vom Finanzamt ermittelte Höhe des Veräußerungsgewinns

aus einem privaten Veräußerungsgeschäft im Veranlagungszeitraum 2019. Die Petenten wenden sich dagegen, dass bei der Ermittlung des Veräußerungsgewinns die bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung in Anspruch genommenen Abschreibungen hinzugerechnet werden. Außerdem begehren sie den Erlass der vom Finanzamt festgesetzten Säumniszuschläge.

1. Kauf, Vermietung und Verkauf einer Eigentumswohnung

Mit Kaufvertrag vom 26. November 2010 erwarben die Petenten eine Eigentumswohnung einschließlich eines Kellerraums und einer Garage zu einem Kaufpreis von 212.000 Euro. In den Jahren 2011 bis 2019 erzielten die Petenten Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung. Diese wurden in den Jahren ab 2011 durch in Anspruch genommene Absetzungen für Abnutzungen (im Folgenden Abschreibungen) in Höhe von insgesamt 26.500 Euro gemindert. Mit Kaufvertrag vom 14. November 2019 veräußerten die Petenten die Eigentumswohnung zu einem Kaufpreis von 265.000 Euro.

2. Steuerpflichtiger Veräußerungsgewinn

Mit Veräußerungsanzeige vom 7. Januar 2020 erhielt das für die Petenten zuständige Finanzamt Kenntnis von der Veräußerung. Die daraufhin vom Finanzamt an die Petenten gestellte Rückfrage vom 16. Januar 2020 blieb auch nach einer Erinnerung durch das Finanzamt vom 10. März 2020 unbeantwortet.

Weil es sich um die Veräußerung einer vor weniger als zehn Jahren angeschafften Eigentumswohnung handelte, ging das Finanzamt vom Vorliegen sonstiger Einkünfte in der Form eines privaten Veräußerungsgeschäfts aus. Für die nachträgliche Anpassung der Vorauszahlungen für den Veranlagungszeitraum 2019 schätzte das Finanzamt den aus dem Verkauf erzielten Veräußerungsgewinn in Höhe der Differenz zwischen Veräußerungspreis (265.000 Euro) und dem ursprünglichen Kaufpreis der Eigentumswohnung (212.000 Euro) auf 53.000 Euro und erließ am 15. Juni 2020 einen Vorauszahlungsbescheid. Danach ergaben sich für 2019 Vorauszahlungen an Einkommensteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag von insgesamt 24.852 Euro (21.897 Euro Einkommensteuer, 1.204 Euro Solidaritätszuschlag, 1.751 Euro Kirchensteuer), die zum 20. Juli 2020 fällig waren.

Am 13. Juli 2020 reichten die Petenten ihre Einkommensteuererklärung 2019 beim Finanzamt ein und erklärten dabei sonstige Einkünfte in Form privater Veräußerungsgeschäfte in Höhe von 35.768 Euro. Das Finanzamt ermittelte einen Gewinn aus dem Veräußerungsgeschäft in Höhe von 55.961 Euro, den es im Einkommensteuerbescheid 2019 vom 28. August 2020 ansetzte. Die Abweichung gegenüber der Einkommensteuererklärung der Petenten beruhte auf der Berücksichtigung der während der Vermietung in den Jahren 2011 bis 2019 in Anspruch genommenen Abschreibungsbeträge in Höhe von insgesamt 26.500 Euro, die als solche die Anschaffungskosten des Gebäu-

des mindern und damit den Veräußerungsgewinn erhöhen. Mit dem Einkommensteuerbescheid für 2019 ergab sich dann eine Steuernachzahlung von 14.717,87 Euro (12.764 Euro Einkommensteuer, 702,13 Euro Solidaritätszuschlag, 1.021,24 Euro Kirchensteuer, 230,50 Euro Säumniszuschläge), die damit die mittels Vorauszahlungsbescheid für 2019 festgesetzte Zahlungsverpflichtung von 24.852 Euro ersetzte.

3. Säumniszuschläge

Die mittels Vorauszahlungsbescheid vom 15. Juni 2020 festgesetzten Beträge wurden von den Petenten bis zur Fälligkeit zum 20. Juli 2020 nicht beglichen. Daraufhin mahnte das Finanzamt die Beträge mit Schreiben vom 6. August 2020 an und setzte Säumniszuschläge in Höhe von insgesamt 230,50 Euro fest. Die Petenten trugen dazu vor, dass sie sich telefonisch an eine Mitarbeiterin des Finanzamts gewandt hätten. Die Mitarbeiterin habe die Auskunft erteilt, dass es zur Zahlungsaussetzung der am 20. Juli 2020 fälligen Steuervorauszahlungsbeträge ausreichend sei, wenn die Petenten ihre Steuererklärung für das Jahr 2019 vor dem Fälligkeitstermin am 20. Juli 2020 beim Finanzamt einreichen würden. Die Petenten gingen daraufhin davon aus, dass sie die zum 20. Juli 2020 fälligen Steuerbeträge aufgrund der Abgabe ihrer Einkommensteuererklärung am 17. Juli 2020 nicht mehr zu entrichten hätten. Ausgehend davon begehren die Petenten den Erlass der Säumniszuschläge. Nachdem die Petenten einen Teilbetrag von 7.000 Euro auf die nachzuzahlenden Steuerbeträge für 2019 entrichtet hatten, beantragten sie am 6. September 2020 die Stundung des noch offenen Restbetrages. Das Finanzamt gewährte die Stundung am 25. September 2020 über einen Betrag von 7.487,37 Euro antragsgemäß und ohne Sicherheitsleistung unter dem Vorbehalt des Widerrufs bis zum 25. Oktober 2021. Auf die Erhebung von Stundungszinsen wurde verzichtet.

Mit Datum vom 29. September 2020 erließ das Finanzamt die Säumniszuschläge in vollem Umfang.

4. Gegenrechnung der Abschreibungsbeträge

Mit ihrer Petition beanstanden die Petenten, dass bei der Ermittlung des Veräußerungsgewinns aus dem privaten Veräußerungsgeschäft die bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung in Anspruch genommenen Abschreibungen in Höhe von 25.600 Euro gewinnerhöhend hinzugerechnet worden seien. Der Verkauf der Eigentumswohnung im Jahr 2019 sei aus finanziellen Gründen erfolgt, da der Mieter der Eigentumswohnung seit Dezember 2018 keine Miete mehr bezahlt habe. Der aus der Veräußerung der Eigentumswohnung erzielte Gewinn habe bei Weitem nicht ausgereicht, um die seit dem Kauf der Wohnung entstandenen, insbesondere durch den Mieter verursachten Kosten, abzudecken. Sie bitten daher, die Abschreibungen bei der Ermittlung des Grundstücksveräußerungsgewinns nicht gewinnerhöhend zu berücksichtigen, da es sich in ihrem Fall um einen Notverkauf gehandelt habe. Dazu solle ihrer Ansicht nach das Einkommensteuergesetz geändert werden. Da

eine Gesetzesänderung nicht kurzfristig umgesetzt werden könne, bitten sie, ihrem Anliegen im Wege der Petition zu entsprechen.

5. Gewährung von Rechtsschutz

Die Petenten trugen die zur Petition führenden Einwendungen gegenüber dem Finanzamt bereits in einer E-Mail-Nachricht vom 6. September 2020 vor. Um vollumfänglichen Rechtsschutz zu gewährleisten, hat das Finanzamt diese E-Mail-Nachricht als Einspruch gegen den Einkommensteuerbescheid 2019 vom 28. August 2020 gewertet.

II. Bewertung

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

1. Privates Grundstücksveräußerungsgeschäft

Nach § 22 Nr. 2 Einkommensteuergesetz (EStG) in Verbindung mit § 23 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 Satz 1 EStG liegen sonstige Einkünfte vor, wenn Grundstücke veräußert werden, bei denen der Zeitraum zwischen Anschaffung und Veräußerung nicht mehr als zehn Jahre beträgt (sogenannte private Veräußerungsgeschäfte). Von der Besteuerung der privaten Grundstücksveräußerungen sind lediglich zu eigenen Wohnzwecken genutzte Wohnungen ausgenommen (§ 23 Absatz 1 Nr. 1 Satz 3 EStG).

Das veräußerte Wohnungseigentum in Form der Eigentumswohnung fällt unter die Vorschrift des § 23 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 EStG. Vorliegend wurde die Eigentumswohnung mit Kaufvertrag vom 26. November 2010 angeschafft und mit Kaufvertrag vom 14. November 2019 veräußert. Die Veräußerung erfolgte also innerhalb von zehn Jahren nach Erwerb. Im vorliegenden Fall wurde die von den Petenten erworbene Eigentumswohnung auch nicht zu eigenen Wohnzwecken genutzt, sondern zu Wohnzwecken vermietet. Von der Steuerpflicht kann also auch im Hinblick auf die Ausnahmeregelung nicht abgesehen werden. Die Petenten haben deshalb Einkünfte aus dem privaten Veräußerungsgeschäft erzielt. Dies wird von den Petenten dem Grunde nach auch nicht in Frage gestellt.

2. Ermittlung des Veräußerungsgewinns

Der Gewinn oder Verlust aus einem privaten Veräußerungsgeschäft ermittelt sich nach § 23 Absatz 3 Satz 1 EStG aus dem Veräußerungspreis abzüglich der Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Zudem werden die Veräußerungskosten gewinnmindernd abgezogen. Dabei sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten des veräußerten Gebäudes bzw. Gebäudeteils um die während der Vermietung in Anspruch genommenen Abschreibungsbeträge zu mindern, soweit diese bei der Ermittlung der Vermietungseinkünfte abgezogen wurden.

Deshalb wurden vorliegend zum einen die Veräußerungskosten gewinnmindernd berücksichtigt. Zum anderen wurden die von den Petenten während der Ver-

mietungsdauer in Anspruch genommenen Abschreibungsbeträge in Höhe von 26.500 Euro von den Anschaffungskosten abgezogen mit der Folge, dass sich der Veräußerungsgewinn entsprechend erhöht.

3. Grund für die Gegenrechnung der Abschreibungsbeträge

Die Kürzung der Anschaffungskosten der Eigentumswohnung um in Anspruch genommene Abschreibungsbeträge im Rahmen der Veräußerungsgewinnermittlung ergibt sich aus § 23 Absatz 3 Satz 4 EStG. Die Regelung soll die Gleichbehandlung zwischen steuerbaren Veräußerungen im Privatvermögen mit solchen im Betriebsvermögen gewährleisten.

Sowohl im Betriebs- als auch im Privatvermögen kann der Eigentümer für die Zeit der Nutzung zur Einkünfteerzielung die aufgewandten Anschaffungskosten zeitlich gestreckt auf eine gesetzlich typisierte Nutzungsdauer in Form von Abschreibungen als Betriebsausgaben bzw. Werbungskosten abziehen. Diese Abschreibungen wirken sich steuermindernd aus.

Im Betriebsvermögen mindert sich der Buchwert des Gebäudes um die in Anspruch genommenen Abschreibungen. Kommt es zur Veräußerung des bebauten Grundstücks, ermittelt sich der Gewinn aus dem Veräußerungspreis abzüglich des – um Abschreibungen geminderten – Buchwerts. Die Regelung des § 23 Absatz 3 Satz 4 EStG ist damit der Behandlung im Betriebsvermögen nachempfunden.

Nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (BFH) verstößt diese Kürzung der Anschaffungskosten bei der Ermittlung der Gewinne oder Verluste aus privaten Grundstücksveräußerungsgeschäften nicht gegen Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes. Zur Begründung verweist er auf diesen Gleichklang mit den Veräußerungsvorgängen im Betriebsvermögen.

4. Das Motiv der Veräußerung

Nach dem Willen des Gesetzgebers erfolgt die Besteuerung des Gewinns aus einer privaten Grundstücksveräußerung innerhalb von zehn Jahren unabhängig davon, aus welchem Grund die Veräußerung erfolgte. Der Verkäufer muss insbesondere nicht mit Spekulationsabsicht gehandelt haben. Wie auch bei einer Veräußerung aus dem Betriebsvermögen kommt es also nicht auf den Grund der Veräußerung, wie etwa Krankheit, Zahlungsunfähigkeit, Trennung vom Ehepartner, an.

Die von den Petenten unter Hinweis auf ihre Verkaufsmotivation vorgetragene sachliche Billigkeit liegt damit nicht vor. Denn eine sachliche Unbilligkeit wird dann angenommen, wenn die gesetzliche Regelung im Einzelfall deshalb unbillig wirkt, weil der durch Auslegung des Wortlauts ermittelte Geltungsbereich des Gesetzes und der Inhalt der Regelung einen Sachverhalt erfassen, den sie nach den Wertungen des Gesetzes nicht hätten erfassen dürfen bzw. in einer nicht sachgerechten Weise erfassen.

Vorliegend geht der Wille des Gesetzgebers dahin, die Motivation der Grundstücksveräußerung als unbe-

achtlich anzusehen. Für eine von den Petenten angesprochene Gesetzesänderung ist nach dieser von der Rechtsprechung bestätigten Sichtweise damit ebenso wenig Raum wie für eine im Vorgriff darauf vorzunehmende Billigkeitsentscheidung im Verwaltungsweg.

III. Ergebnis

Der Petition kann hinsichtlich der Berechnung des Veräußerungsgewinns bei der vorliegenden Sach- und Rechtslage nicht abgeholfen werden. Hinsichtlich der Säumniszuschläge hat das Finanzamt dem Erlassbegehren bereits stattgegeben, sodass insoweit dem Petition bereits entsprochen worden ist. Bei Bedarf können sich die Petenten wegen der Zahlungsmodalitäten der zinslos gestundeten Steuerbeträge mit dem Finanzamt abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Soweit das Finanzamt die Säumniszuschläge in vollem Umfang erlassen hat, wird die Petition für erledigt erklärt. Darüber hinaus kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Epplé

8. Petition 16/4967 betr. Hochschulwesen

Der Petent bringt vor, die Hochschule Konstanz habe der Konstanzer Bevölkerung die Nutzung der Hochschulbibliothek verboten, es liege daher eine Diskriminierung vor. Dies betreffe auch ihn selbst, da ihm als Externer seit Frühjahr 2020 kein Zugang mehr zur Hochschulbibliothek gewährt werde.

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

Die Hochschulbibliothek ist als Teil des Informations- und Medienzentrums der HTWG eine Einrichtung der Hochschule nach § 28 LHG. Zulassung und Nutzung sind geregelt in der Benutzungsordnung. Danach stehen Bestände und Services der Bibliothek satzungsgemäß auch interessierten Nicht-Hochschulangehörigen grundsätzlich zur Verfügung, die als externe Leserinnen und Leser zur Benutzung zugelassen werden können. Die Hochschule Konstanz bekennt sich mit dieser Öffnung der im Bodenseeraum größten, technisch ausgerichteten Bibliothek und mit derzeit ca. 1.500 eingetragenen externen Leserinnen und Lesern ausdrücklich zu ihrer Verantwortung für die Literatur- und Informationsversorgung von Stadt und Region.

Nach der Vollschießung der Hochschule Konstanz und damit auch der Bibliothek während des Corona-Lockdowns ab dem 17. März 2020 wurde in der anschließenden Wiedereröffnungsphase mit einem zweistufigen Konzept die Bibliothek durch Beschluss des Präsidiums/Krisenstab der Hochschule Konstanz wieder eingeschränkt geöffnet. Diese Öffnung sah und sieht eine Begrenzung der gleichzeitig im Gebäu-

de befindlichen Besucherinnen und Besucher auf derzeit max. 50 Personen vor, insbesondere um die vorgegebenen Abstandsregelungen einhalten zu können. Diese Zahl wird, insbesondere während der Prüfungszeiträume, allein schon durch die Studentinnen und Studenten der Hochschule Konstanz mehr als erreicht. Während der Prüfungsphase des vergangenen Sommersemesters war die Nachfrage nach Arbeitsplätzen nur durch die Einrichtung eines Zweischichtbetriebs für den Zugang zu bewältigen.

Nach dem Öffnungskonzept musste daher ein Zugang durch Externe vorerst ausgeschlossen werden. Dieser Ausschluss begründet sich neben der Verantwortung für die Gesundheit der Menschen auf dem Campus im Wesentlichen in der Fokussierung der geringen Raumkapazitäten derzeit ausschließlich auf die originären Aufgaben der Hochschule Konstanz. Der Bedarf der Studentinnen und Studenten der Hochschule Konstanz nach Lern- und Arbeitsmöglichkeiten in der Bibliothek ist evident, vielfach geäußert und eine der Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Studium.

Der Petent ist als externer Leser der Hochschulbibliothek zugelassen und wurde bei seinem Besuch im September 2020 vom Service-Personal auf die bestehende Regelung hingewiesen. Am gleichen Tage erreichte die Hochschule Konstanz eine entsprechende Dienstaufsichtsbeschwerde via Mail. Da in der Dienstaufsichtsbeschwerde nicht zweifelsfrei erkennbar war, gegen wen sich diese richtet, wurde der Petent mit Schreiben der Hochschule Konstanz vom 15. Oktober 2020 um Präzisierung gebeten; auf dieses Schreiben steht bislang eine Antwort seinerseits aus. Durch die Hochschule Konstanz wurde im Rahmen des Schriftverkehrs die Einschränkung in mehreren Schreiben der Bibliothek begründet, verbunden mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass die Bibliothek nach Entspannung der aktuellen Pandemie-Lage natürlich wieder Externen zur Verfügung stünde und die geltenden Einschränkungen ausschließlich der gegebenen Situation geschuldet seien. Diese Begründung wurde unter Verweis auf ein Recht auf Bildung „gemäß Artikel 14 Charta der Grundrechte der EU“ vom Petenten nicht akzeptiert.

Zur grundsätzlichen Entspannung des durchaus gegebenen, teilweise erheblichen Nachfragedrucks durch externe Leserinnen und Leser wurden von der Hochschule Konstanz differenzierte Optionen für eine eingeschränkte Nutzung zumindest der Printbestände für Externe intensiv geprüft, unter anderem über eine Bestell- und Abholmöglichkeit für Bücher ohne Zugang zur Bibliothek. Analysen der externen Nutzung haben aber ergeben, dass der Fokus hier nicht auf der Ausleihe, sondern ganz überwiegend auf der Nutzung des Gebäudes als Leseort, verbunden mit der Nutzung der Internet-Zugänge liegt.

Der größte Teil des Bestandes der Hochschulbibliothek setzt sich mittlerweile aus E-Books zusammen. Der stark nachgefragte Zugriff auf diese umfangreichen Online-Bestände ist für Externe aus lizenzrechtlichen Gründen nur über die Bibliotheksrechner und nicht von außerhalb möglich. Eine teilweise Öffnung nur zur Bestellung und Abholung von Print-Büchern

wäre demnach weder zielführend noch geboten und führte zu keiner wesentlichen Verbesserung der Situation.

Das Wissenschaftsministerium weist darauf hin, dass die dargestellten coronabedingten Maßnahmen der Hochschule Konstanz unter Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsvorschriften des Landes – Corona-Verordnung der Landesregierung und Corona-Verordnung Studienbetrieb des Wissenschaftsministeriums – nicht zu beanstanden sind. Die Maßnahmen dienen insbesondere der Gesundheit und dem Schutz der Menschen auf dem Campus und sind angesichts der vorhandenen begrenzten Raumkapazitäten der Fokussierung auf die originären Aufgaben der Hochschule geschuldet. Eine Diskriminierung der externen Benutzerinnen und Benutzern – und damit des Petenten – im Hinblick auf die Nutzung der Bibliothek der Hochschule Konstanz ist nicht ersichtlich.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Keck

9. Petition 16/5053 betr. Gnadensache

Der Petent begehrt einen Gnadenerweis bezüglich einer gegen ihn verhängten Gesamtfreiheitsstrafe von einem Jahr und fünf Monaten.

Der Petent wurde durch Urteil des Amtsgerichts vom 9. April 2019 in Verbindung mit dem Urteil des Landgerichts vom 12. März 2020 wegen unerlaubten Besitzes von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge sowie wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte in Tateinheit mit vorsätzlicher Körperverletzung zu der Gesamtfreiheitsstrafe von einem Jahr und fünf Monaten verurteilt. Das Landgericht stellte insoweit fest, dass die Taten aufgrund von Betäubungsmittelabhängigkeit begangen worden seien, und erteilte bereits vorsorglich die Zustimmung zu einer Zurückstellung der Strafvollstreckung nach § 35 des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG). Die Verurteilung ist seit dem 14. Juli 2020 rechtskräftig.

Dem Urteil des Amtsgerichts vom 9. April 2019 lag folgender Sachverhalt zugrunde: Der bereits mehrfach, auch einschlägig vorbestrafte Petent zog vom Sommer 2017 bis zum 24. Oktober 2017 auf der Terrasse des von ihm bewohnten Anwesens zum Zwecke der Gewinnung THC-haltigen Marihuanas insgesamt sieben Cannabispflanzen auf. Nach Aberntung der am 24. Oktober 2017 polizeilich sichergestellten Cannabispflanzen ergab sich ein Nettotrockengewicht von 907 Gramm Marihuana, welches einen Wirkstoffgehalt von mindestens 6,7% aufwies und somit mindestens 60,769 Gramm THC enthält. Außerdem bewahrte der Petent in dem Anwesen noch 138 Gramm netto Marihuanablätter mit Stängeln sowie insgesamt 13 Gramm Marihuanaverschnitt bzw. Reste sowie

schließlich 0,945 Gramm netto Amphetamingemisch mit einem Wirkstoffgehalt zwischen 20 % und 30 % auf. Über eine betäubungsmittelrechtliche Erlaubnis verfügte der Petent nicht. Er beabsichtigte, das gewonnene Marihuana sowie das aufgefundenen Amphetamingemisch aufgrund seiner Betäubungsmittelabhängigkeit selbst zu konsumieren.

Im Rahmen seiner Festnahme am 24. Oktober 2017 wehrte sich der Petent gegen die polizeiliche Maßnahme vehement unter Einsatz seines gesamten Körpergewichts, sodass er nur mit massivem Kraftaufwand durch drei Beamte fixiert werden konnte. Einer der Beamten erlitt hierbei Prellungen und Schmerzen am linken Oberschenkel und am linken Oberarm.

Am 10. September 2020 stellte der Vertreter des Petenten ein Gnadengesuch. Er beantragte, die Freiheitsstrafe gnadeweise zur Bewährung auszusetzen. Als Anlage fügte er eine Bestätigung der Drogenberatung vom 7. September 2020 bei. In dieser Bestätigung wird ausgeführt, dass der Petent Kontakt zur Beratungsstelle habe. Seit Juni 2020 halte er zuverlässig seine Termine ein und habe wöchentlichen Kontakt zur Beratungsstelle. Ein Kostenantrag für eine stationäre Langzeittherapie sei Mitte August 2020 gestellt worden. Er habe sich bei einer Fachklinik beworben und ein Vorstellungstelefonat geführt. Man erlebe den Verurteilten klar in seiner Entscheidung, eine stationäre Drogenlangzeittherapie durchführen zu wollen, weil er sich durch diese Maßnahme eine Stabilisierung seiner Nüchternheit und psychischen Situation verspreche und einen Neuanfang durch diese Maßnahme vollziehen wolle.

Mit Entschließung vom 28. September 2020 lehnte die Staatsanwaltschaft als zuständige Gnadenbehörde das Gnadengesuch ab.

Am 8. Oktober 2020 legte der Vertreter des Petenten gegen die Entscheidung vom 1. Oktober 2020 (gemeint war wohl die Entschließung vom 28. September 2020) Beschwerde ein.

Mit Entschließung vom 2. November 2020 sah sich das Ministerium der Justiz und für Europa Baden-Württemberg ebenfalls nicht in der Lage, die Vollstreckung der Strafe im Wege der Gnade zur Bewährung auszusetzen.

Der Petent begehrt nunmehr im Petitionsverfahren ohne weitere Begründung einen Gnadenerweis bezüglich der gegen ihn verhängten Strafe.

Die im Rahmen des Gnadengesuchs vorgebrachten Gründe können eine Strafaussetzung zur Bewährung im Wege der Gnade nicht rechtfertigen.

Das Amtsgericht ist einem Gnadenerweis entgegengetreten. Das Amtsgericht führt dabei insbesondere aus, dass der Verurteilte langjähriger Drogenkonsument sei. Trotz der erstinstanzlichen Verurteilung sei es ihm nicht gelungen, bis zur Berufungshauptverhandlung die nächsten Schritte für eine Therapie in die Wege zu leiten. Stattdessen sei es zu einem Vorfall mit seinem pflegebedürftigen Vater gekommen, der zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen gefährlicher Körperverletzung geführt habe.

Auch die Staatsanwaltschaft ist einem Gnadenerweis entgegengetreten. Es seien keine Gnadengründe vortragen bzw. ersichtlich. Eine Zurückstellung der Vollstreckung gemäß § 35 BtMG sei bei Vorliegen der Voraussetzungen jederzeit auch aus der Haft heraus möglich. Das Landgericht habe bereits seine Zustimmung zu einer solchen Zurückstellung erteilt.

Gnadenerweise haben Ausnahmecharakter. Sie dienen insbesondere dazu, Unbilligkeiten auszugleichen, die darauf beruhen, dass das Gericht bei Festsetzung der Rechtsfolgen wesentliche Umstände nicht berücksichtigen konnte, weil diese im Zeitpunkt der Entscheidung nicht bekannt waren oder erst danach eingetreten sind. Die gnadeweise Aussetzung von Strafen kommt grundsätzlich nur dann in Betracht, wenn besondere Umstände vorliegen, die erst nachträglich bekannt geworden oder eingetreten sind und nicht mehr bei der gerichtlichen Entscheidung berücksichtigt werden konnten oder die so außergewöhnlich sind, dass sie eine über die gesetzlichen Aussetzungsvorschriften hinausgehende Vergünstigung angezeigt erscheinen lassen.

Solche Umstände liegen hier nicht vor. Der Petent ist mehrfach und einschlägig vorbestraft. Zudem wurde nach Auskunft des Amtsgerichts ein neues Ermittlungsverfahren gegen den Petenten wegen gefährlicher Körperverletzung eingeleitet. Es kann daher auch nicht erwartet werden, dass der Petent sich künftig straffrei führen wird. Etwaige Härten für den Petenten sind denkbare Begleiterscheinung einer jeden Inhaftierung und deshalb grundsätzlich hinzunehmen. Zudem ist weiterhin eine Zurückstellung der Strafvollstreckung nach § 35 BtMG möglich.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Keck

10. Petition 16/4740 betr. Abfallentsorgung, Beschwerde über die Stadt

Die Petenten wenden sich gegen eine Grünschnittablagerung eines in der Petitionsschrift genannten Bürgers auf einem städtischen Grundstück und bitten im Rahmen der Gleichbehandlung um Erlaubnis, dass auch andere Bürgerinnen und Bürger ihren Grünabfall dort ablegen dürfen. Sollte dies nicht gewährt werden, dann müsse die Stadt konsequent allen Bürgerinnen und Bürgern das Ablagern verbieten. Gleichzeitig wird beklagt, dass die Stadt in vielen angezeigten Verfahren den anzeigenden Bürgerinnen und Bürgern keine Rückmeldung gebe. Generell wird Gleichbehandlung zwischen allen Bürgerinnen und Bürgern gefordert.

Die Prüfung der Petition ergab Folgendes:

Die in der Petition angesprochene Grünfläche ist im rechtsgültigen Bebauungsplan als "Öffentliche Grünfläche mit Zweckbestimmung Kinderspiel, wohnge-

bietsbezogene Erholung, landschaftliche Durchwegung, Ausgleichsfläche, Sammelretentionsmulde und Ortsrandeinbindung“ festgesetzt.

Die Fläche wird im Auftrag des Umweltamtes der Stadt von der Abteilung „Stadtbild“ im städtischen Betriebshof gepflegt. Abfall- und Grünmüllablagerungen – insbesondere in dem beschriebenen Ausmaß – werden durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemeldet. Im Rahmen der unregelmäßigen Kontrollen wurden hier allerdings keine Beanstandungen erfasst.

Der Petent hat die Stadtverwaltung im April 2020 auf die Müllablagerung hingewiesen. Aufgrund des bei der Stadtverwaltung bis zum 4. Mai 2020 geltenden Lockdowns durch die Corona-Pandemie wurde diese Angelegenheit vom zuständigen Ordnungsamt nicht als vordringlich behandelt. Der Schwerpunkt lag bei den Aufgaben zur Bewältigung der Corona-Pandemie und auch auf der Nachverfolgung der Kontaktpersonen, die das Ordnungsamt im Auftrag des Gesundheitsamts ermittelte.

Der städtische Präsenzdienst hat im Mai 2020 den Hinweis des Petenten überprüft und auf dem städtischen Grundstück Grünschnittablagerungen festgestellt. Der die Ablagerung zu verantwortende Grundstückseigentümer wurde aufgefordert, den Grünschnitt zeitnah zu entfernen.

Am 14. Juli 2020 hat sich der Petent nochmals an die Stadtverwaltung gewandt und den Zustand nochmals – mit dem alten Foto – reklamiert. Bereits am 15. Juli 2020 kontrollierte daraufhin der städtische Präsenzdienst das Grundstück erneut. Zu diesem Zeitpunkt war der Grünschnitt beseitigt, der Zustand wurde von der Stadtverwaltung mittels Fotoaufnahmen dokumentiert.

Der Petent wird gegenüber der Stadtverwaltung sehr häufig mit Mails und Anfragen aller Art tätig. Die Stadt bearbeitet die Anliegen alle, allerdings behält sie sich vor, die Anliegen nach Wichtigkeit und Dringlichkeit zu priorisieren.

Bewertung:

Grünabfälle sind Abfälle, die dem Kreislaufwirtschaftsgesetz unterfallen (§ 3 Absatz 1, Absatz 7 KrWG). Es ist die Pflicht eines Abfallerzeugers, seine Abfälle – hier den Grünschnitt – getrennt zu sammeln und entweder über eine Biotonne dem öffentlich-rechtlichen Entsorger, hier dem Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises zu überlassen oder den Grünschnitt zu einem Grünabfallsammelplatz zu bringen (§§ 7, 17 und 20 KrWG). Eine Ablagerung auf einem fremden Grundstück befreit den Abfallerzeuger nicht von seiner Pflicht, seine Abfälle ordnungsgemäß zu entsorgen. Er kann von der Abfallrechtsbehörde aufgefordert werden, die von ihm abgelegten Abfälle von dem Grundstück zu entfernen und zu entsorgen. Zudem stellt das unzulässige Ablagern eine Ordnungswidrigkeit gemäß der Polizeiverordnung der Stadt dar, wonach es untersagt ist, in Grün- und Erholungsanlagen Abfälle abzulagern. Somit ist zugleich die Frage des Petenten beantwortet, ob es ein Recht zum

Ablagern auf fremden, hier städtischen Grundstücken gibt oder in einer Form der Gleichbehandlung geben müsste. Es gibt dieses Recht nicht. Auch im vorliegenden Fall wurde ein solches Recht niemandem eingeräumt und steht daher auch den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu.

Der Vortrag der Stadt, dem Petenten zwar nicht sofort, doch jeweils zu gegebener Zeit eine Antwort zu seinen Eingaben zukommen zu lassen, ist plausibel. Dabei sind auch längere Antwortintervalle verständlich angesichts der vielfältigen Aufgaben der Stadtverwaltung, insbesondere vor dem Hintergrund der Bewältigung der mit der Pandemie einhergehenden Belastungen der Ämter.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatte(r)in: Krebs

11. Petition 16/4752 betr. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nach der Gemeindeordnung

Die Petenten beanstanden, dass die Stadt die nach § 41 a Absatz 1 der Gemeindeordnung erforderliche angemessene Beteiligung von Kindern bei kommunalen Planungen und Vorhaben bisher nicht umsetze. Sie bitten, dass die Stadt unverzüglich geeignete Verfahren für die Kinderbeteiligung entwickelt und diese der Rechtsaufsichtsbehörde zur Prüfung vorlegen muss. Außerdem bitten sie, dass der Oberbürgermeister disziplinarrechtliche Maßnahmen gegen den Amtsleiter des städtischen Amtes für Schule, Jugend und Sport wegen der Ignorierung dieser Vorschriften einleitet.

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

Zum Thema Kinderbeteiligung wurde bereits im November 2016 eine Petition mit vergleichbarem Anliegen eingereicht, über die der Landtag am 9. März 2017 entschieden hat. Der Petition konnte nicht abgeholfen werden (vgl. Drucksache 16/1646, lfd. Nr. 21).

Konkrete Sachverhalte werden – wie schon in der ersten Petition – nicht vorgetragen.

In gleicher Sache hat der Petitionsverfasser auch eine Petition an den Gemeinderat gerichtet, die am 31. August 2020 bei der Stadtverwaltung eingegangen ist. Diese Petition wird nach Abschluss des Petitionsverfahrens beim Landtag dem zuständigen Ausschuss des Gemeinderats vorgelegt werden.

Nach § 41 a Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung (GemO) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Oktober 2015 (GBl. S. 870) soll die Gemeinde Kinder bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Dafür sind von der Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu entwickeln (§ 41 a Absatz 1 Satz 2 GemO).

Von Kindern spricht man nach den gesetzlichen Definitionen im Kinder- und Jugendhilferecht und im Strafrecht bei einem Alter von unter 14 Jahren.

Während die Beteiligung von Jugendlichen (ab einem Alter von 14 Jahren) nach § 41 a Absatz 1 GemO verpflichtend ist, ist die Beteiligungspflicht von Kindern als Soll-Regelung ausgestaltet. In begründeten Fällen, z. B. wenn eine sachgerechte Beteiligung aufgrund des Alters der Kinder nicht möglich ist, kann die Gemeinde deshalb auch von einer Beteiligung absehen. Die Form der Beteiligung und die Ausgestaltung der Abläufe und des Verfahrens ist der Eigenverantwortlichkeit der Gemeinden überlassen. Kinder, Erziehungsberechtigte und sonstige Personen oder Organisationen haben keinen Rechtsanspruch auf eine ihren Vorstellungen entsprechende Kinderbeteiligung. Eine Dokumentations- oder Berichtspflicht der Gemeinde über durchgeführte oder beabsichtigte Maßnahmen der Kinderbeteiligung besteht nicht. Es besteht auch keine Verpflichtung, vorgesehene Beteiligungsverfahren von der Rechtsaufsichtsbehörde prüfen zu lassen.

Die Stadtverwaltung hat dargelegt, dass Kinder regelmäßig – auch bereits vor der Neufassung des § 41 a GemO – bei für sie relevanten Planungen und Vorhaben altersgerecht und mit passenden Formaten beteiligt werden. Als Beispiel wird die im November 2016 erfolgte Ausschreibung der Schulverpflegung angeführt, in deren Rahmen die Schüler künftig auch an der Speiseplangestaltung beteiligt werden. In den Jahren 2008, 2011, 2013 und 2018 gab es Jugendhearings für Kinder und Jugendliche in den Stadtteilen oder zu bestimmten Projekten.

Sind von kommunalen Maßnahmen städtische schulische Einrichtungen oder auch Kindertagesstätten in fremder Trägerschaft betroffen, erfolgt eine Beteiligung über diese Einrichtungen. Daneben nutzt die Stadt auch die Möglichkeiten einer Kinderbeteiligung zu ausgewählten Themen über ihre Mitarbeiter der Schulsozialarbeit an den zahlreichen städtischen Schulen oder in den Einrichtungen der offenen Jugendarbeit.

Grundvoraussetzung für eine gelingende Beteiligung von Kindern sind nach Auffassung der Stadtverwaltung Regelmäßigkeit, Transparenz der Ergebnisse und deren mögliche Umsetzung. Dazu bedarf es verlässlicher Strukturen und Erreichbarkeiten, die in den Grundschulen mit einem direkten Lebensweltbezug gegeben sind. Um deshalb die Entwicklung von geeigneten Beteiligungskonzepten auch an den städtischen Grundschulen zu unterstützen, hat die Stadtverwaltung 2018 die Schulleitungen und ihre Fachkräfte der Schulsozialarbeit zu einem Gespräch eingeladen. Es wurden zwei unterschiedliche, an den städtischen Grundschulen bereits erfolgreich praktizierte Beteiligungsmodelle vorgestellt und diskutiert, auf deren Grundlage nun auch alle anderen Grundschulen ihr eigenes Beteiligungskonzept entwickeln konnten. Nach wie vor engagiert sich die Stadt über ihre Fachkräfte der Schulsozialarbeit jeweils an dessen Umsetzung. Bei einem Antrag der „Schülerkonferenz“ einer Grundschule vom Januar 2019 auf Beschaffung von Tornetzen für den Schulhof hat beispielsweise die

dortige Schulsozialarbeiterin die Schüler unterstützt und zum anschließenden Gespräch im Amt begleitet. Dort konnten Wünsche der Schülerschaft einerseits und Erfordernisse aus städtischer Sicht andererseits miteinander abgeglichen und eine für alle nachvollziehbare und zufriedenstellende Lösung vereinbart werden, die auch zeitnah zur Umsetzung kam.

Für Schülerinnen und Schüler ab Klassestufe 5 – und damit für Kinder – besteht außerdem die Möglichkeit, ihre Anliegen über die Schülervertreter der weiterführenden Schulen jederzeit in den Schülerrat einzubringen, der bereits seit 1999 besteht und sich inzwischen zur institutionalisierten Jugendvertretung im Sinne von § 41 a GemO weiterentwickelt hat. Der Schülerrat setzt sich – neben anderen an einer Mitarbeit interessierten Jugendlichen – überwiegend aus den Schülersprecherinnen und Schülersprechern und Stellvertretern aller in der Stadt befindlichen weiterführenden Schulen zusammen. Tatsächlich gab es auch schon an einer direkten Mitarbeit interessierte Fünftklässler, was allerdings eher selten der Fall ist. Die Mitglieder des Schülerrates werden deshalb regelmäßig dazu angehalten, zum einen auf die freiwillige Beitrittsmöglichkeit hinzuweisen, zum anderen die Themen in ihre Schulen zu tragen bzw. dortige geeignete Themen in das kommunale Jugendgremium einzubringen. Über die zusammen mit den Klassensprechern der unteren Klassen in den Schülermitverwaltungen sitzenden Schülerräte ist ein für die Kinder niederschwelliger Informationsaustausch gewährleistet.

Viele Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, fallen in den Fachämtern der Stadtverwaltung an. Außer der Beteiligung von externen Interessengruppen, Verbänden, Fachleuten, Büros, Bürgergruppen oder Einzelpersonen wird deshalb im Vorblatt der städtischen verbindlich vorgeschriebenen Sitzungsvorlage (betreffend den internen Freigabelauf vor Sitzungen des Gemeinderats oder seiner Ausschüsse und Beiräte) bereits seit 2016 explizit auch die Beteiligung von Jugendlichen nach § 41 a GemO abgefragt. Damit gewährleistet ist, dass die Einbeziehung der Kinder- und Jugendinteressen durch die Fachämter rechtzeitig eingeplant wird, wurden im August 2019 sämtliche Ämter und Dienststellen per Rundschreiben des Oberbürgermeisters über die gesetzlichen Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen informiert. Dazu hat die Stadt ein Verfahren ausgearbeitet, nach welchem die Beteiligung ggf. in Kooperation mit den Fachleuten der städtischen Jugendverwaltung umgesetzt werden kann.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nach § 41 a GemO gehört zu den Angelegenheiten der kommunalen Selbstverwaltung. Nach den Darlegungen der Stadtverwaltung wird die Stadt wie schon bisher im Rahmen des ihr nach § 41 a Absatz 1 GemO zustehenden Spielraums Kinder und Jugendliche in angemessener Weise bei für diese relevanten Planungen und Vorhaben beteiligen. Anhaltspunkte für Rechtsverstöße, die ein Einschreiten der Rechtsaufsichtsbehörde rechtfertigen könnten, sind nicht ersichtlich. Fragen der Zweckmäßigkeit der städtischen Maßnahmen und Verfahren sind einer Überprüfung durch die

Rechtsaufsicht entzogen. Gründe für disziplinarische Maßnahmen gegen den zuständigen Amtsleiter in der Stadtverwaltung sind ebenfalls nicht ersichtlich.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatterin: Krebs

12. Petition 16/4779 betr. Jugendhearing

Der Petent erbittet Auskunft über die Durchführung und die Ergebnisse eines Jugendhearings sowie über die Verwendung von Landesfördermitteln für dieses Jugendhearing und über zukünftige Jugendhearings.

Der Petent kritisiert die Jugendbeteiligung der Stadt als sehr mangelhaft, im Speziellen seien die zeitlichen Abstände zwischen den durchgeführten Jugendhearings jeweils zu groß. Er beruft sich auf ein Jugendhearing von vor ca. 3 Jahren und kritisiert, dass dieses im Desaster geendet sei, weil die Gruppe der Teilnehmenden mit Migrationshintergrund zu klein gewesen sei und die von den Jugendlichen erarbeiteten Vorschläge nicht umgesetzt worden seien. Zudem trägt er vor, dass für das genannte Jugendhearing mehrere zehntausend Euro Landesfördermittel aufgewendet wurden und bittet darum, die Stadt aufzufordern, diese aus den genannten Gründen zurückzuzahlen. Er bittet zudem darum, die Ergebnisse des Jugendhearings ebenso wie eine Auskunft über deren Umsetzung dem Landtag vorzulegen, der Stadt keine Fördermittel für Jugendhearings mehr zukommen zu lassen sowie schnellstmöglich ein weiteres Jugendhearing vorzubereiten.

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

Die Stadt hat im Juni 2018 ein großes Jugendhearing durchgeführt. Eingeladen waren alle Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren, die in der Kernstadt (außer den Ortsteilen) ihren Wohnsitz haben. Von den insgesamt ca. 900 eingeladenen Jugendlichen nahmen 152 Personen teil (der Anteil der Teilnehmenden mit Migrationshintergrund wurde nicht gesondert erhoben).

Um die Gruppe der in der Stadt lebenden und nicht in der Einwohnerstatistik erfassten jungen Geflüchteten einzubeziehen, erfolgte eine entsprechende Einladung über die Jugendhilfeträger, die diesen Personenkreis beheimaten. Es gelang, eine Gruppe von sechs jungen interessierten Geflüchteten trotz Sprachbarrieren für diese Veranstaltung zu gewinnen. Sie wurden durch zwei Fachkräfte begleitet und unterstützt, damit eine aktive Teilnahme möglich war.

Finanziert wurde das Jugendhearing ausschließlich aus Haushaltsmitteln der Stadt und ohne Landesförderung oder sonstige Fremdförderung.

Nach § 41 a Absatz 1 GemO in der Fassung des Gesetzes zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher

Vorschriften vom 28. Oktober 2015 (GBl. S. 870) muss die Gemeinde Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Dafür sind von der Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu entwickeln. Insbesondere kann die Gemeinde einen Jugendgemeinderat oder eine andere Jugendvertretung einrichten.

Jugendliche sind nach § 7 Absatz 1 Nr. 2 SGB VIII Personen, die 14, aber noch nicht 18 Jahre alt sind. Während die Beteiligung von Kindern (Personen unter 14 Jahren) als Soll-Regelung ausgestaltet ist, ist die Beteiligung von Jugendlichen nach den GemO verpflichtend („muss“). Allerdings lässt § 41 a vielfältige Mitwirkungsmöglichkeiten zu, die Form der Beteiligung und die Ausgestaltung der Abläufe und des Verfahrens ist somit der Eigenverantwortlichkeit der Gemeinden überlassen.

Die Stadtverwaltung hat (Kinder und) Jugendliche regelmäßig – auch bereits vor der Neufassung des § 41 a GemO – an für sie relevanten Planungen und Vorhaben altersgerecht und mit passenden Formaten beteiligt.

In den Jahren 1999/2000 führte die Stadt umfangreiche Erhebungen zu den Bedarfen und Bedürfnislagen in der Jugendarbeit durch und entwickelte entsprechende Leitlinien. Auf Basis dieser Leitlinien wurde für die Jugendarbeit ein Qualitätshandbuch entworfen, das zum einen die bereits vorhandenen Angebote wie Schulsozialarbeit und die Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit neu strukturierte und mit pädagogischen Standards auf Basis der aktuellen Fachdiskussion einheitlich definierte. Zum anderen wurde das Angebot für junge Menschen um wesentliche Bereiche erweitert. Als formales und institutionalisiertes Beteiligungsformat wurde unter anderem ein Schülerrat ins Leben gerufen. Zunächst als Schülersprecherkonferenz entstanden hat sich der Schülerrat inzwischen zu einer institutionalisierten Jugendvertretung i. S. v. § 41 a GemO weiterentwickelt. Auf Wunsch der Jugendlichen hat das Jugendgremium seinen etablierten Namen bis heute beibehalten.

Der Schülerrat setzt sich noch immer überwiegend aus den Schülersprecherinnen und Schulsprechern und Stellvertretungen aller in der Stadt befindlichen weiterführenden Schulen zusammen, die die Stadt jährlich zur freiwilligen Mitarbeit in ihrer kommunalen Jugendvertretung einlädt. Die von der Basis her gleichberechtigte Besetzung mit Vertretungen aus allen Schulformen soll gewährleisten, dass Jugendliche aus allen Bevölkerungsgruppen repräsentiert sind und dass Informationen über die Anbindung an die die Schülermitverantwortungen (SMVn) in die Schulen bzw. dortige Anliegen zurück in den Schülerrat getragen werden.

Bei Interesse können aber auch alle anderen in der Stadt wohnhaften, zur Schule gehenden oder eine Ausbildung absolvierenden Jugendlichen Mitglied des Schülerrates werden, was z. B. ehemaligen Schülersprecherinnen und Schülersprechern, die Gefallen am Schülerrat gefunden haben, ermöglicht, erneut beizutreten und ihre Erfahrungen einzubringen, oder Interessierten aus dem Freundeskreis den Weg ebnen kann.

Viele Planungen und Vorhaben, die die Interessen von (Kindern und) Jugendlichen berühren, fallen in den Fachämtern einer Stadtverwaltung an. Außer der Beteiligung von externen Interessengruppen, Verbänden, Fachleuten, Büros, Bürger(innen)gruppen oder Einzelpersonen wird deshalb im Vorblatt der städtischen verbindlich vorgeschriebenen Sitzungsvorlage (betr. den internen Freigabelauf vor Sitzungen des Gemeinderats oder seiner Ausschüsse und Beiräte) bereits seit 2016 explizit auch die Beteiligung von Jugendlichen nach § 41 a GemO abgefragt. Damit gewährleistet ist, dass die Einbeziehung der Kinder- und Jugendinteressen durch die Fachämter rechtzeitig eingeplant wird, wurden im Herbst 2019 sämtliche Ämter und Dienststellen auch nochmal per Rundschreiben des Oberbürgermeisters über die gesetzlichen Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen informiert. Dazu hat die Stadt ein Verfahren ausgearbeitet, nach welchem die Beteiligung ggf. in Kooperation mit den Fachleuten der städtischen Jugendverwaltung umgesetzt werden kann.

Darüber hinaus hat die Stadt z. B. in den Jahren 2008, 2011, 2013 und 2018 immer wieder Hearings für (Kinder und) Jugendliche in den Stadtteilen oder zu bestimmten Projekten durchgeführt. Zuletzt fand 2018 das oben beschriebene große Jugendhearing mit Jugendlichen der Kernstadt statt. Dies nicht zuletzt, um den Teilaspekt „Angebote der Jugendarbeit zur Freizeitqualität für junge Menschen“ zu untersuchen und die Bedarfslagen nach nunmehr 18 Jahren (seit den Leitlinien) aktuell zu überprüfen. Das Hearing hatte zum Ziel, von den Jugendlichen Aussagen zu bereits bestehenden Angeboten zu erhalten, Bedarfslagen zu ermitteln und Raum für Vorstellungen zur Weiterentwicklung und Zukunftsorientierungen zu geben, konkret sollte dies anhand von Projektideen und Vorschlägen geschehen. Die erarbeiteten Projekte und Vorschläge wurden anschließend zusammen mit Jugendlichen in Arbeitsgruppen weiterverfolgt und kamen – wenn auch nicht ausnahmslos – zur Umsetzung, so z. B. ein Speed Dating für knapp 300 angehende Erstwählerinnen und Erstwähler aus den Schulen mit neun Kandidatinnen und Kandidaten für den Gemeinderat. Teilweise wurden Ideen auch von Externen aufgegriffen (z. B. „Lernatelier“ für Schülerinnen und Schüler über den BDKJ).

Finanziert wurde dieses Jugendhearing ausschließlich aus Haushaltsmitteln der Stadt. Die Auffassung des Petenten, es seien mehrere zehntausend Euro Landesfördermittel investiert worden, ist daher nicht nachvollziehbar. Möglicherweise hat der Petent das Jugendhearing mit der durch die Stadt im Zweijahresrhythmus veranstalteten „Internationalen Jugendkonferenz“ verwechselt. Diese internationale Jugendbegegnung fand zuletzt 2019 statt und wurde bisher regelmäßig durch Mittel der Europäischen Union (Erasmus+) gefördert, über deren sachgerechte Verwendung seitens der Stadt regelmäßig Rechenschaft abgelegt wird.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass keine Landesfördermittel für das vom Petenten angesprochene Jugendhearing aufgewendet wurden.

Jugendbeteiligung nach § 41 a GemO gehört zu den Angelegenheiten der kommunalen Selbstverwaltung. Die Durchführung von Jugendhearings ist zudem eine freiwillige Leistung der Kommune im Rahmen der offenen Jugendarbeit. Die Zweckmäßigkeit der Maßnahmen (Umfang und konkrete Ausgestaltung der Jugendbeteiligung) können daher nicht Gegenstand einer rechtsaufsichtlichen Prüfung sein. Im Übrigen ergeben sich aus dem Vortrag der Stadt keine Beanstandungen hinsichtlich Gesetz- und Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatte(r)in: Krebs

13. Petition 16/4817 betr. Polizeiliches Einschreiten

Der Petent trägt vor, dass ein nächtlicher Polizeieinsatz am 25. Juli 2020 gegen 3:15 Uhr aufgrund der telefonischen Meldung und massiven Intervention eines im Einsatzgebiet wohnenden Stadtrates bedeutend schneller erfolgt sein soll, als viele andere Polizeieinsätze, zu denen die Polizei von „normalen“ Bürgerinnen und Bürgern gerufen wird. Daher mahnt er die Gleichbehandlung aller Bevölkerungsgruppen an und fordert eine entsprechende Unterrichtung aller Polizeibeamten des Polizeireviers. Darüber hinaus fordert der Petent die Mitteilung der Namen der für diesen Einsatz verantwortlichen Polizeibeamten.

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

Am 25. Juli 2020 ging nach 3:00 Uhr morgens über den Polizeinotruf eine Mitteilung eines Stadtrates ein, der zufolge sich in unmittelbarer Nähe seines Wohnhauses eine größere, lärmende Menschengruppe befinde. Diese Personen seien angetrunken oder betrunken, würden sich teilweise herumschubsen und er befürchte aufgrund der aufgeheizten Stimmung, dass die Situation eskalieren und es zu einer Schlägerei kommen könne.

Daraufhin hat das Führungs- und Lagezentrum des Polizeipräsidiums zwei Streifenwagen zum genannten Einsatzort beordert. Als die Einsatzkräfte ca. fünf Minuten nach Beendigung des Telefongesprächs am Einsatzort eintrafen, konnten dort allerdings keine Personen mehr angetroffen werden. Ein polizeiliches Einschreiten war daher obsolet.

Nach §§ 1 und 3 des Polizeigesetzes Baden-Württemberg hat die Polizei insbesondere die Aufgabe, von dem Einzelnen und/oder dem Gemeinwesen Gefahren abzuwehren, durch die die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bedroht wird, sowie Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu beseitigen, soweit es im öffentlichen Interesse geboten ist.

Gemäß der nächtlichen, telefonischen Mitteilung handelte es sich vorliegend um eine konkrete Gefahr für

Leib und Leben der Beteiligten. Wie bei jedem anderen entsprechenden Anlass auch erfolgt der Einsatz – bei Verfügbarkeit von Einsatzkräften – nach der gebotenen Dringlichkeit der Angelegenheit. Der Status und das „Ansehen“ des Mitteilenden sind hierbei unerheblich, so auch im vorliegenden Fall. Dass in diesem konkreten Sachverhalt die Einsatzfahrzeuge bereits fünf Minuten nach Beendigung der Mitteilung vor Ort eintreffen konnten, lag hier einerseits an der Dringlichkeit der geschilderten Umstände sowie andererseits an der entsprechenden Verfügbarkeit von Einsatzkräften zu dieser Uhrzeit. Dass in anderen Einsatzfällen durchaus auch mit längeren Wartezeiten von bis zu fünfzehn Minuten gerechnet werden muss, ist – je nach Lage der Dinge – realitätsnah und nachvollziehbar.

Für eine Ungleichbehandlung von Bürgerinnen und Bürgern gibt es vorliegend keine Anhaltspunkte.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatte(r)in: Krebs

14. Petition 16/4840 betr. Corona-Verordnung, Verzicht auf Bußgeldverhängung gegen Schülerinnen und Schüler

Mit der Eingabe wird verlangt, dass die baden-württembergische Landesregierung die Entscheidung zurücknimmt, Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse pauschal mit Beginn des Schuljahrs 2020/2021 mit einem Bußgeld zu belegen, falls sie keine Corona-Schutzmasken tragen. Der Petent möchte, dass stattdessen mehr und bessere präventive, pädagogische und erwachsen-vorbildliche Methoden zur Erreichung des Ziels eingesetzt werden.

Zur Begründung trägt er im Wesentlichen vor, dass die allermeisten Kinder bei Erreichen der 5. Klasse weder strafmündig noch schuldfähig seien. Die Grenze für die Vorwerfbarkeit von Ordnungswidrigkeiten sei auf 14 Jahre festgelegt. Die pauschale Verurteilung für ab Vierzehnjährige sei mit Blick auf § 3 Jugendgerichtsgesetz juristisch ebenfalls nicht zulässig. Es müsse immer individuell entschieden werden, wobei nicht nur die Reife oder Unreife des Jugendlichen, sondern auch sein erzieherisches Umfeld mitberücksichtigt werden müsse.

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

Die Verordnung der Landesregierung über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 (CoronaVO) vom 23. Juni 2020 in der Fassung vom 19. Oktober 2020 bestimmt in § 3 Absatz 1 Nr. 6, dass in den auf der Grundschule aufbauenden Schulen, den beruflichen Schulen sowie den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren ab Beginn der Hauptstufe, jeweils in öffentli-

cher und freier Trägerschaft, für Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte sowie sonstige anwesende Personen, soweit sie sich auf Begegnungsflächen, insbesondere Fluren, Treppenhäusern, Toiletten, Pausenhöfen aufhalten, die Pflicht zum Tragen einer nicht-medizinischen Alltagsmaske oder einer vergleichbaren Mund-Nasen-Bedeckung besteht.

Durch die Einführung einer Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung an weiterführenden und beruflichen Schulen soll der Schutz vor einer Übertragung des Erregers SARS-CoV-2 in Schulen erhöht werden. Die Strategie des Landes zur Eindämmung des Infektionsgeschehens unterliegt dabei der ständigen Prüfung, ob die ergriffenen Maßnahmen noch geeignet und verhältnismäßig sind.

Die Verpflichtung besteht gemäß § 3 Absatz 2 Nr. 2 CoronaVO nicht für Personen, die glaubhaft machen können, dass ihnen das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung aus gesundheitlichen oder sonstigen zwingenden Gründen nicht möglich oder nicht zumutbar ist, wobei die Glaubhaftmachung gesundheitlicher Gründe in der Regel durch eine ärztliche Bescheinigung zu erfolgen hat.

Ausgenommen ist ferner die Nahrungsaufnahme (Essen und Trinken); in den Pausenzeiten darf außerhalb der Gebäude die Mund-Nasen-Bedeckung abgenommen werden, solange der Mindestabstand zwischen den Personen von 1,5 Metern eingehalten wird (§ 1 Absatz 3 Satz 2 der Verordnung des Kultusministeriums über den Schulbetrieb unter Pandemiebedingungen – CoronaVO Schule – vom 31. August 2020 in der Fassung vom 21. Oktober 2020).

§ 6a Nr. 1 CoronaVO Schule bestimmt darüber hinaus, dass die Pflicht zum Tragen einer nicht-medizinischen Alltagsmaske oder einer vergleichbaren Mund-Nasen-Bedeckung in den genannten Schularten auch in den Unterrichtsräumen gilt, sofern und solange die Anzahl der Neuinfektionen mit dem SARS-CoV-2 Virus nach Feststellung des Landesgesundheitsamts im landesweiten Durchschnitt in den vergangenen sieben Tagen pro 100.000 Einwohner die Zahl von 35 überschreitet. Diese Pflicht gilt jedoch nicht im fachpraktischen Sportunterricht; im Unterricht in Gesang und mit Blasinstrumenten sowie bei entsprechenden außerunterrichtlichen Angeboten gilt sie nicht, sofern die Vorgaben des § 2 Absatz 3 CoronaVO Schule eingehalten werden. Zudem gilt die Pflicht nicht in Zwischen- und Abschlussprüfungen, sofern das Abstandsgebot von 1,5 Metern zwischen den Personen eingehalten wird.

Die örtlich zuständigen Behörden können außerdem bei einem lokalen Überschreiten bestimmter Infektionszahlen durch eine Allgemeinverfügung über die Corona-Verordnung und die Corona-Verordnung Schule hinausgehende Festlegungen treffen, die dann z. B. innerhalb des Stadt- oder Landkreises für die Schulen zusätzlich verbindlich sind.

§ 19 Nr. 2 CoronaVO bestimmt, dass ordnungswidrig im Sinne des § 73 Absatz 1 a Nr. 24 Infektionsschutzgesetz (IfSG) handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 3 Absatz 1 CoronaVO keine Mund-Nasen-

Bedeckung trägt. Eine entsprechende Bestimmung enthält die CoronaVO Schule nicht.

Gemäß § 12 Absatz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 19. Februar 1987 in der Fassung vom 19. Juni 2020 handelt nicht vorwerfbar, wer bei Begehung einer Handlung noch nicht vierzehn Jahre alt ist. Auf Kinder findet § 19 Nr. 2 CoronaVO i. V. m. § 73 Absatz 1 a Nr. 24 IfSG somit keine Anwendung, sodass gegen Schülerinnen und Schüler bis zum vollendeten 14. Lebensjahr kein Bußgeld verhängt werden kann.

Ein Jugendlicher handelt nur unter den Voraussetzungen des § 3 Satz 1 des Jugendgerichtsgesetzes vorwerfbar. Dieser bestimmt, dass ein Jugendlicher strafrechtlich verantwortlich ist, wenn er zurzeit der Tat nach seiner sittlichen und geistigen Entwicklung reif genug ist, das Unrecht der Tat einzusehen und nach dieser Einsicht zu handeln. Bei Jugendlichen ab Vollendung des 14. Lebensjahrs ist daher in jedem Einzelfall positiv festzustellen, ob sie zurzeit der Tat einsehens- und steuerungsfähig waren.

Bevor ein Vorgang zur Einleitung eines Bußgeldverfahrens an die zuständige Verwaltungsbehörde weitergeleitet wird, muss und wird sich die Schulleitung ggf. unter Einbeziehung der Klassenlehrkraft und der unterrichtenden Lehrkräfte ein Bild von der Gesamtsituation machen. Dazu gehört auch die Beurteilung der Frage, ob der oder die Jugendliche mit Blick auf den individuellen Entwicklungsstand und unter Berücksichtigung der konkreten Umstände des Einzelfalls für das Fehlverhalten verantwortlich gemacht werden kann.

Es besteht ferner keine Verpflichtung seitens der Schulleitung, jede Ordnungswidrigkeit zu melden. Vielmehr wurden die Schulen gebeten, bei Verstößen gegen die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung zunächst pädagogische Reaktionsmöglichkeiten zu prüfen und das Gespräch mit den betroffenen Schülerinnen und Schülern bzw. deren Erziehungsberechtigten zu suchen. Sofern die Schülerin oder der Schüler die Maskenpflicht dann weiterhin nicht befolgt, kommen Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen gemäß § 90 des Schulgesetzes für Baden-Württemberg in Betracht. Auch hier ist im Einzelfall zu prüfen, ob ein schuldhaftes, d.h. der Schülerin oder dem Schüler vorwerfbares Fehlverhalten vorliegt.

Somit trifft es nicht zu, dass Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse pauschal mit einem Bußgeld belegt werden, wenn sie der Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung nicht nachkommen. Zudem wird der Wunsch des Petenten, dass zunächst pädagogisch vorgegangen werden sollte, durch die Vorgaben des Kultusministeriums in der schulischen Praxis bereits umgesetzt. In Fällen, in denen die Betroffenen uneinsichtig bleiben und der Pflicht zum Tragen der Mund-Nasen-Bedeckung trotzdem nicht nachkommen, muss aber auch weiterhin die Möglichkeit bestehen, ein Bußgeldverfahren einzuleiten.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatteerin: Krebs

15. Petition 16/4889 betr. Zuschüsse für die Musikschule

Der Petent bittet um Einstellung der Auszahlung der bewilligten Zuschüsse im Rahmen der Städtebauförderung für eine geplante neue Musikschule. Des Weiteren bittet er darum, die bewilligten Finanzhilfen zurückzufordern. Der Petent bemängelt insbesondere, dass die Kosten für die neue Musikschule „komplett aus dem Ruder laufen“. Der Petent benennt eine Kostensteigerung in der Planungsphase von 4 Millionen Euro auf 8 Millionen Euro, eine Kostensteigerung auf 20 Millionen Euro wird seinerseits prognostiziert.

Die Prüfung der Petition ergab Folgendes:

Die Musikschule mit ca. 2.000 Musikschülern ist am derzeitigen Standort völlig beengt untergebracht. Sie erfüllt seit vielen Jahren nicht mehr die Nutzungsanforderungen an eine Musikschule und ist sanierungsbedürftig. Die Gebäudebereiche in unmittelbarer Nähe zur jetzigen Musikschule bieten eine räumliche Option für die Zukunft. Bei den Gebäuden handelt es sich um ein im Denkmalsbuch eingetragenes Kulturdenkmal nach § 28 Denkmalschutzgesetz. Die Gebäude befinden sich im Eigentum der Stadt und liegen in einem städtebaulichen Erneuerungsgebiet, das im Programmjahr 2014 in das Bund-Länder-Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren (ASP) aufgenommen wurde.

Die Stadt verfolgt seit vielen Jahren die Umsetzung ihrer Sanierungsziele für das Erneuerungsgebiet. Wesentliche Sanierungsziele sind die Aufwertung der innerstädtischen Bereiche, Straßen-, Platz- und Wegegestaltungen, die Modernisierung von Bestandsgebäuden und die Sicherung städtischer Funktionen. Im Zuge der Erreichung der Sanierungsziele soll auch eine Neuordnung bzw. Zusammenlegung der Verwaltungsstandorte erreicht werden. Der Auszug der dort unter völlig beengten Umständen untergebrachten Stadtkämmerei erfolgt im Sinne dieser Neuordnung und schafft die Möglichkeit, die ohnehin anstehende denkmalgerechte Sanierung des wichtigen Kulturdenkmals anzugehen. Die neue Nutzung als Musikschule wird dabei ein weiterer Baustein zur Belebung der historischen Altstadt sein.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg hat im Rahmen des für das Jahr 2018 vorgesehenen Programms für die städtebauliche Erneuerung und Entwicklung am 29. Mai 2017 das Bundesprogramm Investitionspakt soziale Integration im Quartier (SIQ) ausgeschrieben mit den darin festgelegten Zielen und Ausschreibungskriterien.

Mit Antrag vom 20. Oktober 2017 hat die Stadt die Aufnahme der städtebaulichen Einzelmaßnahme mit Finanzhilfen in Höhe von 2.808.000 Euro im Rahmen des städtebaulichen Erneuerungsgebiets „Altstadt und Erweiterung“ beantragt. Der Antrag der Stadt für die bauliche Erneuerung entspricht den allgemeinen Voraussetzungen zur Aufnahme in das Bundesprogramm. Mit Zuwendungsbescheid des Regierungspräsidiums vom 7. Juni 2018 wurden der Stadt 2.808.000 Euro Bundes- und Landesfinanzhilfen bewilligt.

Die Entscheidungsfindung und Kostenentwicklung zur Einzelmaßnahme stellt sich wie folgt dar:

Der Planungsprozess zum Umbau erfolgte seit dem Jahr 2016 in verschiedenen aufeinander aufbauenden Stufen im Rahmen einer standardisierten Projektentwicklung. Beginnend mit einer Machbarkeitsstudie wurde ein vorläufiges Raumprogramm ausgearbeitet, die Raum- und Flächenzuschnitte im Bestand wurden überprüft und ein voraussichtlicher Kostenrahmen auf der Grundlage der Bedarfsplanung in Höhe von 5.500.000 Euro ermittelt.

Der Beschluss zur Verlegung der Musikschule wurde in mehreren Ausschüssen des Gemeinderats vorbereitet. Im Gemeinderat wurden dann am 9. April 2018 und am 22. Oktober 2018 in öffentlicher Sitzung entsprechende Beschlüsse gefasst und die Verwaltung mit den weiteren Planungsschritten zur Vorbereitung der Baumaßnahmen zur Sanierung und Umnutzung beauftragt. In den Haushaltsplan 2018 sowie in die Finanzplanung für die Jahre 2018 bis 2021 wurden auf der Grundlage der Haushaltsgrundsätze des kommunalen Haushaltsrechts vorläufige Baukosten in Höhe von 5,5 Millionen Euro aufgenommen.

Auf dieser Basis erhielt die Stadt den Zuwendungsbescheid vom 7. Juni 2018.

Nach einem europaweiten Ausschreibungs- und Suchverfahren wurden die Planer ausgewählt und im April 2019 beauftragt. Erst nach dem Umzug der bisher dort untergebrachten Stadtkämmerei in neue Räumlichkeiten konnten dann die Räume und alle Gebäudesubstanzen näher untersucht werden. Das Kulturdenkmal erstreckt sich über fünf Flurstücke und ist in Teilen Bestandteil der Stadtbefestigung. Klar war immer, dass eine Kostensicherheit erst bestehen wird, wenn die Untersuchungsergebnisse zu den einzelnen Gebäudebereichen und der Gebäudesubstanz vorliegen. Die Untersuchungsergebnisse wiederum waren Grundvoraussetzung, um Auflagen der Denkmalpflege, bauordnungsrechtliche Vorgaben (u. a. musste die Brandschutzsituation im Bestand pro Ebene und teilweise pro Raum geklärt werden sowie die Eingriffe in die denkmalgeschützte Gebäudesubstanz, z. B. beim Einbau eines Aufzuges) vorab zustimmen zu können. Nach ersten Wand- und Deckenöffnungen musste auf Anforderung der Denkmalpflege eine bauhistorische Untersuchung aller Gebäudebereiche und Räume vorgelegt werden, um seitens der Denkmalpflege dann die Eingriffsintensität des vorläufigen Nutzungskonzeptes in besonders denkmalgeschützte Gebäudebereiche vorab prüfen zu können. Dadurch haben sich Verzögerungen im Baugenehmigungsverfahren und

beim Antrag auf eine denkmalschutzrechtliche Genehmigung ergeben.

Im Dezember 2019 erfolgte der Sachbeschluss zum Umbau auf der Grundlage eines finalen Raumprogrammes der Musikschule, der Vorentwurfsplanung und der Kostenschätzung mit einem erweiterten Kostenansatz in Höhe von 7,2 Millionen Euro (Abweichung +/-30%; in der Toleranz). Verbunden war dieser Gemeinderatsbeschluss mit der Bedingung, die Kostenberechnung zur Genehmigung mit Abschluss der Entwurfsplanung im Frühjahr 2020 vorzulegen. Hinzu kam dann in der entscheidenden Abstimmungsphase die Corona-Krise, die eine weitere Verzögerung zur Abstimmung des Bauantrages mit der Denkmalpflege und bei den Gemeinderatsberatungen nach sich gezogen hat.

Am 20. Juli 2020 erfolgte der Beschluss im Gemeinderat nach ausführlicher Vorberatung am 6. Mai 2020 sowie am 15. Juli 2020 im Ausschuss für Umwelt und Technik zur Umsetzung der Baumaßnahmen in einem Bauabschnitt. Hier wurde entsprechend der Sitzungsvorlage ein Baukostenrahmen in Höhe von 8,5 Millionen Euro mit Einrechnung eines 20-prozentigen Sicherheitszuschlages auf Basis der Kostenberechnung beschlossen.

Aus dem Planungsprozess heraus wurde mit Abschluss der Entwurfsphase und endgültiger Festlegung des Raumprogrammes dieser Kostenansatz ermittelt, der dem Beschlussvorschlag an den Gemeinderat vom 20. Juli 2020 zugrunde lag.

Der Beschluss erfolgte im Gemeinderat am 20. Juli 2020 mit großer Mehrheit (28 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung).

Die Termin- und Kostenkontrolle wird durch einen externen Projektsteuerer begleitet.

Auf Basis des Baubeschlusses durch den Gemeinderat beantragte die Stadt mit Antrag vom 7. Juli 2020 eine Erhöhung der Bundes- und Landesfinanzhilfen um 1.512.000 Euro, die mit Zuwendungsbescheid des Regierungspräsidiums vom 3. August 2020 bewilligt wurden. Nach wie vor erfüllt das Bauvorhaben die Voraussetzungen des Bundesprogramms Investitionspakt soziale Integration im Quartier (SIQ). Insgesamt sind für das Vorhaben nun 4.320.000 Euro Bundes- und Landesfinanzhilfen bereitgestellt worden.

Beurteilung des Falles, insbesondere rechtliche Würdigung:

Die Zuwendung erfolgt nach Maßgabe der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau über die Förderung städtebaulicher Erneuerungs- und Entwicklungsmaßnahmen (Städtebauförderungsrichtlinien – StBauFR) in der jeweils geltenden Fassung, der §§ 23 und 44 LHO sowie den Verwaltungsvorschriften hierzu, der Ausschreibung des Programms für die städtebauliche Erneuerung und Entwicklung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau sowie der Verwaltungsvorschrift des Bundes über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 b Grundgesetz.

Im Rahmen der städtebaulichen Erneuerung wird ein städtebaulicher Entwicklungsprozess zur Erreichung von Sanierungszielen in einem hierzu zweckmäßig abgegrenzten städtebaulichen Erneuerungsgebiet gefördert. Welche Einzelmaßnahmen in einem städtebaulichen Erneuerungsgebiet letzten Endes durchgeführt werden, entscheiden im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung Gemeinderat und Bürgermeister in ihrer Funktion als demokratisch legitimierte Gemeindeorgane.

Das Bauprojekt erfüllt alle Voraussetzungen zur Förderung im Investitionspakt soziale Integration im Quartier (SIQ). Gründe, die eine Kürzung bzw. Rückforderung der bewilligten Fördermittel rechtfertigen, sind derzeit nicht erkennbar.

Mit dem Umbau zur Musikschule wird ein Ort der Integration unmittelbar in der Altstadt und damit im Stadtzentrum geschaffen. Die Musikschule fungiert als zentrale Anlauf- und Ausbildungsstelle für die musikalische Erziehung von Kindern und Jugendlichen. Die Stadt hält somit eine wichtige Infrastruktureinrichtung vor, die mit dem zukünftigen Standort direkt ins Zentrum rückt. Die Musikschule ist ein wichtiger Begegnungsort für Jung und Alt und über alle Nationalitäten hinweg. Das Erlernen von Instrumenten ist eine ausgezeichnete Möglichkeit, sowohl Kinder und Jugendliche als auch Erwachsene auch in ihrer Freizeit zu erreichen und gleichzeitig ungemein förderlich für eine erfolgreiche Integrationsarbeit.

Nach dem Auszug der Stadtkämmerei wird mit der Sanierung der Gebäudebereiche ein weiteres markantes Kulturdenkmal in der Altstadt denkmalgerecht saniert und auf den heutigen technischen Stand gebracht und einer langfristig gesicherten und nachhaltigen Nutzung zugeführt. Unter anderem wird in die Verbesserung der Energieeffizienz und in die Barrierefreiheit investiert.

Die Stadt setzt seit vielen Jahren auf eine nachhaltige Entwicklung der Innenstadt. Zu diesem Weg gehört auch, dass die Kultur neben dem Einzelhandel und den Dienstleistungen zunehmend eine tragende Säule der Innenstadtentwicklung ist. Das zentrale Sanierungsziel Belebung der historischen Altstadt wird u. a. durch das Vorhaben Umbau zur Musikschule erreicht.

Die Behauptung des Petenten, „die Kosten laufen komplett aus dem Ruder“, ist unzutreffend. Die Kosten sowie die Kostensteigerung wurden von der Stadt plausibel belegt und kontrolliert. Der Petent hatte jederzeit die Möglichkeit, sich beim Gemeinderat zu informieren. Jedes Einzelvorhaben in einer städtebaulichen Erneuerungsmaßnahme muss hinsichtlich der Priorität und der Finanzierbarkeit mit dem städtischen Haushalt und der mittelfristigen Finanzplanung abgestimmt sein. Das Wirtschaftsministerium hatte damit zu keiner Zeit Anhaltspunkte dafür, dass die städtebaulichen Planungen der Stadt und ihre Auswirkungen auf den städtischen Haushalt kritisch zu hinterfragen seien. Insbesondere hat die kommunale Rechtsaufsicht der Stadt bei allen Anträgen bescheinigt, dass die Stadt in der Lage ist, den kommunalen Eigenanteil

aufzubringen und dass damit die Durchführung des Bauvorhabens finanziell gesichert ist.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatteerin: Krebs

16. Petition 16/4756 betr. Aufenthaltstitel

Der Petent begehrt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke der Ausübung einer Beschäftigung.

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

Bei dem Petenten handelt es sich um einen 35-jährigen brasilianischen Staatsangehörigen, welcher erstmals im März 2013 in die Bundesrepublik Deutschland einreiste und von der zuständigen Ausländerbehörde im gleichen Monat eine Aufenthaltserlaubnis zu Studienzwecken erhielt. Diese wurde auch mehrfach verlängert.

Nach dem erfolgreichen Abschluss seines Promotionsstudiums im Jahr 2017 war der Petent von Oktober 2017 bis einschließlich Juni 2019 bei einer Universität als akademischer Mitarbeiter beschäftigt. Die dafür erforderliche Aufenthaltserlaubnis war ihm bereits im September 2017 erteilt worden.

Von Juni 2019 bis März 2020 wurde ihm eine Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitsplatzsuche gewährt.

Im März 2020 wandte sich der Petent an die zuständige Ausländerbehörde und beehrte als Fachkraft mit akademischer Ausbildung eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer qualifizierten Beschäftigung. Die dafür erforderliche Zustimmungsanfrage bei der Bundesagentur für Arbeit war zweimal erfolglos, da die Lohnbedingungen nicht den tariflichen Bedingungen für einen vergleichbaren Arbeitnehmer entsprachen. Daraufhin wurde der Arbeitsvertrag des Petenten angepasst. Die Bundesagentur für Arbeit stimmte der Beschäftigung des Petenten zu und die Ausländerbehörde konnte im September 2020 die beehrte Aufenthaltserlaubnis befristet bis September 2024 erteilen.

Nach § 18 b Absatz 1 AufenthG kann einer Fachkraft mit akademischer Ausbildung eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer qualifizierten Beschäftigung erteilt werden, zu der ihre Qualifikation sie befähigt. Bei Fachkräften mit ausländischer akademischer Ausbildung ist unter anderem die Zustimmung der Arbeitsagentur nach § 39 AufenthG erforderlich. Da diese Zustimmung mittlerweile vorliegt und dem Petenten das gewünschte Aufenthaltsrecht gewährt wurde, wurde dem Petitionsbegehren entsprochen.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird für erledigt erklärt.

Berichterstatte(r)in: Dr. Leidig

17. Petition 16/4881 betr. Rundfunkbeitrag

Der Petent wendet sich an den Landtag mit der Forderung, die von der KEF empfohlene Rundfunkbeitrags-erhöhung abzulehnen und eine Form von Bezahlfernsehen einzuführen. Er kritisiert das bestehende Verfahren der Ermittlung des Rundfunkbeitrags, da der Prozess nach politischen Kriterien erfolge und wendet sich gegen die Umstellung auf den von Empfangsgeräten unabhängigen Anknüpfungspunkt der Rundfunkbeitragspflicht. Zudem sei die Erhöhung des Rundfunkbeitrags nach Ansicht des Petenten auch unter Berücksichtigung der Kosten für Personal und Altersversorgung nicht zu rechtfertigen, da diese überhöht seien, gerade auch was die Bezüge von Intendanten anbelange. Weiterhin wendet er sich gegen die vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk gesendeten Programme. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sende nach Aussage des Petenten nicht wahrheitsgemäß und objektiv, vielmehr sei das Programm „politisiert, geframed und emotionalisiert“. Er fordert die Einrichtung einer Kontrollinstanz zur Überprüfung des bestehenden Systems sowie zur Überprüfung der Vorgänge im Zusammenhang mit einer vom Petenten gesehenen Einwirkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf Wahlen. Die bestehende Organisation der Rundfunkanstalten stelle nach Auffassung des Petenten keine Qualität sicher. Der Petent spricht sich gegen die Vollstreckungsmaßnahmen des Zentralen Beitragsservices aus und fordert einen Erlass des Rundfunkbeitrags für „Alte, Kranke, Arme und Altschuldner“. Die Entscheidung über Befreiungen würde allein durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten getroffen. Auch fordert der Petent eine Neufassung des Medienstaatsvertrags nach einer Neuausrichtung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Hinblick auf die „Formulierung eines demokratischen Auftrags, die Schaffung agiler, effizienter Strukturen, Werte- und Compliance-basierter Organisationen und die Implementierung eines Finanzierungsmodells, das die Effektivität nachhaltig verbessert“. Einsparungen und Strukturprozesse seien in den letzten Jahren verweigert worden. Gutachten im Zusammenhang mit dem Rundfunksystem seien nicht unabhängig erstattet, sondern von den Anstalten beauftragt und finanziert worden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll nach der Forderung des Petenten unabhängig vom Markt und staatlichen Institutionen bestehen, Bürger sollen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden und die Qualität des Programms verbessert werden. Auch fordert der Petent eine Einstellung der Förderung privater Medien aus Steuergeldern, auch diese seien zudem auf Qualitätsstandards zu verpflichten. Der Petent sieht ein Fehlen von Möglichkeiten zur „Gegenwehr“ gegen die Programme und den Rundfunkbeitrag, Kla-

gen hätten in diesem Zusammenhang keinen Erfolg. Der Petent kritisiert insofern das Bundesverfassungsgericht und seine Rechtsprechungspraxis.

Sofern der Petent sich gegen die Erhöhung des Rundfunkbeitrags ausspricht und das bestehende System zur Festlegung des Rundfunkbeitrags kritisiert, ist Folgendes festzuhalten:

Die Anpassung des Rundfunkbeitrags folgt den Empfehlungen, die die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF), ein unabhängiges und mit Sachverständigen besetztes Gremium, regelmäßig abgibt. Die rechtlichen Grundlagen der Ausgestaltung des Verfahrens ergeben sich aus dem Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag. Im Rahmen der Prüfung melden die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, also das ZDF, die in der ARD verbundenen Landesrundfunkanstalten sowie das Deutschlandradio ihren Bedarf an. Diesen kontrolliert die KEF unter Berücksichtigung sämtlicher Erträge der Rundfunkanstalten insbesondere, inwieweit der von den Anstalten angemeldete Finanzbedarf unter Beachtung der Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zur Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags tatsächlich erforderlich ist. Ausgehend von dem hiernach ermittelten Umfang gibt die KEF eine Empfehlung zur Höhe des Rundfunkbeitrags ab, zuletzt geschehen im 22. Bericht im Februar 2020. Im Anschluss an den Bericht wird der Rundfunkbeitrag sodann von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder staatsvertraglich festgelegt und von den Landtagen gesetzlich umgesetzt. Dieses Verfahren besteht seit dem Jahr 1994, nachdem das Bundesverfassungsgericht zuvor im sogenannten 8. Rundfunkurteil Voraussetzungen für die staatsferne Ausgestaltung der Ermittlung des Bedarfs der Rundfunkanstalten aufgestellt hat (vgl. Urteil vom 22. Februar 1994 – Az. 1 BvL 30/88). § 4 Absatz 4 Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag legt fest, aus welchen Bereichen die Mitglieder der KEF stammen müssen. Hierdurch wird der Sachverstand des Gremiums sichergestellt.

Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks über den Rundfunkbeitrag ist verfassungsrechtlich abgesichert. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts steht den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ein aus Artikel 5 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes abgeleiteter Anspruch auf funktionsgerechte Finanzausstattung zu. Den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten fließen daher Mittel aus dem Rundfunkbeitrag zu, die sich streng an ihrem Bedarf orientieren, den die KEF ermittelt.

Bei der aktuell in der Umsetzung befindlichen Rundfunkbeitragsserhöhung handelt es sich um die erste Erhöhung des Rundfunkbeitrags seit der Einführung des bestehenden Beitragsmodells. Die KEF hat zudem den von den Rundfunkanstalten angemeldeten Finanzbedarf nicht in Gänze anerkannt. Bei einer Anerkennung des von den Rundfunkanstalten angemeldeten Finanzbedarfs hätte der Rundfunkbeitrag auf 19,24 Euro steigen müssen. Die Beitragserhöhung erscheint auch unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Kostensteigerung, die neben den Bürgerinnen und Bürgern auch die Rundfunkanstalten betrifft, moderat.

Die zur Erfüllung ihres Grundversorgungsauftrages erforderliche Finanzierung ist den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten von Verfassungswegen garantiert. Die Einführung einer Form von Bezahlfernsehen, wie es der Petent fordert, ist daher im bestehenden System nicht möglich.

Über den Rundfunkbeitrag hat das Bundesverfassungsgericht wiederholt entschieden. In seiner Entscheidung vom 18. Juli 2018 (Az. 1 BvR 1675/16, 1 BvR 745/17, 1 BvR 836/17, 1 BvR 981/17) hat es zuletzt festgestellt, dass der Rundfunkbeitrag für die Erstwohnung im privaten Bereich mit der Verfassung vereinbar ist.

Soweit der Petent das Fehlen von Einsparbemühungen bemängelt und die hohen Personalkosten und Kosten für die Altersversorgung, insbesondere auch mit Blick auf die Intendanten, anführt, bleibt festzuhalten, dass die KEF Einsparpotenziale bei den Rundfunkanstalten ausgemacht und im 22. Bericht benannt hat. Der SWR als auch baden-württembergische Rundfunkanstalt hat sich zudem in den letzten Jahren eines massiven Einspar- und Umstrukturierungsprozesses unterzogen, der auch im Bereich Personalkosten zu Einsparungen geführt hat. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben nach der Veröffentlichung des aktuellen 22. KEF-Berichts zudem angekündigt, weitere Sparanstrengungen – auch im Personalbereich – zu unternehmen. Die Altersabsicherung der Beschäftigten wurde in den vergangenen Jahren wiederholt angepasst, um diese Kosten zu senken. Die Änderungen, die bspw. die ARD in den letzten Jahren vollzogen hat, sind auf der Homepage der ARD einsehbar. Zu den Gehältern der Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist anzumerken, dass die Länder in den vergangenen Jahren Regelungen eingeführt haben, um die Transparenz über das Vergütungssystem, insbesondere was Bezüge anbelangt, weiter zu erhöhen. Beispielsweise müssen die Bezüge der Intendantinnen und Intendanten und der Direktorinnen und Direktoren in den Geschäftsberichten veröffentlicht werden (vgl. etwa § 30 a Absatz 5 f. Deutschlandradio-Staatsvertrag, § 30 a Absatz 5 f. ZDF-Staatsvertrag). Hierbei dürfte auch unter Personalgewinnungsgesichtspunkten zu berücksichtigen sein, dass es sich dabei um herausgehobene Positionen mit Führungsverantwortung handelt, die im Hinblick auf die Mitarbeitendenzahlen, die gesellschaftliche Bedeutung und das zu bewirtschaftende Budget von erheblicher Bedeutung sind.

In Bezug auf die Äußerung des Petenten zur Berichterstattung und zur Programmgestaltung bleibt festzuhalten, dass die Programmgestaltung der Rundfunkanstalten im Rahmen der beauftragten Programme der verfassungsrechtlich geschützten Programmautonomie unterliegt. Die Rundfunkfreiheit nach Artikel 5 Absatz 1 des Grundgesetzes gewährleistet, dass Auswahl, Inhalt und Gestaltung des Programms Sache der Programmverantwortlichen des jeweiligen Senders bleiben und sich ausschließlich an publizistischen Kriterien ausrichten. Das Grundrecht schützt so insbesondere öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten vor staatlicher Einflussnahme auf das Programm.

Zum Vorwurf, die Berichterstattungen und Programme der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten seien „geframed, emotionalisiert und politisiert“ ist anzumerken, dass für Einwendungen das gesendete Programm und die gesendeten Inhalte betreffend die jeweiligen Gremien, die Rundfunk-, Hörfunk- oder Fernsehräte zuständig sind. Zu diesen Gremien hat das Bundesverfassungsgericht in einer Entscheidung aus dem Jahr 2014 (Urteil vom 25. März 2014 – Az. 1 BvR 1/11, 1 BvF 4/11) festgestellt, dass die Zusammensetzung der Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten am Gebot der Vielsichtersicherung auszurichten ist. Danach sind Personen mit möglichst unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungshorizonten aus allen Bereichen des Gemeinwesens einzubeziehen. Auch Angehörige der verschiedenen staatlichen Ebenen können in die Gremien entsendet werden. Die Organisation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss jedoch als Ausdruck des Gebots der Vielsichtersicherung dem Gebot der Staatsferne genügen. Aus diesem Grund ist der Einfluss der staatlichen und staatsnahen Mitglieder in den Aufsichtsgremien konsequent zu begrenzen. Der Anteil der staatlichen und staatsnahen Mitglieder darf daher insgesamt ein Drittel der gesetzlichen Mitglieder des jeweiligen Gremiums nicht übersteigen. Diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur sogenannten staatsfernen Ausgestaltung der Aufsichtsgremien wurde mit dem 17. Rundfunkänderungsstaatsvertrag umgesetzt. Die Besetzung der Gremien entsprechend der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist folglich auch gesetzlich abgesichert. Zudem besteht neben der Befassung in den Gremien eine Rechtsaufsicht der Länder über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk für die Fälle von offensichtlichen Verstößen gegen die Rechtsordnung. Eine Überprüfung einzelner Vorgänge kann demnach im Rahmen einer Gremienbefassung oder im Rahmen der Rechtsaufsicht erfolgen, sodass insofern eine Kontrolle gewährleistet ist.

Im dualen System mit öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und Privatsendern haben die öffentlich-rechtlichen Sender die Grundversorgung der Bevölkerung mit Informationen sicherzustellen. Durch die dargelegte beitragsbasierte Finanzierung soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk unabhängig vom Markt und damit unabhängig von Angebot und Nachfrage existieren können. Er hat nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Aufgabe, als Gegengewicht zu den privaten Rundfunkanbietern ein Leistungsangebot zu unterbreiten, das sich nicht nur an marktwirtschaftlichen Anreizen orientiert. Er hat so zu inhaltlicher Vielfalt beizutragen, wie sie allein über den freien Markt nicht gewährleistet werden kann. Denn der publizistische und ökonomische Wettbewerb führt nicht automatisch dazu, dass in den Rundfunkprogrammen die Vielfalt der in einer Gesellschaft verfügbaren Informationen, Erfahrungen, Werthaltungen und Verhaltensmuster abgebildet wird. Aufgrund der dargestellten finanziellen Unabhängigkeit und der Tatsache, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk alleine dem Gemeinwohl verpflichtet ist, kann sichergestellt werden, dass eine einseitige Be-

richterstattung nicht erfolgt. Zwar kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch bei öffentlich-rechtlichen Sendern Fehler passieren. Eine versehentlich falsche Berichterstattung ist aber zwingend von einer manipulativen Berichterstattung zu unterscheiden.

Der Petent fordert einen Beitragserlass für bestimmte Personengruppen. Im Rundfunkbeitragsstaatsvertrag sind in § 4 Befreiungs- und Ermäßigungsmöglichkeiten aus finanziellen, sonstigen sozialen oder gesundheitlichen Gründen vorgesehen. Die Befreiungstatbestände sind in § 4 Absatz 1 RBStV abschließend geregelt (vgl. VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 6. September 2016 – Az. 2 S 2168/14). Eine Befreiung aus finanziellen Gründen ist als Ausfluss des Sozialstaatsprinzips grundsätzlich möglich. Allerdings knüpft die Befreiung nicht an das Einkommen, sondern an das Vorliegen eines Leistungsbescheides einer staatlichen Behörde an. Dies gründet auch darin, dass weder die Landesrundfunkanstalten noch der für diese tätige Zentrale Beitragsservice in Köln – bei welchem es sich um eine der Vereinfachung dienende Gemeinschaftseinrichtung von ARD, ZDF und Deutschlandradio handelt – in der Lage sind, die finanziellen Verhältnisse der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler selbst zu überprüfen. Daher ist eine Befreiung von der Beitragspflicht nur durchführbar, wenn der bzw. die Beitragspflichtige Nachweise über seine/ihre finanzielle Bedürftigkeit in Form von Bescheiden über den Bezug bestimmter Leistungen (z. B. Grundsicherung) vorlegt.

Eine Befreiung kommt auch in den Fällen besonderer Härte nach § 4 Absatz 6 RBStV in Betracht. Die Voraussetzungen hierfür liegen unter anderem vor, wenn ein Anspruch auf eine Sozialleistung besteht, aber freiwillig auf die Auszahlung verzichtet wird.

Das Vorliegen der jeweiligen gesundheitlichen Voraussetzungen für eine Ermäßigung des Rundfunkbeitrags nach § 4 Absatz 2 wird allein durch die Behörden der Versorgungsverwaltung gemäß § 69 Absatz 4 SGB IX festgestellt. Dagegen hat die Rundfunkanstalt weder die entsprechende fachliche Kompetenz noch die Befugnis insoweit selbst gesundheitliche Feststellungen zu treffen; dies gilt auch für Härtefälle. Die Feststellung der jeweiligen gesundheitlichen Voraussetzungen des Absatz 2 erfolgt durch das Merkzeichen „RF“ im Schwerbehindertenausweis bzw. im entsprechenden Bescheid. Die Möglichkeit einer Ermäßigung oder Befreiung hängt folglich von einem Bescheid einer Sozialbehörde bzw. der Prüfung einer Behörde der Versorgungsverwaltung ab, sodass ein Ermessen der Zentralen Beitragsservice bzw. der Landesrundfunkanstalten nicht gegeben ist.

Sofern der Petent die Möglichkeiten zur Vollstreckung des Rundfunkbeitrags kritisiert ist festzuhalten, dass der Rundfunkbeitragsstaatsvertrag (RBStV) im Rang eines Landesgesetzes die Pflicht zur Zahlung des Rundfunkbeitrags enthält, der damit von Gesetzes wegen zu bezahlen ist. In § 10 RBStV ist festgelegt, dass der Rundfunkbeitrag unter anderem den Landesrundfunkanstalten zusteht und an diese zu entrichten ist. Den Landesrundfunkanstalten werden durch dieses Gesetz auch die Kompetenzen zur Durchsetzung

der Beitragspflicht gewährt. Sofern ein Beitragsschuldner mit der Entrichtung des Beitrags in Rückstand gerät, werden diese Rückstände durch die zuständige Landesrundfunkanstalt durch Festsetzungsbescheide festgesetzt. Die rückständigen Rundfunkbeiträge, die gemäß § 10 Absatz 5 RBStV durch die zuständige Landesrundfunkanstalt festgesetzt sind, werden nach § 10 Absatz 6 RBStV im Verwaltungsvollstreckungsverfahren vollstreckt. Die Vollstreckung erfolgt nach weiteren gesetzlichen Grundlagen, die das Verwaltungsvollstreckungsverfahrensgesetz für Baden-Württemberg (LVwVG BW) im Einzelnen festlegt.

Sofern der Petent äußert, die Finanzierung privater Medien aus Steuergeldern sei abzuschaffen bzw. die privaten Medien auf Qualitätsstandards zu verpflichten, ist auf das Ziel der Landesregierung zu verweisen, die Medienvielfalt zu erhalten. Die Förderung privater Medienangebote, insbesondere im lokalen und regionalen Bereich, wird grundsätzlich als weiterhin notwendig angesehen. Die Refinanzierung der Angebote am Markt ist unter den aktuellen Rahmenbedingungen erschwert und in bestimmten Fällen nicht möglich. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben die wirtschaftliche Lage vieler Medienanbieter zudem erheblich verschlechtert. Die Länder ergreifen deshalb unterschiedliche Maßnahmen zur Förderung privater Medienanbieter. Eine Förderung erfolgt häufig durch die jeweiligen Landesmedienanstalten, die staatsfern ausgestaltet und unabhängig sind. Den Landesmedienanstalten wird der in § 10 Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag festgelegte Anteil am Rundfunkbeitragsaufkommen zugewiesen. § 40 Rundfunkstaatsvertrag sieht die Möglichkeiten vor, diese Mittel auch für bestimmte Förderzwecke einzusetzen. Hierzu stellen die Landesmedienanstalten im Rahmen der geltenden Gesetze Regelungen über die Förderung auf und bestimmen z. B. die konkreten Förderbedingungen. Eine Förderung aus Steuermitteln erfolgt im Rahmen bestimmter Regelungen, die von den Ländern oder dem in eigener Zuständigkeit erlassen werden. Beispielsweise erfolgt in Baden-Württemberg eine Förderung von Anbietern regionalen Fernsehens auf Grundlage des Landesmediengesetzes. Auch hierbei gelten festgelegte Förderkriterien, die Förderempfänger müssen zudem bestimmte Qualitätsstandards erfüllen. Unabhängig von den Voraussetzungen, die die Empfänger von Fördergeldern erfüllen müssen, gelten für private Medienanbieter die jeweils einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen für ihr Angebot, die mitunter auch Qualitätsvorgaben beinhalten.

Der Petent fordert zudem eine unabhängige Überprüfung des Systems bzw. der Verfahren im Zusammenhang mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und bemängelt Gutachten in diesem Zusammenhang. Eine Überprüfung der Gesetze und deren Umsetzung erfolgt durch unabhängige Gerichte. Es steht jedem Bürger frei sich im Zusammenhang mit seiner Rundfunkbeitragspflicht an die Gerichte zu wenden. Richter sind nach dem Grundgesetz und der Verfassung des Landes Baden-Württemberg unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Damit ist ein effektiver Rechtsschutz für die Bürger gewährleistet. Wie die im

Rahmen der Stellungnahme genannten Beispiele deutlich zeigen, hat das Bundesverfassungsgericht dabei über die Jahrzehnte hinweg die Voraussetzungen für eine staatsferne Ausgestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und mit beispielsweise dem Urteil zum Rundfunkbeitrag für Zweit- und Nebenwohnungen im Juli 2018 die Rechte der Beitragspflichtigen gestärkt.

Sofern der Petent Reformen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks anspricht, kann versichert werden, dass sich die Länder über Umstrukturierungs- und Effizienzprozesse regelmäßig austauschen und auch die Rundfunkkommission im Juni 2020 einen Beschluss gefasst hat, der weitere Bemühungen im Zusammenhang mit dem Reformprozess, was Auftrag und Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks angeht, in Aussicht genommen hat.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatte(r)in: Dr. Leidig

18. Petition 16/3809 betr. Bausache, Beschwerde über die Stadt und das Regierungspräsidium

I. Gegenstand der Petition

Die Petenten begehren im Ergebnis die Errichtung einer Stützmauer zum Nachbargrundstück. Weiter begehren sie, die in Folge der Baumaßnahmen auf diesem Grundstück für ihr Grundstück nach ihrer Auffassung nicht hinnehmbaren Auswirkungen baurechtlich aufzugreifen und zu beseitigen.

Insbesondere wird angezweifelt, dass die Grundstücksentwässerung ordnungsgemäß ausgeführt wurde. Weiter wird vorgetragen, dass baurechtliche Veränderungen entgegen den der Baunachbarn der Petenten erteilten Baugenehmigungen ausgeführt wurden.

II. Die Prüfung der Petition ergab Folgendes:

1. Sachverhalt

Die Petenten wandten sich gegen das benachbarte Bauvorhaben, das den Einbau einer Wohnung im Dachgeschoss, Errichtung einer Dachgaube, eines Dacheinschnitts und zur Errichtung eines Stellplatzes (Baugenehmigung der Stadt als zuständige untere Baurechtsbehörde vom 22. Dezember 2015), sowie einer weiteren östlichen Dachgaube (Baugenehmigung vom 4. Februar 2016) zum Gegenstand hatte. Eine Veränderung der Entwässerungsanlage war nicht beantragt. Die Petenten trugen u. a. die nicht ordnungsgemäße Entwässerung des Baugrundstücks sowie die daraus resultierenden Schäden am Nachbargrundstück vor. Die baunachbarlichen Einwendungen der Petenten wurden durch das Baurechtsamt im Rahmen der Erteilung der Baugenehmigungen zurückgewiesen.

Mit Schreiben vom 21. Januar 2016 bzw. 18. Februar 2016 wurde fristgerecht Widerspruch von Seiten der Petenten gegen die durch die Stadt erteilten Baugenehmigungen gemäß § 69 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) eingelegt. Nachdem die Stadt den Widersprüchen nicht abhelfen konnte, wurden Sie gemäß § 73 Absatz 1 Nummer 1 VwGO dem Regierungspräsidium zur dortigen Entscheidung vorgelegt. Mit Entscheidung vom 1. August 2019 hat das Regierungspräsidium die beiden Widersprüche als zulässig aber unbegründet zurückgewiesen. Gegen den Widerspruchsbescheid wurde keine (Anfechtungs)Klage gemäß § 74 Absatz 1 VwGO erhoben, damit sind die baurechtlichen Entscheidungen bestandskräftig.

Von Seiten der Petenten wurde mit Schreiben vom 20. August 2019 beim Regierungspräsidium beantragt, die Nichtigkeit des Widerspruchsbescheids vom 1. August 2019 festzustellen. Mit Schreiben des Regierungspräsidiums vom 16. September 2019 sowie vom 9. Oktober 2019 wurden die Gründe für die nicht vorliegende Nichtigkeit des Widerspruchsbescheids vom 1. August 2019 ausführlich erläutert. Eine Rücknahme des Nichtigkeitsfeststellungsantrages ist nicht erfolgt.

Weiterhin wurde mit Schreiben vom 30. September 2019 Fachaufsichtsbeschwerde beim Regierungspräsidium gegen die Stadt eingelegt. Hierin rügen die Petenten das allgemeine Vorgehen und die Entscheidungsfindungen der Stadt vom 22. Dezember 2015 und 4. Februar 2016. Mit Schreiben vom 2. Januar 2020 baten die Petenten ausdrücklich um Entscheidung zur Fachaufsichtsbeschwerde. Das Regierungspräsidium teilte diesen mit Schreiben vom 28. Januar 2020 mit, dass vor Abschluss des Petitionsverfahrens über die Fachaufsichtsbeschwerde nicht entschieden werden könne. Aus demselben Grund ist auch eine Entscheidung über den Nichtigkeitsfeststellungsantrag noch nicht erfolgt.

Parallel zum Widerspruchsverfahren erfolgten wiederholt Anfragen und Anzeigen beim Baurechtsamt, das Grundstück baurechtlich zu überprüfen sowie gegen die gerügten Missstände – Wasserschaden durch unsachgemäße Entwässerung, unerlaubte bauliche Veränderungen zu Lasten des Petenten, Verstöße gegen nachbarschützende Vorschriften – vorzugehen.

Die Baurechtsbehörde hat bis zur Entscheidung des Regierungspräsidiums die Angelegenheit auf rechtmäßige Ausführung durch wiederholte Kontrollgänge überprüft und dadurch sichergestellt, dass keine baurechtswidrigen Zustände zum Nachteil der Petenten entstehen.

Die Bauherrschaft hat die Baumaßnahmen über einen längeren Zeitraum erstrecken lassen, was saisonal begründet ist (Anlegen der Außenanlagen) und durch die Laufzeitregelung der Landesbauordnung (§ 62 Absatz 1 Landesbauordnung, LBO) mit zwischenzeitlicher Unterbrechung rechtlich nicht zu beanstanden ist.

Während der Bauzeit wurde das Ergebnis der Begehungen fotodokumentiert, insbesondere die baulichen Maßnahmen, die sich zum Nachbarn auswirken

(Außenanlagen, Stellplatz). Dadurch ist nachweisbar belegt, dass keine nachbarrechtlichen Belange übersehen wurden. Den Petenten wurde laut Mitteilung der Stadt auf Nachfrage regelmäßig Auskunft erteilt, jedoch in der Art und Weise, dass keine datengeschützten Informationen abgegeben wurden. Hierunter fällt u. a. die Information, ob und inwieweit eine Bauüberwachung stattgefunden hat.

Das Vorhaben ist zwischenzeitlich fertiggestellt, nach Mitteilung der Stadt hat eine förmliche Abnahme wegen fehlender Kapazitäten noch nicht stattgefunden.

2. Rechtliche Beurteilung

Nach § 58 Absatz 1 Satz 1 LBO ist die Baugenehmigung zu erteilen, wenn dem genehmigungspflichtigen Vorhaben keine von der Baurechtsbehörde zu prüfenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften entgegenstehen. Ein Dritter wird durch eine solchen Vorschriften zuwider erteilte Baugenehmigung jedoch nur insoweit in seinen Rechten verletzt, als die gegenständlichen Vorschriften auch ihn zu schützen bestimmt sind.

Der Baurechtsbehörde ist bei vorgenannter Rechtsgrundlage kein Ermessen eingeräumt, vielmehr hat der Bauantragsteller einen Rechtsanspruch auf Erteilung der Baugenehmigung, wenn das Vorhaben mit den von der Baurechtsbehörde zu prüfenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften im Einklang steht.

Auch wenn ein Bauvorhaben zunächst in Widerspruch zu öffentlich-rechtlichen Vorschriften steht, kann eine Baugenehmigung dennoch erteilt werden, wenn Erleichterungen, Abweichungen, Ausnahmen oder Befreiungen von den betreffenden Vorschriften zugelassen oder erteilt werden.

Der Zurückweisungsbescheid des Regierungspräsidiums vom 1. August 2019 ist nicht zu beanstanden.

Beide Baugenehmigungen waren gemäß § 58 Absatz 1 LBO zu erteilen, da den genehmigungspflichtigen Vorhaben keine öffentlich-rechtlichen Vorschriften entgegenstanden. Die Petenten werden daher nicht in ihren subjektiven Rechten verletzt. So stellt das Regierungspräsidium zutreffend fest, dass die genehmigten Vorhaben weder gegen nachbarschützende Bestimmungen des Bauplanungs- und/oder des Bauordnungsrechts, noch gegen das Gebot der baunachbarlichen Rücksichtnahme verstoßen. Es wurden zwar diverse Ausnahmen bzw. Befreiungen von objektivrechtlichen Vorschriften erteilt, wie z. B. der in der Ortsbausatzung geregelten Größe der Dachgaube, hierbei lagen allerdings allesamt die tatbestandsmäßigen Voraussetzungen der entsprechenden Ausnahme- bzw. Befreiungsvorschriften vor.

Die Petenten monieren namentlich die Entwässerung des petitionsgegenständlichen Vorhabens.

Nach § 33 Absatz 1 Satz 1 LBO dürfen bauliche Anlagen nur errichtet werden, wenn die einwandfreie Beseitigung des Abwassers und des Niederschlagswassers dauerhaft gesichert ist.

Das Tiefbauamt führt hierzu aus, dass das petitionsgegenständliche Grundstück ausreichend gesichert sei.

Es sei seit 3. Mai 1989 eine Entwässerungsanlage genehmigt und im Rahmen der Baukontrolle vom 18. Mai 1989 abgenommen worden. Das gegenständliche Bauvorhaben weise Leitungen zur Flachdachentwässerung auf; das Abwasser der Waschküche werde direkt in den Kanal eingeleitet. Abwasserleitungen außerhalb des Kanals bestünden somit keine, sodass nicht aufklärbar sei, was Ursache der benannten Feuchtigkeitsschäden am Wohnhaus der Petenten sein könnte.

Die von den Petenten vorgetragenen Wasserschäden an ihrem Wohnhaus sind nicht nachweislich durch das gegenständliche Vorhaben verursacht worden. Die Petenten sind in diesem Zusammenhang vielmehr dazu angehalten, die Ursache selbst mittels privatem Gutachten zu erörtern und gegebenenfalls auf zivilrechtlichem Wege zu klären. Allein durch den genehmigten Dachausbau wird kein zusätzlicher Umstand geschaffen, der sich potenziell negativ auf die Niederschlagsentwässerung auswirken kann, dies gilt ebenso für den zusätzlichen Stellplatz, für den ein wasserdurchlässiger Untergrund vorgesehen wurde.

Der Verweis der Petenten auf die Entscheidung des Bundesgerichtshofs zum Unterlassungsanspruch eines Nachbarn aufgrund der vom Nachbargrundstück ausgehenden Beeinträchtigungen durch Niederschlagswasser verdeutlicht, dass derartige Belange stets zivilrechtlich zu verfolgen sind.

Aus bauordnungsrechtlicher Sicht wird dem § 33 LBO jedenfalls Rechnung getragen.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass die Petenten keine neuen baurechtlich relevanten Argumente vorbringen, sodass sich aus den vorgelegten Petitionsunterlagen keine Änderung der Sachlage erkennen lässt, die zu einer anderen rechtlichen Einschätzung führt. Die vorgetragenen Belange sind rein zivilrechtlicher Natur.

Den Petenten war es anheimgestellt, Anfechtungsklage gegen den Zurückweisungsbescheid des Regierungspräsidiums zu erheben. Davon wurde jedoch kein Gebrauch gemacht. Es ist auch keine Pflichtverletzung des Baurechtsamtes festzustellen. Auf die Schreiben der Petenten zur Bauausführung hat das Baurechtsamt zeitnah und angemessen reagiert. Die Baustelle wurde mehrfach überprüft, hierbei wurde besonders die Situation des Petenten sorgsam in Augenschein genommen. Die vorgefundenen Veränderungen am Gelände bzw. an den Außenanlagen sind für sich betrachtet nicht bodenrechtlich relevant, sodass dadurch keine baurechtlich nachteilige Situation zu Lasten der Petenten entstehen kann. Inwieweit sich dadurch kausal Schädigungen am Eigentum ergeben haben (z. B. durch Wasserzulauf), ist wie dargelegt nicht Gegenstand der baurechtlichen Betrachtung, sondern zivilrechtlich zu klären.

Zum Nichtigkeitsfeststellungsantrag der Petenten ist festzustellen, dass die Entscheidung des Regierungspräsidiums vom 1. August 2019 nicht zu beanstanden ist.

Nach § 44 Absatz 1 Landesverwaltungsverfahrensgesetz (LVwVfG) ist ein Verwaltungsakt nichtig, soweit

er an einem besonders schwerwiegenden Fehler leidet und dies bei verständiger Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände offenkundig ist. Dies ist nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung insbesondere dann der Fall, wenn der Verwaltungsakt mit tragenden Verfassungsprinzipien oder der in der Rechtsordnung verankerten Wertevorstellung unvereinbar ist. Weder (vermeintliche) Verstöße gegen das nationale Recht als solche, noch das (vermeintliche) Fehlen einer gesetzlichen Grundlage zum Erlass des Verwaltungsakts reichen hierfür aus. Ein etwa rechtswidriger Verwaltungsakt ist nicht per se nichtig (§ 43 Absatz 2 LVwVfG).

Der Verwaltungsakt des Regierungspräsidiums vom 1. August 2019 ist rechtmäßig, es lassen sich keine Punkte erkennen, die auf eine Rechtswidrigkeit oder gar einen offenkundig schwerwiegenden Fehler schließen lassen. Weiterhin ist bezüglich des Bescheids vom 1. August 2019 auch kein Fall der abschließenden Aufzählung nach § 44 Absatz 2 LVwVfG gegeben.

Zusammenfassend lässt sich sonach feststellen, dass die den Baunachbarn des Petenten erteilten Baugenehmigungen durch das Baurechtsamt vom 22. Dezember 2015 sowie vom 4. Februar 2016 rechtmäßiger Weise ergangen sind, der Widerspruchsbescheid des Regierungspräsidiums ist gleichfalls in rechtmäßiger Weise ergangen, das Regierungspräsidium hat zu Recht die Widersprüche gegen die Baugenehmigungen mangels Beschwer zurückgewiesen. Abschließend sind die von den Petenten verfolgten Belange wie dargelegt zivilrechtlich zu klären.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Lorek

19. Petition 16/4589 betr. Beschwerde über die Stadt, Feuerstätte

I. Gegenstand der Petition

Die Petition berührt baurechtliche Aspekte und Belange des Schornsteinfegerwesens. Der Petent beschwert sich über Rußimmissionen der in einem Haus eingebauten Pelletheizung. Der Petent möchte mit der Einreichung der Petition ein Tätigwerden der Stadt, insbesondere des Baurechtsamts und des Amts für Umweltschutz, untere Immissionsschutzbehörde, Schornsteinfegerwesen, erreichen, damit die bemängelten Missstände beseitigt werden.

Ebenso vermutet der Petent technische Mängel bei der Feuerungsanlage, da der Verbrennungsprozess seiner Ansicht nach zu überhöhter Rußentwicklung führe. Er stellt in diesem Zusammenhang auch die Länge des Kaminrohrs in Frage. Auch beklagt er mangelhafte Wartungseinrichtungen, die eine korrekte Reinigung der Abgasanlage behinderten. So fehle

ein sicherer Dachaufstieg, auch müsse eine Leiter aus dem Keller geholt und aufgestellt werden.

II. Die Prüfung der Petition ergab Folgendes:

1. Sachverhalt

Der Petent ist Miteigentümer des Gebäudes und bewohnt dort eine Dachgeschosswohnung. Das Gebäude wurde am 25. Januar 2017 baurechtlich genehmigt. Der Petent erwarb seine Wohnung als Teileigentum und ist damit als Teil der Wohnungseigentümergeinschaft (WEG) Betreiber der Feuerungsanlage.

Das Gebäude ist ein Gebäude der Gebäudeklasse 3, eine förmliche baurechtliche Abnahme von Wohngebäuden dieser Größenordnung ist nicht vorgesehen und fand daher in diesem Fall auch nicht statt.

Am 20. November 2018 bemängelte der zuständige Bezirksschornsteinfeger gegenüber der damaligen alleinigen Eigentümerin und Bauträgerin eine an der Abgasanlage fehlende obere Reinigungsöffnung mit Schornsteinreinigungsverschlüssen, die nachzurüsten sei. Alternativ müsse die Reinigung über das Flachdach, mit sicheren Verkehrswegen für den Schornsteinfeger, erfolgen können. Dafür notwendig sei eine Anlegeleiter mit Sicherheitseinrichtungen gegen Abrutschen (z. B. Dachhaken).

Nachdem die Mängel nicht behoben wurden, hat das Baurechtsamt am 1. Oktober 2019 ein Baukontrollverfahren angelegt. Eine weitere Mahnung des Bezirksschornsteinfegers am 21. April 2020 erfolgte gegenüber der Hausverwaltung der WEG. Am 9. Juli 2020 wurde die WEG durch das Baurechtsamt zur Behebung der Mängel aufgefordert.

Bereits zuvor, am 8. Mai 2020, hat sich der Petent an das Amt für Umweltschutz gewandt und Rußpartikelniederschlag auf seiner Dachterrasse durch die Pelletheizung beklagt.

Der Bezirksschornsteinfeger hat bisher für die Feuerungsanlage keinen Feuerstättenbescheid ausgestellt, da er aufgrund baurechtlicher Mängel (siehe oben) die Brandsicherheit und sichere Abführung der Verbrennungsgase noch nicht bescheinigen konnte.

Auch ohne Feuerstättenbescheid wurden die notwendigen Schornsteinfegerarbeiten und Emissionsmessungen durchgeführt. Beanstandungen wurden nicht festgestellt.

Das Amt für Umweltschutz informierte den Petenten mit Schreiben vom 13. Juli 2020, dass seine Angaben über den Rußniederschlag für eine Beurteilung des Belästigungsgrads nach immissionsschutzrechtlichen Vorgaben nicht ausreichen.

Die Pelletheizung wurde unabhängig von den rechtlichen Vorgaben mehrfach durch den Heizungsbauer überprüft und nachjustiert. Die WEG prüft derzeit, ob der Schornstein erhöht wird. Zudem soll ein neuer Brenner eingebaut werden.

2. Rechtliche Beurteilung

2.1. Bauordnungsrechtliche Sicht

Für Wohngebäude der Gebäudeklasse 3 sind Bauüberwachung und Abnahmen nicht zwingend vorgesehen. Für den ordnungsgemäßen Betrieb der technischen Anlagen eines Gebäudes ist der Eigentümer verantwortlich. Insofern wäre hier die Eigentümergemeinschaft über die Hausverwaltung in Anspruch zu nehmen. Diese ist Zustandsstörer nach § 7 Polizeigesetz (PolG).

Die vom Bezirksschornsteinfeger bemängelte Reinigungsöffnung ist gemäß § 7 Absatz 8 Ziffer 5 Feuerungsverordnung (FeuVO) erforderlich. Hiernach müssen Schornsteine für die Reinigung Öffnungen mit Schornsteinreinigungsverschlüssen haben. Obere Reinigungsöffnungen sind stets erforderlich, sofern der Schornstein nicht von der Mündung aus gereinigt werden kann.

Für die Reinigung von der Mündung aus ist ein sicherer Verkehrsweg für den Schornsteinfeger erforderlich. § 9 Absatz 8 Allgemeine Ausführungsverordnung des Wirtschaftsministeriums zur Landesbauordnung (LBOAVO) verlangt das Anbringen von sicher benutzbaren Vorrichtungen für Arbeiten, die vom Dach aus vorzunehmen sind. Diese Anforderungen sind nicht erfüllt.

Die bauordnungsrechtliche Vorgabe des § 9 Absatz 1 Ziffer 1 FeuVO zur Höhe der Mündungen von Schornsteinen und Abgasleitungen über Dach ist im Fall des hier vorliegenden Flachdachs regelungsgleich.

2.2. Immissionsschutzrechtliche Sicht

Gemäß § 14 a Absatz 4 Schornsteinfeger-Handwerksgesetz (SchfHwG) hat der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger unmittelbar nach der Bauabnahme einen Feuerstättenbescheid auszustellen, indem festgestellt wird, welche Schornsteinfegerarbeiten an der Feuerungsanlage durchzuführen sind. In diesem Feuerstättenbescheid müsste vorgegeben werden, dass die Emissionen der Anlage in jedem zweiten Kalenderjahr zu messen sind (§ 15 Absatz 1 der 1. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes – Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen [1. BImSchV]), die Reinigung des Abgasrohres zweimal im Kalenderjahr durchzuführen (Anlage 1 Ziffer 1.5 zu § 1 Absatz 4 Kehr- und Überprüfungsordnung [KÜO]) und der Schornstein zweimal im Kalenderjahr zu kehren ist (Anlage 1, Ziffer 1.5 zu § 1 Absatz 4 KÜO).

Wie oben ausgeführt konnte der Feuerstättenbescheid wegen baulicher Mängel bisher nicht ausgestellt werden, trotzdem wurden die erforderlichen Reinigungsarbeiten durchgeführt.

Nach Bestätigung des Bezirksschornsteinfegers entsprechen zudem die Ableitbedingungen des Schornsteins der Pelletheizung und damit auch die Höhe des Schornsteins den Vorgaben des § 19 der 1. BImSchV. Diese Vorgaben dienen auch dem Schutz vor schädli-

chen Umwelteinwirkungen und sind im Rahmen der Bauabnahme durch den bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger zu prüfen.

Die Pelletheizung ist eine nicht genehmigungsbedürftige Anlage nach § 22 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG). Danach ist die Anlage so zu betreiben, dass schädliche Umwelteinwirkungen verhindert werden, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind. Nach dem Stand der Technik unvermeidbar schädliche Umwelteinwirkungen sind auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die Feuerungsanlage hält die Vorgaben der 1. BImSchV und der KÜO ein.

Wird dennoch eine schädliche Umwelteinwirkung geltend gemacht, muss nachgewiesen werden, dass diese nach Art, Umfang, Ausmaß und Dauer vorliegt. Denn ein Rußniederschlag kann zwar eine Belästigung, aber keine erhebliche Belästigung sein.

Die Angaben des Petenten zum Rußniederschlag reichen für eine Beurteilung des Belästigungsgrads nicht aus, was dem Petenten mit Schreiben vom 13. Juli 2020 durch das Amt für Umweltschutz mitgeteilt wurde.

III. Ergebnis

Verantwortlich für die Mängelbeseitigung ist die Mitigentümergeinschaft des Gebäudes und damit auch der Petent selbst.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Lorek

20. Petition 16/4825 betr. Witwenrente, anzurechnendes Einkommen

Die Petentin beschwert sich über die Einkommensanrechnung bei Hinterbliebenenrenten. Nach den vorliegenden Unterlagen, erhält die Petentin sowohl eine Versichertenrente aufgrund Pflegeleistungen von der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg (DRV BW) als auch ein Ruhegehalt vom Landesamt für Besoldung und Versorgung. Des Weiteren erhält Sie seit dem 1. Januar 2003 nach dem Tod ihres Mannes, ebenfalls durch die DRV BW, eine große Hinterbliebenenrente. Diese Hinterbliebenenrente wurde zuletzt mit Bescheid vom 14. Mai 2020 aufgrund der bereits genannten Einkommen erneut zum 1. Juli 2020 durch die DRV BW angepasst. Aufgrund der Kürzung Ihrer Witwenrente wegen Einkommen fühlt die Petentin sich daher benachteiligt.

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

Rechtsgrundlage für die Einkommensanrechnung bei Hinterbliebenenrenten ist § 97 Absatz 1 Sozialgesetzbuch Sechstes Buch (SGB VI), wonach Einkommen

im Sinne der §§ 18 a bis 18 e Sozialgesetzbuch Viertes Buch (SGB IV) i. V. m. 114 SGB IV, das mit einer Witwen-, Witwer-, Erziehungs- oder (bis Juni 2015) Waisenrente an ein über 18 Jahre altes Kind zusammenrifft, auf die Rente angerechnet wird. Zu einer Einkommensanrechnung kommt es allerdings nicht, wenn die Rente für das sogenannte Sterbevierteljahr zu leisten ist. Als Sterbevierteljahr gilt der Monat des Todes und die drei folgenden Kalendermonate.

Bei den Hinterbliebenenrenten gibt es Freibeträge. Das heißt, dass es zu keiner Einkommensanrechnung und damit zu keiner Rentenkürzung kommt, sofern die gesetzlich definierten Freibeträge nicht überschritten werden. Der Freibetrag beträgt bei Witwen- und Witwerrenten und bei Erziehungsrenten das 26,4-fache des aktuellen Rentenwerts.

Seit 1. Juli 2020 beträgt der aktuelle Rentenwert West monatlich 34,19 Euro, somit ergibt sich für die Petentin ein aktueller, monatlicher Freibetrag in Höhe von 902,62 Euro fiktives netto.

Bei den Hinterbliebenenrenten werden gemäß § 18 a SGB V i. V. m. § 114 SGB IV u. a. Erwerbsersatzeinkünfte berücksichtigt. Hierbei wird zwischen dem kurzfristigen und dem dauerhaften Erwerbsersatzeinkommen unterschieden. Dabei handelt es sich nach § 18 a Absatz 1 Nr. 2 SGB IV jeweils um Leistungen, welche zum Ersatz des Erwerbseinkommens erbracht werden. Zum dauerhaften Erwerbsersatzeinkommen gehören die Einkommensarten, welche in § 18 a Absatz 3 Nr. 2 bis 10 SGB IV genannt sind. Dies sind beispielsweise Renten der Rentenversicherung wegen Alters oder verminderter Erwerbsfähigkeit sowie das Ruhegehalt und vergleichbare Bezüge aus einem öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnis oder aus einem versicherungsfreien Arbeitsverhältnis mit Anspruch auf Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen.

Die Art der Beitragsleistung ist hierbei unerheblich, da die Hinterbliebenenrente keine Lohnersatzfunktion im eigentlichen Sinne darstellt, sondern nur unterstützend zur Sicherung des Lebensunterhalts dienen soll. Wichtig dabei ist, dass ein dauerhaftes Erwerbsersatzeinkommen nur dann angerechnet werden darf, wenn es sich um eine Rente aus eigener Versicherung handelt. Daher können Hinterbliebenenrenten bei der Einkommensanrechnung nicht als Einkommen berücksichtigt werden.

Der § 18 b SGB IV i. V. m. § 114 Absatz 4 SGB IV regelt, in welcher Höhe das Einkommen bei der Einkommensanrechnung zu berücksichtigen ist. Vom Brutto-Einkommen werden zunächst Pauschalwerte in Abzug gebracht. Die Pauschalwerte variieren je nach Einkommensart. Damit möchte der Gesetzgeber erreichen, dass durch den Abzug von Pauschalwerten ein relativ realistisches Netto-Einkommen errechnet wird.

Die Petentin erhält sowohl eine Altersrente von der DRV BW als auch ein Ruhegehalt vom Landesamt für Besoldung und Versorgung. Nach Durchsicht aller vorliegenden Unterlagen wurden die individuellen Pauschalwerte (bei Altersrenten ab Bezug 2011 14%

und bei Ruhegehalt, altes Hinterbliebenenrecht 42,7%) korrekt durch die DRV BW angewendet. Gegen die vollzogene Einkommensanrechnung gibt es somit keinerlei Einwände.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter Lorek

21. Petition 16/4073 betr. Bausache, Beschwerde über die Stadt

I. Gegenstand der Petition

Der Petent bittet um Prüfung einer Vielzahl von Vorgängen in der Stadt. Insbesondere begehrt er die kommunalrechtliche Überprüfung von zwei Grundstücksgeschäften der Stadt. Daneben sei es zu Lügen seitens eines Mitarbeiters der Stadtverwaltung gekommen. Des Weiteren bittet er um Überprüfung seiner Ansicht nach strafrechtlich relevanter Vorgänge (diese werden im Rahmen des Petitionsverfahrens 16/4853 geprüft).

II. Sachverhalt

1. Grundstücksgeschäft zwischen der Stadt und einem Lebensmittel-Discounter im Jahr 2018 und Bebauungsplanänderungsverfahren

Der Discounter plant eine Filialverlagerung an einen innerstädtischen Standort im Geltungsbereich des Bebauungsplanes X, die Verkaufsfläche soll von derzeit 800 qm auf 1.210 qm erweitert werden. Im Jahr 2009 wurde die zur Disposition stehende, früher gewerblich genutzte Fläche im Zuge einer Sanierungsmaßnahme in eine „öffentliche Verkehrsfläche“ umgewandelt und seither als öffentlicher Parkplatz genutzt. Mit dem im Rahmen eines Bebauungsplanänderungsverfahrens am 18. Dezember 2018 gefassten Satzungsbeschluss wurde dieselbe Fläche nunmehr als Sondergebiet für großflächigen Einzelhandel festgesetzt. Gegen die Bebauungsplanänderung wurde ein Normenkontrollverfahren angestrengt, woraufhin der Verwaltungsgerichtshof diesen vorübergehend außer Vollzug gesetzt hat. Das Normenkontrollverfahren ist weiterhin anhängig und noch nicht abgeschlossen.

Zwischenzeitlich hat die Gemeinde bezüglich der Planänderung ein ergänzendes Verfahren nach § 214 Absatz 4 Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt und der Gemeinderat hat den Bebauungsplan in seiner öffentlichen Sitzung am 28. Juli 2020 als Satzung beschlossen. Wegen der Corona-Pandemie musste nach Auskunft der Stadt die Offenlage im Frühjahr 2020 abgebrochen werden; sie wurde im Zeitraum vom 18. Mai 2020 bis 19. Juni 2020 vollständig neu durchgeführt, was entsprechend ortsüblich bekannt gemacht wurde. Zudem wurden Anregungen und Bedenken, die bereits in der ersten (abgebrochenen) Of-

fenlage eingegangen waren, im weiteren Verfahren vollumfänglich berücksichtigt. Mit der amtlichen Bekanntmachung nach abgeschlossener öffentlicher Auslage ist der Bebauungsplan am 7. August 2020 in Kraft getreten.

Das streitgegenständliche Grundstück wurde am 3. August 2018 von der Stadt an den Discounter verkauft. Der Petent macht geltend, dass die Grundstücksveräußerung unter Wert erfolgt sei; durch das zeitlich nachfolgende Bebauungsplanverfahren habe das Grundstück eine deutliche Werterhöhung erfahren. Der Stadt sei dadurch ein massiver Vermögensschaden entstanden. Außerdem sei die Offenlage des Bebauungsplans nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden.

Der Petent beschwert sich des Weiteren darüber, dass ihm die Einsichtnahme in die aktuelle Bodenrichtwertkarte als auch die Auskunft zum aktuellen Bodenrichtwert des streitgegenständlichen Grundstücks verweigert wird. Der zuständige Gemeinsame Gutachterausschuss hat die Bodenrichtwerte zuletzt zum Stichtag 31. Dezember 2018 ermittelt. Die jeweils aktuelle Bodenrichtwertkarte ist auf der Homepage der Stadt eingestellt.

2. Grundstücksgeschäft mit einem für die Stadt arbeitenden Raumausstatter im Jahr 2008

Nach Mitteilung der Stadt ist die im Jahr 2008 von den Erben eines Raumausstatters erworbene Fläche im Flächennutzungsplan als Wohnbaufläche dargestellt. Zudem lag die Fläche zum Zeitpunkt des Erwerbs wie bis heute im Geltungsbereich eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans, von dessen Regelungen aber aktuell kein Gebrauch mehr gemacht werden kann, nachdem die Frist zur Umsetzung des Vorhabens inzwischen abgelaufen ist.

Bis die gesamte Fläche in das Eigentum der Stadt kam, stellte sich die Situation zunächst so dar, dass nur der hintere Grundstücksteil dem Raumausstatter gehörte, während die zur Straße hin gelegene Teilfläche im Eigentum der Stadt stand. Da die dem ehemaligen Grundstückseigentümer gehörende Teilfläche des heutigen Grundstücks ohne städtische Flächenanteile nicht bebaubar gewesen wäre, erklärte sich die Stadt im Jahr 2004 bereit, die notwendige städtische Fläche mit 191 m² an diesen zu verkaufen, damit durch das Zusammenlegen ein 775 m² großes bebaubares Grundstück entstehen konnte. Gleichzeitig wurde der vorhabenbezogene Bebauungsplan aufgestellt. Das hierdurch neu geschaffene und erschlossene Grundstück sollte vom damaligen Eigentümer an einen Bauträger bzw. Bauwilligen weiterveräußert werden. Nachdem der ehemalige Grundstückseigentümer zu Lebzeiten das durch Zusammenlegung mit der städtischen Fläche entstandene Baugrundstück nicht am Markt platzieren konnte, haben dessen Erben der Stadt ihren Grundstücksanteil zum Verkauf angeboten. Der Aufkauf der privaten Fläche im Jahr 2008 erfolgte zu den gleichen Konditionen wie der 2004 geplante Verkauf, unter Einrechnung eines Zinsabschlags, sofern sich das Grundstück nicht zeitnah vermarkten ließe.

Der Petent macht geltend, dass die Stadt die private Grundstücksfläche zu einem zu hohen Kaufpreis erworben hat, da das Grundstück zuvor durch das Bebauungsplanverfahren im Wert gesteigert worden sei.

3. Duldung einer Ferienhausnutzung über ca. 15 Jahre durch die Stadt

Das vom Petenten als „Hexenhäusle“ bezeichnete Gebäude befindet sich im Außenbereich gemäß § 35 BauGB. Für das Gebäude lagen der unteren Baurechtsbehörde zum Zeitpunkt der Anfragen des Petenten keine Bauakten vor. Beim einzig aus früherer Zeit vorliegenden Dokument zu diesem Objekt handelt es sich um eine Beanstandung im Zuge der Baunachschau vom 17. Oktober 1952 des Landratsamts, das am 22. Oktober 1952 beim damaligen Bürgermeisteramt eingegangen ist. Aus diesem lässt sich schließen, dass das Gebäude im Jahr 1952 oder davor als Wohnhaus genehmigt wurde. Bis zum Hinweis des Petenten auf eine Ferienhausnutzung war die Nutzung als solche der unteren Baurechtsbehörde nicht bekannt. Die Baurechtsbehörde forderte den damaligen Eigentümer nach den Hinweisen des Petenten auf, darzulegen, wie das Gebäude genutzt wird. Der Eigentümer hat die Vermietung als Ferienhaus zwischenzeitlich eingestellt.

Es wurden Renovierungsarbeiten, die nicht genehmigungspflichtig waren, durchgeführt. Ein neu angebrachter Zaun wurde nach Aufforderung durch die untere Baurechtsbehörde wieder entfernt. Zwischenzeitlich fand ein weiterer Eigentümerwechsel statt. Der neue Eigentümer wurde darauf hingewiesen, dass sich das Gebäude im Außenbereich befindet und keine zusätzlichen Bauten zulässig sind.

Der Petent moniert die Duldung als Ferienhausnutzung über einen Zeitraum von ca. 15 Jahren durch die Stadt und eine damit aus seiner Sicht einhergehende Vorteilsgewährung.

III. Rechtliche Würdigung

Nach Artikel 28 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes (GG) haben die Gemeinden im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht auf Selbstverwaltung. Hierunter fällt auch das Recht der Gemeinden zur Aufstellung bzw. Änderung von Bebauungsplänen, sobald und soweit dies für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist (§ 1 Absatz 3 BauGB). Das Tätigen von Grundstücksgeschäften obliegt als privatrechtliche Tätigkeit der öffentlichen Hand ebenfalls der Gemeinde im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung nach Artikel 28 Absatz 2 Satz 1 GG in Verbindung mit Artikel 71 Absatz 1 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg. In Angelegenheiten der kommunalen Selbstverwaltung beschränkt sich die Aufsicht darauf, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung sicherzustellen; die Aufsicht ist so auszuüben, dass die Entschlusskraft und die Verantwortungsfreudigkeit der Gemeinde nicht beeinträchtigt werden (§ 118 Absatz 1 und 3 der Gemeindeordnung – GemO). Ein Einschreiten der Rechtsaufsicht muss darüber hinaus im öffentlichen Interesse erforderlich sein.

Zu 1.) Grundstücksgeschäft zwischen der Stadt und dem Discounter

Das Grundstücksgeschäft zwischen der Stadt und dem Discounter ist nicht zu beanstanden.

Nach § 92 Absatz 1 GemO darf die Gemeinde Vermögensgegenstände, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht braucht, veräußern.

Der Gemeinderat trifft als Hauptorgan der Gemeinde nach § 24 Absatz 1 GemO alle wesentlichen – auch finanzpolitischen – Entscheidungen. Der Gemeinderat hat somit als Hauptorgan der Gemeinde die alleinige Entscheidungsbefugnis über den Verkauf eines Grundstücks. Einen entsprechenden Beschluss zur Veräußerung der streitgegenständlichen Fläche an den Discounter hat der Gemeinderat in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 19. Dezember 2017 gefasst. Gegen die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses bestehen von der Rechtsaufsichtsbehörde aus kommunalrechtlicher Sicht keine Bedenken, insbesondere sind die Voraussetzungen des § 35 GemO für eine Beschlussfassung in nichtöffentlicher Sitzung gegeben. Fragen der Zweckmäßigkeit der Entscheidung sind einer Überprüfung durch die Rechtsaufsicht entzogen.

Gemäß § 92 Absatz 1 Satz 2 GemO dürfen Vermögensgegenstände in der Regel nur zu ihrem vollen Wert veräußert werden. Bei Grundstücken ist hierunter der Verkehrswert im Sinne von § 194 BauGB zu verstehen. Nach dieser Vorschrift wird der Verkehrswert durch den Preis bestimmt, der in dem Zeitpunkt, auf den sich die Ermittlung bezieht, im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach den rechtlichen Gegebenheiten und tatsächlichen Eigenschaften, der sonstigen Beschaffenheit und der Lage des Grundstücks ohne Rücksicht auf ungewöhnliche oder persönliche Verhältnisse zu erzielen wäre. Bei unbebauten Grundstücken wird der Verkehrswert eines Grundstücks auf der Grundlage des Bodenrichtwertes nach § 196 BauGB ermittelt.

Das streitgegenständliche Grundstück wurde am 3. August 2018 zu einem Quadratmeterpreis, der über dem heutigen Bodenrichtwert für Einzelhandel in der Stadt liegt, verkauft. Für die Ermittlung waren dabei die Bodenrichtwerte zum Stichtag 31. Dezember 2016 maßgeblich. Auch wenn der Satzungsbeschluss im Rahmen des Bebauungsplanänderungsverfahrens erst im Dezember und mithin vier Monate später gefasst wurde, wurde das Grundstück schon deshalb nicht unter seinem Wert verkauft, weil der Bodenrichtwert für Einzelhandel nicht unterschritten wurde.

Zum Vortrag des Petenten, dass ihm die Einsichtnahme in die aktuelle Bodenrichtwertkarte als auch die Auskunft zum aktuellen Bodenrichtwert des streitgegenständlichen Grundstücks verweigert werde, kann festgestellt werden, dass die jeweils aktuelle Bodenrichtwertkarte für jedermann einsehbar auf der Homepage der Stadt eingestellt und abrufbar ist. Grundstückseigentümer erhalten darüber hinaus seitens der Stadt Auskunft betreffend Bodenrichtwerte ihres Grundstücks. Bei Anfragen zu fremden Grundstücken wird auf die Veröffentlichung der Bodenrichtwert-

karte im Internet verwiesen. Ein Verstoß gegen Auskunftspflichten ist vorliegend, entgegen dem Vortrag des Petenten, nicht feststellbar.

Wegen der Corona-Pandemie musste nach Auskunft der Stadt die Offenlage der Änderung des Bebauungsplans im Frühjahr 2020 abgebrochen werden; sie wurde ab dem 18. Mai 2020 vollständig neu durchgeführt. Ein Verstoß gegen Offenlegungsvorschriften liegt nicht vor.

Zu 2.) Grundstücksgeschäft mit einem für die Stadt arbeitenden Raumausstatter

Nach § 91 Absatz 1 GemO soll die Gemeinde Vermögensgegenstände nur erwerben, wenn dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Der Vermögenserwerb darf kein Selbstzweck sein, sondern muss einen Bezug zur Aufgabenerfüllung haben. Es ist zugelassen, dass ein Vermögenserwerb auch für künftige Aufgaben der Gemeinde erfolgen kann. Insbesondere im Bereich der Bodenbevorratung ist anerkannt, dass zur Sicherung der Aufgabenerfüllung und aus wirtschaftlichen Gründen den Gemeinden ein Spielraum für eine vorausschauende und verantwortungsbewusste Grundstückspolitik eingeräumt ist. Vorausgesetzt sind dabei Planungen der Gemeinde, aus denen sich ausreichend konkret die beabsichtigten Ziele ergeben. Außerdem muss sich der Erwerb in einem im Verhältnis zur Größe und Finanzkraft der Gemeinde sinnvollen Rahmen halten und darf weder in der Art noch im Umfang spekulative Ausmaße annehmen. Ob diese Erfordernisse gegeben sind, ist von der Gemeinde in jedem Einzelfall sorgfältig zu prüfen. Im Rahmen dieser Einzelfallprüfung steht der Gemeinde aber auch heute schon ein Beurteilungsspielraum zu.

Die Stadt hat nach ihren Angaben zur Erfüllung der gemeindlichen Aufgabe, ausreichend Bauland bereitzustellen, gehandelt und ein aus ihrer Sicht geeignetes Grundstück zu vertretbaren Konditionen erworben. Aus kommunalrechtlicher Sicht bestehen nach Prüfung keine Anhaltspunkte dafür, dass im streitgegenständlichen Fall gegen die vorgenannten gesetzlichen Voraussetzungen verstoßen worden ist. Die Tatsache, dass zunächst ein Bebauungsplan aufgestellt wurde und erst durch das Einbringen einer städtischen Teilfläche eine Bebaubarkeit des aus privater und städtischer Teilfläche bestehenden Gesamtbaugrundstücks folgte, steht der Beurteilung gemäß § 91 Absatz 1 GemO nicht entgegen. Um die Aufgabe, ausreichend Bauland bereitzustellen, erfüllen zu können, scheidet eine derartige Fallgestaltung, wie sie die Stadt vorliegend gewählt hat, aus kommunalrechtlicher Sicht nicht aus.

Zu 3.) Duldung einer Ferienhausnutzung über ca. 15 Jahre durch die Stadt

Bis zu dem Hinweis des Petenten auf eine Ferienhausnutzung war die Nutzung als solche der Stadtverwaltung nicht bekannt. Die Baurechtsbehörde hat aufgrund des Hinweises notwendige Nachfragen beim Eigentümer gestellt. Der Eigentümer hat die Nutzung als Ferienwohnung im Nachgang eingestellt. Eine

vom Petenten in den Raum gestellte „Vorteilsgewährung“ scheidet damit aus.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatte(r)in: Philippi

22. Petition 16/4710 betr. Beschwerde über Krankenkasse und Sozialministerium

Der Petent moniert die Art der Aufsichtsführung durch das Ministerium für Soziales und Integration. Er fordert den Petitionsausschuss auf, der nach Auffassung des Petenten unzureichenden Tätigkeit der Rechtsaufsichtsbehörde nachzugehen, um eine Aufsichtsführung in seinem Sinne zu erreichen.

Der Petent ist in der Vergangenheit bereits mehrfach auf die Rechtsaufsichtsbehörde zugegangen, um auf vermeintliche Missstände bei seiner landesunmittelbaren gesetzlichen Krankenkasse aufmerksam zu machen, zuletzt im Juni 2020.

Mit Schreiben vom 17. April 2020 forderte der Petent die Krankenkasse auf, ihm Fragen zur Wahl des Verwaltungsrates zu beantworten. Er begehrte vom Alleinvorstand der Krankenkasse zum einen Auskunft darüber, inwiefern dieser auf die Auswahl und Festlegung der Kandidaten für den Verwaltungsrat im Vorfeld der Sozialwahlen 2017 Einfluss genommen hat und welche Personen auf seine Empfehlung hin letztendlich auf den Wahlzettel platziert wurden. Zum anderen verlangte der Petent Auskunft über personenbezogene Daten der Mitglieder des Verwaltungsrates und des Widerspruchsausschusses wie beispielsweise deren Alter, Beruf und Adresse. Zuletzt stellt der Petent Fragen zur Organisation und Arbeitsweise der Organe.

Die Antwort der Krankenkasse erfolgte am 12. Juni 2020. Darin verweigerte die Krankenkasse zunächst die Auskunft bezüglich der personenbezogenen Daten der Mitglieder des Verwaltungsrates und des Widerspruchsausschusses mit Verweis auf datenschutzrechtliche Gründe. Außerdem zeigte die Krankenkasse dem Petenten auf, an welchen Stellen im Gesetz und in der Satzung der Krankenkasse Angaben zur Organisation und Arbeitsweise der betreffenden Organe enthalten sind.

Am 19. Juni 2020 wendet sich der Petent an das Sozialministerium als Rechtsaufsichtsbehörde, um auf seiner Ansicht nach bestehende Missstände in Bezug auf den Verwaltungsrat und den Widerspruchsausschuss der Krankenkasse aufmerksam zu machen. Dabei warf er der Krankenkasse vor, die Auskunft über Handlungsschritte im Vorfeld der Sozialwahlen 2017 zu Unrecht verweigert zu haben, da ein solches Verweigerungsrecht nicht bestünde. Er vertrat die Auffassung, dass es für ein Mitglied einer Krankenkasse möglich sein müsse, die Zusammenstellung der Wahlliste zum Verwaltungsrat dieser Krankenkasse in Er-

fahrung zu bringen. Denn Aufgabe des Verwaltungsrates und seiner Ausschüsse sei es, den Alleinvorstand zu kontrollieren und zu beaufsichtigen. Darüber hinaus trug der Petent in seinem Schreiben an das Sozialministerium zahlreiche Indizien vor, welche auf fehlende fachliche Qualifikationen bei der Besetzung des Verwaltungsrates und des Widerspruchsausschusses der Krankenkasse hindeuten würden.

Das Sozialministerium kam der Aufforderung des Petenten nach und überprüfte dessen Vorwürfe nach den Maßstäben der Rechtsaufsicht. Das Sozialministerium bewertete die Vorwürfe als unsubstantiiert und entschied, dass kein Einschreiten der Rechtsaufsicht gegen die landesunmittelbare Krankenkasse erforderlich sei. Diesen Entschluss teilte es dem Petenten mit Schreiben vom 2. Juli 2020 mit. Darin wurde der Petent darauf hingewiesen, dass aufgrund seiner Schilderungen kein öffentliches Interesse vorliege, welches ein Einschreiten der Aufsichtsbehörde rechtfertige. Ein Rechtsverstoß sei nicht erkennbar.

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

Das Sozialministerium führt nach § 87 Absatz 1 Satz 2 SGB IV in Verbindung mit § 90 Absatz 2 SGB IV die Rechtsaufsicht über die landesunmittelbaren Krankenkassen in Baden-Württemberg. Im Rahmen dieser Rechtsaufsicht trägt das Ministerium Sorge dafür, dass die der Aufsicht unterstellten Krankenkassen im Rahmen der rechtlichen Grenzen handeln. Ein Rechtsanspruch des Bürgers auf aufsichtsrechtliche Maßnahmen besteht nicht, da die Staatsaufsicht allein dem öffentlichen Interesse dient. Das Aufsichtsrecht ist nicht dazu bestimmt, die Individualinteressen Einzelner durchzusetzen (vgl. BSG, Urteil vom 14. Februar 2007 – B 1 A 3/06 R).

Der Maßstab der Rechtsaufsicht wurde durch höchstgerichtliche Rechtsprechung mehrfach konkretisiert. Die Aufsichtsbehörde hat ein Ermessen dahin gehend, ob und wie sie im Wege der Aufsicht über eine landesunmittelbare Krankenkasse einschreitet. Bei Ausübung der Rechtsaufsicht muss immer dem Selbstverwaltungsrecht des Versicherungsträgers als Träger mittelbarer Staatsverwaltung Rechnung getragen werden, vgl. § 29 Absatz 1 SGB IV. Hierzu gehört ganz wesentlich die Befugnis der Versicherungsträger nach § 29 Absatz 3 SGB IV, ihre Aufgaben im Rahmen des Gesetzes in eigener Verantwortung zu erfüllen (vgl. BSG Urteil vom 21. März 2018 – B 6 KA 59/17 R). Daraus folgt, dass Aufsichtsmaßnahmen, die stets eine Ausübung pflichtgemäßen Ermessens durch die Aufsichtsbehörde erfordern, rechtswidrig sind, wenn sich das Handeln oder Unterlassen des Versicherungsträgers im Bereich des rechtlich noch Vertretbaren bewegt (BSG Urteil vom 22. März 2005 – B 1 A 1/03 R). Oder anders formuliert: Nur bei rechtlich unvertretbaren Handlungen der landesunmittelbaren Krankenkassen hat das Sozialministerium im Wege der Rechtsaufsicht einzuschreiten.

Bei der Erstellung der Wahllisten zum Verwaltungsrat sowie der personellen Zusammensetzung von Verwaltungsrat und Widerspruchsausschuss handelt es sich

um eine innere Verwaltungstätigkeit der Krankenkasse, die zur Kernkompetenz deren Selbstverwaltungsrechts gehört. Als Körperschaften des öffentlichen Rechts führen die Krankenkassen durch das Gesetz zugewiesene Aufgaben unter staatlicher Aufsicht organisatorisch und finanziell selbstständig durch. Die innere Organisation der Organe wie beispielsweise dem Verwaltungsrat und dem Widerspruchsausschuss – und damit auch die Erstellung der Wahllisten im Vorfeld von Sozialwahlen – ist deshalb eine reine Selbstverwaltungstätigkeit der Krankenkassen. Personalangelegenheiten unterfallen bereits aus diesem Grund nicht der Rechtsaufsicht des Sozialministeriums.

Hinzukommt, dass das Gesetz einen Auskunftsanspruch des Petenten gegenüber der Krankenkasse weder bezüglich der Festlegung der Kandidaten für die Sozialwahl und die Vorbereitung der Vorschlagslisten noch bezüglich der personellen Zusammensetzung der Organe an allen dafür in Betracht kommenden Stellen vorsieht. Vielmehr werden dem Versicherten Einblicke in die innere Organisation der Krankenkasse lediglich durch ein Einsichtnahmerecht in die Satzung nach § 196 SGB V ermöglicht.

Im Bereich der Regelungen zum Verwaltungsrat einer Krankenkasse nach § 197 Absatz 1, Absatz 2 SGB V und zu den Fachausschüssen nach § 197 Absatz 3 SGB V ist kein Auskunftsanspruch niedergeschrieben, sondern es erfolgt lediglich eine Aufgabenzuweisung. Ein Auskunftsanspruch der Mitglieder ist gerade nicht aufgeführt. Gleiches gilt für die Aufstellung der Wahllisten zum Verwaltungsrat nach § 48 SGB IV. Als Rechtsbehelf im Wahlverfahren ist nach § 57 SGB IV in Verbindung mit §§ 48 b Absatz 3, 48 c Absatz 3 SGB IV nur eine Beschwerde sowie eine Klage vorgesehen. Zu einem Informationsrecht schweigt das Gesetz dort ebenfalls.

Eine von der Krankenkasse an den Versicherten zu richtende Auskunft ist stattdessen in § 305 SGB V geregelt. Diese Vorschrift bezieht sich allerdings nur auf die vom Versicherten in Anspruch genommene Behandlungsleistung und die entstandenen Kosten sowie zugelassene Leistungserbringer. Dadurch wird deutlich, dass die Norm einen Bezug zur individuellen Krankenkassenleistung an den Versicherten voraussetzt und gerade nicht den internen Organisationsbereich der Krankenkasse betrifft.

Im Übrigen steht einem Auskunftsanspruch hinsichtlich personenbezogener Daten der Mitglieder des Verwaltungsrates und des Widerspruchsausschusses das Datenschutzrecht entgegen. Einen Anspruch auf Auskunft über personenbezogene Daten hat nach Artikel 15 DSGVO nur die von der Datenverarbeitung betroffene Person selbst. Im Umkehrschluss dazu hat ein Dritter gerade keinen Auskunftsanspruch gegenüber dem datenverarbeitenden Unternehmen hinsichtlich fremder Daten. Die personenbezogenen Daten der Mitglieder des Verwaltungsrates und des Widerspruchsausschusses durften folglich nicht an den Petenten herausgegeben werden.

Da kein Informationsanspruch eines Versicherten hinsichtlich der Zusammenstellung der Kandidatenliste

für Sozialwahlen bzw. der personellen Zusammensetzung von Verwaltungsrat und Widerspruchsausschuss als Kernbereich der Selbstverwaltungsgarantie besteht und auch die Herausgabe personenbezogener Daten datenschutzrechtswidrig gewesen wäre, konnte das Sozialministerium die landesunmittelbare Krankenkasse im Wege eines Rechtsaufsichtsverfahrens nicht verpflichten, die gewünschten Informationen an den Petenten herauszugeben. Die Verweigerung der Krankenkasse, dem Petenten die gewünschten Auskünfte zu erteilen, stellt somit keinen Rechtsverstoß dar. Die Ablehnung eines aufsichtsrechtlichen Einschreitens durch das Ministerium erfolgte daher unter rechtmäßiger Ermessensausübung.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatterin: Philippa

23. Petition 16/4853 betr. Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen

Der Petent beschwert sich über die Sachbehandlung von ihm in der Vergangenheit erstatteter Strafanzeigen durch die Staatsanwaltschaft und die Generalstaatsanwaltschaft. Die Ermittlungen seien entweder gar nicht, nicht mit dem notwendigen Tiefgang oder einseitig zugunsten der angezeigten Personen (zumeist Vertretern der Stadt) erfolgt.

Demgegenüber seien gegen den Petenten gerichtete Ermittlungsverfahren immer äußerst zügig bearbeitet worden. In einem Fall, in dem er eine Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft veröffentlicht habe, sei bei ihm durchsucht und insbesondere sein Computer beschlagnahmt worden. Das sei angesichts der Schwere des Tatvorwurfs völlig unangemessen gewesen. Den Computer habe er bislang trotz mehrfacher Aufforderung nicht zurückerhalten.

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

I. Strafanzeigen des Petenten

1. Strafanzeigen wegen Vorteilsgewährung, Vorteilsannahme, Subventionsbetrug, vorsätzlicher Körperverletzung und Verstoßes gegen das Datenschutzgesetz

a)

Der Petent erstattete zwischen dem 11. September und 21. Oktober 2017 mehrere Strafanzeigen gegen Mitarbeiter der Stadtverwaltung, unter anderem auch gegen den Bürgermeister und den Verwaltungsleiter sowie gegen Mitarbeiter der in der Stadtverwaltung angesiedelten Grundbucheinsichtsstelle.

Dem Bürgermeister und dem Verwaltungsleiter legte der Petent zur Last, sie hätten ein Grundstück im

Außenbereich an die Mutter einer Mitarbeiterin der Stadtverwaltung verpachtet und es in der Folge, trotz Hinweises, zugelassen, dass das Grundstück rechtswidrig genutzt wurde. Des Weiteren vermutete der Petent, dass die ortsansässige Zeitung 50.000 Euro für den Erwerb einer Außenbühne im Jahr 2010 gespendet habe, diese Spende aber vom Bürgermeister und vom Verwaltungsleiter verschleiert worden sei. Auch hätten die Angezeigten – nach Erwerb eines Grundstücks von der Zeitung und Errichtung eines Parkhauses auf diesem Grundstück – der Zeitung zu Unrecht und ohne Rechtsgrundlage 70 Parkplätze im Parkhaus kostenlos zur Verfügung gestellt. Schließlich habe der Bürgermeister einem Oberarzt am Krankenhaus versprochen, den Bebauungsplan für ein im Eigentum des Arztes stehendes Grundstück zu ändern, damit dieser es nach seinen Vorstellungen bebauen könne. Im Gegenzug habe der Arzt zugesichert, langfristig am Krankenhaus zu bleiben. Bei diesen Vorgängen handele es sich um Vorteilsgewährung, Vorteilsannahme und Subventionsbetrug.

Mitarbeitern der Stadtverwaltung warf der Petent Körperverletzung vor. Er habe die Stadt mehrfach vergeblich aufgefordert, Brennesseln und Brombeeren auf dem im Eigentum der Stadt stehenden Nachbargrundstück des Petenten zurückzuschneiden. Bei Gartenarbeiten habe er sich in der Folge mehrfach an diesen Pflanzen verbrannt bzw. geschnitten. Darüber hinaus seien durch den Bewuchs auf dem Nachbargrundstück von ihm gepflanzte Thujahecken eingegangen. Das Verlangen des Petenten auf Schadensersatz habe die Stadtverwaltung an sich gezogen, obwohl das Nachbargrundstück schon vor einiger Zeit verkauft und eigentlich der neue Eigentümer nun sein Ansprechpartner sei. Hierbei handele es sich um arglistige Täuschung, unseriöses Geschäftsgebahren und wirtschaftliche Schädigung.

Die Grundbucheinstellungsstelle habe schließlich seinen Antrag auf Mitteilung des neuen Eigentümers seines Nachbargrundstücks ohne seine Einwilligung an die Stadt weitergeleitet. Dies stelle einen Verstoß gegen den Datenschutz dar.

Die Staatsanwaltschaft gab den Strafanzeigen mit Verfügung vom 30. November/1. Dezember 2017 keine Folge, da sich aus dem Vortrag des Beschwerdeführers keine ausreichenden Verdachtsmomente für die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens ergäben. Die hiergegen erhobene Beschwerde wies die Generalstaatsanwaltschaft am 17. Januar 2018 zurück. Mit Schreiben vom 8. Februar 2018 wies das Ministerium der Justiz und für Europa eine weitere Dienstaufsichtsbeschwerde des Petenten gegen die vorgenannten Entscheidungen zurück.

b)

Die Sachbehandlung der Strafanzeigen des Petenten durch die Staatsanwaltschaft und die Generalstaatsanwaltschaft ist nicht zu beanstanden. Ein Anfangsverdacht für Straftaten der angezeigten Personen ergab sich weder aus den Strafanzeigen des Petenten noch aus seinem weiteren Vorbringen. Einige der vor-

getragenen Sachverhalte verwirklichen schon objektiv und subjektiv unter keinem denkbaren Gesichtspunkt einen Straftatbestand, wie etwa die Weitergabe des Antrags auf Grundbucheinsicht durch die Grundbucheinstellungsstelle, die „Anmaßung“ der Zuständigkeit der Stadt für das Begehren des Petenten auf Schadensersatz, die Duldung angeblich rechtswidriger Zustände auf einem von der Stadt verpachteten Grundstück und die Verletzungen des Petenten durch Brennesseln und Dornen auf dem Nachbargrundstück.

Im Übrigen bestanden schon nach dem Vorbringen des Petenten keine objektiven Anhaltspunkte für das Vorliegen von verfolgbaren Straftaten der angezeigten Personen. Hinsichtlich der angeblichen Spende einer Zeitung in Höhe von 50.000 Euro an die Stadt für den Erwerb einer Außenbühne im Jahr 2010 hatte der Petent selbst ausgeführt: „Inwieweit [die Zeitung] der Stadt 50.000 Euro zukommen ließ, vermag ich nicht zu sagen. Ich könnte mir vorstellen, dass [der Verwaltungsleiter und der Bürgermeister] eine kreative Möglichkeit gefunden haben, diese Summe zeitnah oder zeitversetzt im Haushalt unterzubringen.“ Dass eine Spende tatsächlich erfolgt war, ist damit gänzlich offen und beruhte lediglich auf subjektiven Annahmen des Petenten. Abgesehen davon erfüllt eine Spende an die Stadt den Vorwurf der Vorteilsgewährung nach § 333 Strafgesetzbuch (StGB) nicht.

Auch der Sachverhalt der Parkplätze im neu errichteten Parkhaus, die der Zeitung kostenlos zur Verfügung gestellt worden sein sollen, begründet keinen Anfangsverdacht für Straftaten. Die Vorteilsgewährung bzw. Bestechung nach §§ 333, 334 StGB setzen voraus, dass der Vorteilsempfänger ein Amtsträger ist. Das ist vorliegend nicht der Fall. Ein Subventionsbetrug nach § 264 StGB liegt schon begrifflich nicht vor. Gleiches gilt für die Änderung des Bebauungsplans durch die Stadt, um dem Eigentümer – gegen das Versprechen des Verbleibs am Krankenhaus – einen Bau nach seinen Wünschen zu ermöglichen. Straftaten sind nicht ersichtlich, zumal das Landratsamt dem Bauvorhaben den Angaben des Petenten zufolge zugestimmt hatte. Für eine „Verschwörung“ der Stadt und des Landratsamts bestehen keinerlei objektifizierbaren Anhaltspunkte.

Da ein Anfangsverdacht für strafbare Handlungen nicht bestand, war die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens und die Durchführung weiterer Ermittlungen nicht möglich.

2. Strafanzeige gegen den Bürgermeister wegen vorsätzlicher Körperverletzung

a)

In seiner Strafanzeige vom 17. Februar 2019 warf der Petent dem Bürgermeister vor, ihm am 23. Oktober 2018 während einer Sitzung des Gemeinderats absichtlich und mit voller Wucht mit der Schulter an den Kopf geschlagen zu haben. Hiervon habe der Petent kurze Gedankenaussetzer und psychische Probleme davongetragen.

Im Rahmen der durchgeführten Ermittlungen gab der vom Petenten benannte Zeuge an, dass der Beschuldigte mit seiner Schulter den Petenten an seiner Schulter angerempelt habe. Der Beschuldigte hätte das Zusammentreffen auch vermeiden können. Nach dem Zusammenprall habe der Petent Sitzungsunterlagen angeschaut.

Nachdem sich der Beschuldigte zunächst nicht eingelassen hatte, bejahte die Staatsanwaltschaft das besondere öffentliche Interesse an der Strafverfolgung und stellte das Verfahren mit Zustimmung des Amtsgerichts am 29. August 2019 nach § 153 a Absatz 1 Strafprozessordnung (StPO) gegen Zahlung einer Geldauflage in Höhe von 250 Euro vorläufig ein.

Mit Schreiben vom 1. Oktober 2019 lehnte der Beschuldigte die Einstellung ab und trug vor, dass er den Petenten lediglich beim Vorübergehen berührt habe. Dieser habe auch keine Verletzungen erlitten.

Mit Verfügung vom 10. Oktober 2019 gab die Staatsanwaltschaft der Strafanzeige mangels öffentlichen Interesses keine Folge und verwies den Beschwerdeführer auf den Privatklageweg (§§ 374, 376 StPO). Der Rechtsfrieden sei nicht über den Lebenskreis des Verletzten hinaus gestört, außerdem habe sich der Beschuldigte bisher straffrei geführt und sei wegen einer gleichartigen Tat bislang nicht in Erscheinung getreten.

Die hiergegen erhobene Beschwerde wies die Generalstaatsanwaltschaft am 15. Januar 2020 zurück. Mit Schreiben vom 27. April 2020 wies das Ministerium der Justiz und für Europa eine weitere Dienstaufsichtsbeschwerde des Petenten gegen die vorgenannten Entscheidungen zurück.

b)

Die Verneinung des öffentlichen Interesses an der Erhebung der öffentlichen Klage nach § 376 StPO und damit auch die Verneinung des – zunächst bejahten – besonderen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung nach § 230 Absatz 1 StGB durch die Staatsanwaltschaft ist dienstaufsichtsrechtlich nicht zu beanstanden. Das öffentliche Interesse ist nach Nr. 233 der Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren (RiStBV) grundsätzlich nur dann zu bejahen, wenn eine rohe Tat, eine erhebliche Misshandlung oder eine erhebliche Verletzung vorliegt. Das besondere öffentliche Interesse im Sinne von § 230 Abs. 1 StGB erfordert nach Nr. 234 Absatz 1 RiStBV in der Regel zusätzlich, dass der Täter einschlägig vorbestraft ist, roh oder besonders leichtfertig oder aus rassistischen, fremdenfeindlichen oder sonstigen menschenverachtenden Beweggründen gehandelt hat, durch die Tat eine erhebliche Verletzung verursacht wurde und die Strafverfolgung ein gegenwärtiges Anliegen der Allgemeinheit ist. Nach diesen Maßstäben sind die Entscheidungen der Staatsanwaltschaft und der Generalstaatsanwaltschaft nicht zu beanstanden. Nach der Verneinung des (besonderen) öffentlichen Interesses wäre das Verfahren allerdings nach § 170 Absatz 2 StPO einzustellen gewesen, da der Petent den nach § 230 Absatz 1 StGB erforderlichen Strafantrag nicht

innerhalb der Drei-Monats-Frist nach § 77 b Absatz 1 StGB gestellt hatte.

3. Strafanzeige gegen einen Gemeinderat wegen Beleidigung

a)

Am 8. August 2019 erstattete der Petent beim Polizeirevier Strafanzeige gegen Gemeinderat X wegen Beleidigung in einer an den Petenten gerichteten E-Mail. Der Petent war mit den Äußerungen des Gemeinderats bereits am 26. Juli 2019 und am 8. August 2019, knapp zwei Stunden vor der Anzeigenerstattung, per E-Mail an das Polizeirevier herangetreten und hatte dort erklärt: „Vorerst möchte ich auf eine Strafanzeige verzichten, [...]“ und „Eine Anzeige werde ich nicht erstatten, [...]“.

Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren mit Verfügung vom 20. August 2019 nach § 170 Absatz 2 StPO ein, weil der Petent einen Strafantragsverzicht erklärt habe, der unwiderruflich sei. Die hiergegen gerichtete Beschwerde wies die Generalstaatsanwaltschaft am 3. September 2019 zurück.

b)

Die Sachbehandlung durch die Staatsanwaltschaft und die Generalstaatsanwaltschaft ist nicht zu beanstanden. Die Beleidigung nach § 185 StGB wird nach § 194 StGB nur auf Antrag verfolgt. Allerdings kann auf die Stellung eines Strafantrages bis zum Ablauf der Antragsfrist nach § 77 b Absatz 1 StGB durch formfreie Erklärung gegenüber der zuständigen Stelle verzichtet werden. In diesem Fall kann entsprechend § 77 d Absatz 1 Satz 3 StGB ein Strafantrag nicht mehr gestellt werden. Die Äußerungen des Petenten per E-Mail vom 26. Juli und 8. August 2019 vor der Anzeigenerstattung lassen insoweit erkennen, dass der Petent, dem die Notwendigkeit eines Strafantrags bei Beleidigungsdelikten bekannt war, auf einen Strafantrag verzichten wollte. Der erneute Strafantrag war daher unwirksam.

4. Strafanzeige gegen den Hauptamtsleiter wegen Betrugs und falscher uneidlicher Aussage

a)

Der Petent warf dem Hauptamtsleiter mit Strafanzeige vom 15. August 2019 vor, er habe in einer Hauptverhandlung vor dem Landgericht am 31. Juli 2019 im Rahmen einer Zivilsache wahrheitswidrige Angaben gemacht. Er habe behauptet, dass es in einer verwaltungsgerichtlichen Angelegenheit noch keine Entscheidung gegeben habe, obwohl diese bereits ergangen gewesen sei.

Aus dem beigezogenen Protokoll der Hauptverhandlung ergab sich, dass der Beschuldigte als Vertreter der Klägerin, der Stadt, an der Verhandlung teilgenommen hatte, in der der Petent Beklagter war. Dem Protokoll selbst ließen sich die dem Beschuldigten vorgeworfenen Äußerungen nicht entnehmen, in einer

dienstlichen Stellungnahme konnte sich der Vorsitzende Richter nicht mehr an den genauen Wortlaut der Angaben des Beschuldigten erinnern.

Mit Verfügung vom 9. Januar 2020 stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren nach § 170 Absatz 2 StPO ein, da das Verhalten des Beschuldigten keinen Straftatbestand erfülle. In der hiergegen gerichteten Beschwerde führte der Petent an, dass von ihm benannte Zeugen bestätigen könnten, dass der Beschuldigte wahrheitswidrige Aussagen gemacht habe. Im Übrigen habe der Beschuldigte auch in einem Verfahren vor dem Verwaltungsgericht in einem Schriftsatz falsche Angaben gemacht. Die Generalstaatsanwaltschaft wies die Beschwerde am 24. März 2020 zurück. Hinsichtlich des Vorwurfs wahrheitswidriger Angaben gegenüber dem Verwaltungsgericht werde bereits der konkrete Vorwurf nicht klar, außerdem sei die Staatsanwaltschaft für Verfolgung von Straftaten außerhalb ihres Geschäftsbereichs nicht zuständig.

Mit Schreiben vom 27. April 2020 wies das Ministerium der Justiz und für Europa eine weitere Dienstaufsichtsbeschwerde des Petenten gegen die vorgenannten Entscheidungen zurück.

b)

Die Sachbehandlung durch die Staatsanwaltschaft und die Generalstaatsanwaltschaft ist nicht zu beanstanden. Die Äußerungen des Beschuldigten, selbst unterstellt, sie seien so gefallen, verwirklichen keinen Straftatbestand. Wegen falscher uneidlicher Aussage nach § 153 StGB macht sich lediglich derjenige strafbar, der als Zeuge oder Sachverständiger vor Gericht falsch aussagt. Der Beschuldigte ist allerdings sowohl beim Landgericht als auch beim Verwaltungsgericht als Parteivertreter aufgetreten. Hinsichtlich des Tatbestandes des Betrugs nach § 263 StGB fehlt es bei den dem Beschuldigten vorgeworfenen Äußerungen an der für den Tatbestand notwendigen Eignung, das Gericht hierdurch zu einer für die Klägerin zu Unrecht günstigen Entscheidung zu veranlassen.

5. Strafanzeige gegen den Bürgermeister und einen Gemeinderat wegen Vorteilsgewährung und Vorteilsannahme

a)

In seiner Strafanzeige vom 3. September 2019 warf der Petent dem Bürgermeister vor, er habe über Jahre toleriert, dass Gemeinderat Y im Pausenraum der Verwaltungsmitarbeiter der Stadt einen Werbekasten für eine Versicherung aufgehängt habe, für die Herr Y tätig war. Hierdurch seien andere Versicherungen benachteiligt worden, da städtische Mitarbeiter Herrn Y und der von ihm vertretenen Versicherung „zugetrieben“ wurden. Der Bürgermeister habe demnach Vorteilsgewährung begangen, Gemeinderat Y Vorteilsannahme.

Mit Verfügung vom 9. Oktober 2019 gab die Staatsanwaltschaft der Strafanzeige nach § 152 Absatz 2 StPO keine Folge. Die hiergegen gerichtete Beschwer-

de wies die Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart am 13. Januar 2020 zurück. Mit Schreiben vom 27. April 2020 wies das Ministerium der Justiz und für Europa eine weitere Dienstaufsichtsbeschwerde des Petenten gegen die vorgenannten Entscheidungen zurück.

b)

Die Staatsanwaltschaft und die Generalstaatsanwaltschaft haben zu Recht einen Anfangsverdacht von Straftaten der Angezeigten abgelehnt. Die Gestattung durch den Bürgermeister, im Pausenraum einen Werbekasten aufzuhängen, erfüllt keinen Straftatbestand. Da ein Anfangsverdacht für strafbare Handlungen nicht besteht, ist die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens und die Durchführung weiterer Ermittlungen, insbesondere – wie vom Petenten gefordert – die Vernehmung von Zeugen und der angezeigten Personen bzw. die Ermittlung eines angeblichen Vorteils, nicht möglich.

6. Strafanzeige gegen den Ersten Polizeihauptkommissar wegen Freiheitsberaubung

a)

Am 18. Februar 2020 erstattete der Petent Strafanzeige gegen Ersten Polizeihauptkommissar Z. Dieser habe als stellvertretender Revierleiter des Polizeireviers den Petenten am 18. Februar 2020 als vermeintlichen Störer einer Gemeinderatssitzung der Stadt aus dem Sitzungsraum in das Polizeirevier gebracht und anschließend veranlasst, den Petenten für die Dauer von zehn bis fünfzehn Minuten im Wachvorraum des Polizeireviers einzuschließen.

Im Rahmen der von der Staatsanwaltschaft veranlassenen Ermittlungen wurde der Petent am 12. März 2020 ausführlich zum Sachverhalt vernommen. Zum Ablauf der Gemeinderatssitzung wurde ferner der Hauptamtsleiter zum Einschließen des Petenten ein weiterer Polizeibeamter angehört. Die Staatsanwaltschaft kam insoweit zum Ergebnis, dass das Verhalten des Beschuldigten den Tatbestand der Freiheitsberaubung nach § 239 Absatz 1 StGB erfülle. Anhaltspunkte für eine Rechtfertigung bestünden nicht, insbesondere hätten die Voraussetzungen einer polizeirechtlichen Ingewahrsamnahme nicht vorgelegen.

Mit Verfügung vom 19. August 2020 stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren mit Zustimmung des Amtsgerichts gegen Zahlung eines Betrags in Höhe von 500 Euro an eine gemeinnützige Einrichtung nach § 153 a Absatz 1 StPO vorläufig und nach Zahlung des Betrages am 1. September 2020 mit Verfügung vom 4. September 2020 endgültig ein. Die hiergegen gerichtete Beschwerde, in der der Petent vor allem rügt, dass die von ihm benannten Zeugen nicht gehört worden seien, wies die Generalstaatsanwaltschaft am 9. Oktober 2020 zurück.

b)

Die Entscheidungen der Staatsanwaltschaft und der Generalstaatsanwaltschaft sind nicht zu beanstanden.

Eine Einstellung des Verfahrens nach § 153 a Absatz 1 StPO unter Auflagen und Weisungen ist dann möglich, wenn diese Auflagen und Weisungen geeignet sind, das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung zu beseitigen und die Schwere der Schuld nicht entgegensteht. Die Staatsanwaltschaft hat bei ihrer Entscheidung vorliegend unter anderem berücksichtigt, dass der Beschuldigte bisher strafrechtlich nicht in Erscheinung getreten ist, der Zeitraum, in dem der Petent eingeschlossen war, relativ kurz war und der Beschuldigte sich inzwischen im Ruhestand befindet, weshalb keine Wiederholungsgefahr besteht. Das Amtsgericht hat diese Bewertung durch die Zustimmung zur vorgesehenen Einstellung des Verfahrens bestätigt.

Die Staatsanwaltschaft bewegt sich mit ihrer Entscheidung innerhalb der Grenzen des ihr zustehenden Ermessensspielraums. Beurteilungsfehler bei der Bewertung der Schuldschwere und des öffentlichen Verfolgungsinteresses sind insoweit nicht zu erkennen. Es ist ebenfalls nicht zu beanstanden, dass die weiteren vom Petenten benannten Zeugen nicht vernommen wurden. Sämtliche dieser Zeugen waren beim Kerngeschehen im Polizeirevier nicht anwesend, der Verlauf der Gemeinderatssitzung stand demgegenüber durch die eigenen Angaben des Petenten und diejenigen des Hauptamtsleiters bereits ausreichend fest.

7. Strafanzeigen gegen Unbekannt wegen Verstoßes gegen das Datenschutzgesetz

Am 30. Juli 2020 und am 13. August 2020 erstattete der Petent Strafanzeigen gegen Unbekannt „wegen Verstoßes gegen das Datenschutzgesetz und das Antidiskriminierungsgesetz“, da er in den öffentlich zugänglichen Niederschriften über Sitzungen des Technischen Ausschusses am 10. Juli 2019 und des Gemeinderats im April 2018 namentlich genannt worden sei.

Aufgrund vorrangig zu bearbeitender Verfahren konnte der Vorgang bei der Staatsanwaltschaft noch nicht abschließend bearbeitet werden. Zu beanstandende Verzögerungen sind insoweit nicht ersichtlich.

8. Strafanzeige gegen die Stadt wegen Untreue

a)

Am 13. September 2020 erstattete der Petent Strafanzeige wegen „Vorbereitung und Ausführung eines ‚Insidergeschäfts‘ im Zusammenhang mit dem Verkauf eines Grundstücks von der Stadt an einen Lebensmittel-Discounter mit der Folge eines ‚Bürgerbetrugs‘ in Höhe von bis zu 500.000 Euro.“ Der Petent machte insoweit geltend, dass die Grundstücksveräußerung am 3. August 2018 unter Wert erfolgt sei. Durch das zeitlich nachfolgende Bebauungsplanverfahren habe das Grundstück eine deutliche Wertsteigerung erfahren. Der Stadt sei ein massiver Vermögensschaden durch entgangene Haushaltseinnahmen entstanden.

Die Staatsanwaltschaft gab der Strafanzeige mit Verfügung vom 17. September 2020 nach § 152 Absatz 2

StPO keine Folge. Die hiergegen gerichtete Beschwerde wies die Generalstaatsanwaltschaft am 9. Oktober 2020 zurück.

b)

Die Sachbehandlung der Strafanzeige des Petenten durch die Staatsanwaltschaft und die Generalstaatsanwaltschaft ist nicht zu beanstanden. Ein Anfangsverdacht für Straftaten ergab sich weder aus den Strafanzeigen des Petenten noch aus seinem weiteren Vorbringen. Ein Betrug nach § 263 Absatz 1 StGB liegt schon tatbestandlich nicht vor, für die Verletzung einer Vermögensbetreuungspflicht und das Vorliegen eines Schadens im Sinne des § 266 Absatz 1 StGB (Untreue) bestehen keine objektivierbaren Anhaltspunkte. Allein die Tatsache, dass der Petent für seinen Vortrag zahlreiche Zeugen anbietet, ändert nichts daran, dass sich aus seinem Vortrag schon kein Anfangsverdacht für das Vorliegen von Straftaten ergibt.

II. Ermittlungsverfahren gegen den Petenten

1. Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung und Verleumdung zum Nachteil von Erstem Polizeihauptkommissar Z

Dem Petenten wird von Erstem Polizeihauptkommissar Z zur Last gelegt, während der Gemeinderatssitzung am 18. Februar 2020 öffentlich über ihn geäußert zu haben: „jetzt macht er schaulaufen“ und „das alles auf meine Steuerkosten“. Außerdem habe der Petent den Ersten Polizeihauptkommissar am 19. Februar 2020 im Beisein des Leiters des Polizeireviers als „Kettenhund des Revierführers“ bezeichnet und am 10. März 2020 in einer an zahlreiche Empfänger gesandten E-Mail geäußert, dass er von Z „wie der letzte Dreck“ behandelt worden sei.

Im Rahmen der durchgeführten Ermittlungen wurden neben dem Petenten unter anderem auch drei von ihm benannte Zeugen angehört, ein weiterer vom Petenten benannter Zeuge blieb einem Vernehmungstermin unentschuldig fern und äußerte sich auch sonst nicht zur Sache.

Aufgrund vorrangig zu bearbeitender Verfahren konnte der Vorgang bei der Staatsanwaltschaft noch nicht abschließend bearbeitet werden. Zu beanstandende Verzögerungen sind insoweit nicht ersichtlich.

2. Ermittlungsverfahren wegen verbotener Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen

a)

Der Petent nahm am 10. Juli 2020 Einsicht in Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft, in denen er als Anzeigerstatter aufgetreten war. Sodann versandte er mit einer E-Mail vom 19. Juli 2020 an eine Zeitung, das Amtsgericht und weitere nicht akteneinsichtsberechtigte Dritte Ablichtungen einer Verfügung aus einem noch anhängigen Verfahren.

Die Staatsanwaltschaft leitete am 20. Juli 2020 wegen dieses Sachverhalts ein Ermittlungsverfahren gegen den Petenten wegen verbotener Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen nach § 353 d Nr. 3 StGB ein. Aufgrund eines vom Amtsgericht erlassenen Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluss wurden verschiedene Datenträger, unter anderem Computer und Mobiltelefone, beim Petenten sichergestellt. Bis auf einen Computer wurden die sichergestellten Gegenstände am 6. August 2020 wieder an den Petenten herausgegeben.

Das Landgericht hat mit Beschluss vom 12. November 2020 die im Rahmen des Ermittlungsverfahrens vom Amtsgericht angeordnete Beschlagnahme des Computers aufgehoben. Die Staatsanwaltschaft hat am 23. November 2020 die Rückgabe des Computers an den Petenten verfügt.

b)

Die Bejahung eines Anfangsverdachts für eine Straftat nach § 353 d Nr. 3 StGB durch die Staatsanwaltschaft ist nach Auffassung des Justizministeriums zwar nicht zu beanstanden.

Das Landgericht ist jedoch entgegen der Staatsanwaltschaft und dem Amtsgericht der Auffassung, dass die Verfügung aus einem Ermittlungsverfahren, die der Petent mit E-Mail vom 19. Juli 2020 an eine Zeitung, das Amtsgericht und weitere nicht akteneinsichtsberechtigte Dritte versandt hatte, nicht dem Tatbestand des § 353 d Nr. 3 StGB unterfällt. Es hat deshalb die im Rahmen des Ermittlungsverfahrens vom Amtsgericht angeordnete Beschlagnahme des Computers aufgehoben. Bei der Entscheidung über den weiteren Fortgang des Ermittlungsverfahrens wird die Staatsanwaltschaft die Rechtsauffassung des Landgerichts zu berücksichtigen haben.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird hinsichtlich der erbetenen Herausgabe des Computers für erledigt erklärt. Darüber hinaus kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatteerin: Philippi

24. Petition 16/4874 betr. Bebauung des Friedrichsparks u. a.

I. Gegenstand der Petition

Die Petentin wendet sich gegen die Planung einer baulichen Erweiterung der Universität Mannheim im Bereich des Schlossparks (Teilbereich Friedrichspark) südwestlich der Innenstadt von Mannheim.

Aus Sicht der Petentin soll die Erweiterung der Universität an anderen Standorten als dem Friedrichspark erfolgen. Durch einen Abriss des Eisstadions mit anschließender Renaturierung ohne eine etwaige flä-

chenversiegelnde Neubebauung könnten aus Sicht der Petentin im Einzelnen folgende Aspekte gefördert werden: Bereicherung der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt durch Renaturierung des Friedrichsparks, Erhaltung der Frischluftschneise, keine weitere Bodenversiegelung, kein Eingriff in das Erscheinungsbild des Mannheimer Schlosses und letztlich auch der Erhalt von 266 der Baumschutzsatzung unterliegenden Bäume.

II. Die Prüfung der Petition ergab Folgendes:

1. Kurze Schilderung des Sachverhalts

Der Friedrichspark in Mannheim, zwischen der Bismarckstraße, dem Parkring und dem Schloss bzw. der Mensa gelegen, ist ein Rest des ehemaligen Schlossparks. In diesem Bereich wurde 1939 über die Bestellung eines Erbbaurechts ein Eisstadion auf der im Eigentum des Landes stehenden Fläche erstellt. Das Eisstadion wurde 1969 überdacht und damit von einer offenen Anlage im Park zu einem massiven Bauwerk. Die Nutzung als Eisstadion ist bereits aufgegeben und mit dem Ablauf des Erbpachtvertrags für das Gelände im Jahr 2021 eröffnet sich die Chance für die Neuordnung dieses Bereichs.

Gleichzeitig benötigt die Universität dringend bauliche Entwicklungsperspektiven. Es bestehen Bedarfsanmeldungen für Erweiterungsbauten, die aus Sicht der Universität möglichst dicht im baulichen und funktionalen Zusammenhang mit den bestehenden Anlagen in einem Campus errichtet werden sollen. Die räumlichen Abstände zwischen den verschiedenen Einrichtungen der Universität sind dabei von zentraler Bedeutung für die Organisation des Vorlesungsbetriebs der Universität und haben nach Einschätzung der Universität unmittelbare Auswirkungen auf den erforderlichen Umfang der Vorlesungs- und Seminarräume.

Zur Neuordnung des Bereichs betreibt die Stadt derzeit das Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans (Aufstellungsbeschluss vom 24. März 2020). Die städtebaulich-freiraumplanerische Konzeption sieht eine bauliche Erweiterung der Bismarckstraße sowie die Herstellung einer großen, zusammenhängenden Parkfläche vor.

Zur Aufwertung des Friedrichsparks und zur Erweiterung der Universität wurde im Vorfeld des Bebauungsplanverfahrens ein langfristiges Gesamtentwicklungskonzept erstellt. Damit die verschiedenen Anforderungen, die an dieses Konzept gestellt werden, zu einer objektiven und optimalen Lösung geführt werden, wurden durch das Land und die Stadt gemeinsam von Mai bis November 2017 ein städtebaulich-landschaftsplanerischer Wettbewerb mit 30 Teilnehmern (jeweils Architekt/Stadtplaner mit Landschaftsplaner) durchgeführt.

Im Anschluss an das Wettbewerbsverfahren wurde der erstplatzierte Wettbewerbsentwurf zu einem städtebaulich-landschaftsplanerischen Rahmenplan weiterentwickelt, der dem Aufstellungsbeschluss für das Bebauungsplanverfahren zugrunde liegt. Dabei wur-

den die potenziellen Auswirkungen der Planung sowohl hinsichtlich des vorhandenen Baumbestands als auch hinsichtlich der klimatischen Auswirkungen gutachterlich untersucht. Auf der Grundlage von Planungsempfehlungen der Gutachter wurde die Planung überarbeitet, um eine größere Zahl von Bäumen zu erhalten und die Durchlüftung zu verbessern. Hierzu wurden gegenüber dem Wettbewerbsergebnis die Abstände zwischen den einzelnen Gebäuden deutlich vergrößert und damit die bauliche Ausnutzung deutlich reduziert.

Bei der Erarbeitung des Rahmenplans wurden die in der Petition angesprochenen Themen bereits intensiv untersucht:

– Stadtklima

Zur fachlichen Prüfung des Entwurfs des Rahmenplans wurde eine klimaökologische Stellungnahme in Auftrag gegeben. Als Ergebnis der Stellungnahme vom 19. Februar 2019 wurde der Abstand zwischen den Baukörpern deutlich erhöht und die Baumasse reduziert. Noch vor dem Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan wurde zu dem städtebaulichen Konzept des fertigen Rahmenplans ein Klimagutachten mit Modellierung des Bestands und der geplanten Bebauung erstellt. Die Ergebnisse dessen sollen in die Festsetzungen des Bebauungsplans einfließen.

– Baumbestand

Die bestehenden Bäume wurden bereits vor dem Wettbewerb erfasst und für die Ausarbeitung der Wettbewerbsentwürfe zur Verfügung gestellt. Bei der Überarbeitung des Rahmenplans wurde der Bestand erneut bewertet. In der Folge wurden die Freiräume zwischen den Gebäuden verschoben und derart modifiziert, dass als besonders wertvoll eingestufte Bäume erhalten bleiben können. Von den im Geltungsbereich des Bebauungsplans vorhandenen 274 Bäumen können voraussichtlich 170 Bäume erhalten werden. Von den 104 zu fallenden Bäumen sind wiederum 68 Baumfällungen allein auf den Abriss des Eisstadions zurückzuführen. Lediglich 36 Bäume müssen allein aufgrund der Neubauten der Universität gefällt werden. Dabei muss eine differenzierte Betrachtung auf der Grundlage der Schutz- und Erhaltungswürdigkeit erfolgen. So entfallen nordöstlich des heutigen Eisstadions beispielsweise Pappeln, die eine geringere ökologische Wertigkeit und eine vergleichsweise geringe Lebenserwartung haben. Für den entfallenden Baumbestand sollen gemäß Baumschutzsatzung der Stadt Ersatzpflanzungen vorgenommen werden.

– Erscheinungsbild des Schlosses

Die Grünfläche ist eine Teilfläche des ehemals großzügigen Schlossparks. Durch bauliche Veränderungen der Vergangenheit ist dieser Zusammenhang kaum erkennbar. Bei der Umsetzung des Rahmenplans kann durch den Abbruch des Eisstadions und die Neuordnung der Flächen eine großzügige, attraktive Parkfläche mit Bezug zur Universität sowie zur Innenstadt

geschaffen werden. Durch die Einbeziehung in das universitäre Ensemble kann der Park eine neue Bedeutung bekommen und damit an Attraktivität gewinnen.

Mit dem Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan wurde der Rahmenplan nach intensiver Diskussion durch die gemeinderätlichen Gremien als Grundlage für das weitere Bebauungsplanverfahren beschlossen und die Verwaltung mit der Erstellung eines Bebauungsplans für drei Baukörper und die südlich angrenzende Parkfläche beauftragt. Die Gremien haben die Verwaltung darüber hinaus mit der Erarbeitung eines Rahmenplans in Zusammenarbeit mit der Landesverwaltung für den Bereich des Verbindungskanals beauftragt.

2. Beurteilung des Falles, insbesondere rechtliche Würdigung

Die Bauleitplanung (Flächennutzungsplanung, Bebauungsplanung) ist das zentrale Instrument des Städtebaurechts und wird grundgesetzlich in Artikel 28 Absatz 2 GG bzw. Artikel 71 Absatz 1 LV als Teil der sog. kommunalen Selbstverwaltungshoheit gewährleistet. Durch das BauGB werden hierfür nähere bundesrechtliche Anforderungen vorgegeben.

Zentrale Bedeutung für das Bebauungsplanverfahren hat das in § 1 Absatz 7 BauGB vorgeschriebene Abwägungsgebot, nach dem die Gemeinde zum Zeitpunkt des (noch ausstehenden) Satzungsbeschlusses für den Bebauungsplan die von der Planung berührten öffentlichen und privaten Belange gerecht gegen- und untereinander abzuwägen hat.

Da die Abwägungsentscheidung noch aussteht, kann hierzu nur allgemein Folgendes gesagt werden:

Der Gemeinderat ist nach dem Abwägungsgebot verpflichtet, sämtliche von der Planung berührten öffentlichen und privaten Belange einschließlich der relevanten Stellungnahmen aus den o. g. Beteiligungsverfahren in die Abwägung mit einzubeziehen und diese gegen- und untereinander gerecht abzuwägen. Zu diesen Belangen gehören nach § 1 Absatz 6 Nr. 7 BauGB u. a. auch die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Dem Gemeinderat steht es allerdings im Rahmen der Abwägung offen, sich bei der Kollision zwischen verschiedenen Belangen für die Bevorzugung eines Belangs und damit notwendigerweise für die Zurückstellung eines anderen zu entscheiden, soweit nicht zwingende Rechtsvorschriften (wie etwa das Artenschutzrecht) dem entgegenstehen. Das Vorziehen und Zurücksetzen bestimmter Belange ist – innerhalb des vorgegebenen Rahmens – die elementare planerische Entschließung der Gemeinde über die städtebauliche Entwicklung und Ordnung und kein aufsichtlich nachvollziehbarer Vorgang. Die objektive Gewichtigkeit der berührten Belange ist dabei von der Gemeinde zu ermitteln. Die Gemeinde verletzt das Abwägungsgebot nach § 1 Absatz 7 BauGB nur dann, wenn ein Belang unverhältnismäßig und unvertretbar zurückgesetzt wird.

Gemessen daran ist ein Verstoß gegen das Abwägungsgebot bislang nicht erkennbar. Die Gemeinde hat zur fachlichen Vorbereitung ihrer Planung ein Wettbewerbsverfahren durchgeführt und eine Rahmenplanung unter Berücksichtigung städtebaulicher und freiraumplanerischer Aspekte erarbeitet. Die in der Petition benannten Aspekte sind der Stadt ebenfalls bereits bekannt und schon Gegenstand der fachlichen Prüfung und gehören damit bereits zum Abwägungsmaterial im Sinne von § 2 Absatz 3 BauGB für das Bebauungsplanverfahren.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens werden die Äußerungen der Öffentlichkeit (§ 3 BauGB) sowie der Behörden und Träger öffentlicher Belange (§ 4 BauGB) geprüft und fließen zusammen mit den erstellten Fachgutachten zu Klima, Baumschutz und Artenschutz in den Entwurf des Bebauungsplans ein. Dieser wird den gemeinderätlichen Gremien im Vorfeld der öffentlichen Auslegung sowie zum Satzungsbeschluss vorgelegt werden. Dies entspricht den rechtlichen Anforderungen des BauGB an ein Bebauungsplanverfahren.

III. Ergebnis

Nach dieser Sach- und Rechtslage kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Der Petentin steht es allerdings frei, die von ihr benannten Anregungen und Stellungnahmen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bebauungsplanentwurf (§ 3 Absatz 2 BauGB) zu gegebener Zeit einzubringen.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatte(rin): Philippi

25. Petition 16/4922 betr. Veröffentlichung aller De-Mail-Adressen von Behörden

Der Petent begehrt, dass die De-Mail-Adressen aller Behörden und Gerichte des Landes und seiner Kommunen umgehend auf deren jeweiligen Homepages in geeigneter Form frei zugänglich veröffentlicht werden.

Der Petent begründet seine Petition wie folgt:

Die gesetzlichen Grundlagen zur rechtsverbindlichen elektronischen Kommunikation mit den Behörden und Gerichten seien bereits geschaffen. Um die Nutzung der Kommunikation mittels De-Mail allen Bürgern und Unternehmen zu eröffnen, seien die eingerichteten De-Mail-Adressen umgehend auf den jeweiligen Homepages bekannt zu machen.

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

Das Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung des Landes Baden-Württemberg (E-Government-Gesetz Baden-Württemberg, EGovG BW) verpflichtet in § 2 Absatz 1 die Behörden des Landes, Gemeinden und Gemeindeverbände in Baden-Württemberg seit dem 1. Januar 2016 einen Zugang für die elektronische Kommunikation zu eröffnen.

1. Behörden des Landes

Behörden des Landes im Sinne von § 1 Absatz 2 EGovG BW sind gemäß § 2 Absatz 3 EGovG BW seit dem 1. Januar 2019 darüber hinaus verpflichtet, den elektronischen Zugang zusätzlich durch eine De-Mail-Adresse im Sinne des De-Mail-Gesetzes zu eröffnen. Von dieser Verpflichtung werden lediglich die Behörden des Landes ausgenommen, die keinen Zugang zu dem zentral angebotenen IT-Verfahren haben, über das die De-Mail-Dienste für die Landesverwaltung angeboten werden.

Die Landesverwaltung hat alle zur Zugangseröffnung eingerichteten De-Mail-Adressen im öffentlichen Verzeichnisdienst des De-Mail-Dienstes (§ 7 De-Mail-Gesetz) veröffentlicht. Aufgrund von § 1 Absatz 2 De-Mail-Gesetz ist sichergestellt, dass dieser Verzeichnisdienst allen Nutzenden des De-Mail-Dienstes zur Verfügung steht – und somit auch dem Petenten, falls dieser Teilnehmer des De-Mail-Dienstes sein sollte. Für den elektronischen Zugang zur Verwaltung mittels De-Mail sind damit alle Voraussetzungen hinreichend erfüllt.

Zusätzlich stellen die Behörden des Landes in Erfüllung von § 3 Absatz 1 i. V. m. § 15 Absatz 2 EGovG BW Informationen über ihre Aufgaben, ihre Anschrift, ihre Geschäftszeiten sowie postalische, telefonische und elektronische Erreichbarkeiten im Serviceportal Baden-Württemberg (Dienstleistungsportal nach § 15 EGovG BW, erreichbar unter <https://service-bw.de>) bereit und stellen sicher, dass diese Informationen dem neuesten Stand entsprechen. Zu den elektronischen Erreichbarkeiten zählt auch die De-Mail-Adresse.

An einer zusätzlichen Veröffentlichung von De-Mail-Adressen in den Internetpräsenzen der Behörden besteht weder rechtlich noch technisch Bedarf. Auch wäre eine dortige Veröffentlichung keinesfalls allgemein üblich. So zählt die De-Mail-Adresse insbesondere auch nicht zu den in § 5 Absatz 1 Telemediengesetz normierten allgemeinen Informationspflichten.

Im Übrigen präferiert die Verwaltung – wie bereits in Drucksache 16/4395 ausgeführt – Systeme, die – im Unterschied zu De-Mail – einen strukturierten Datenaustausch und damit die Möglichkeit zu einer automatisierten Weiterverarbeitung vorsehen. In diesem Zusammenhang spielt neben dem im Steuerbereich bewährten Verfahren ELSTER auch das auf dem Serviceportal Baden-Württemberg bestehende System zur Online-Beantragung von Verwaltungsleistungen eine zunehmend wichtige Rolle. Antragsprozesse, die die Nutzenden Schritt-für-Schritt bei der Beantragung

unterstützen, ermöglichen eine unmittelbare Validierung der Eingabedaten und lassen schon heute eine direkte Überführung der Antragsdaten in die zuständigen Fachverfahren zu.

2. Gerichte

Durch das Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten (ERVGerFöG) wurden die Prozessordnungen um Regelungen zur sicheren elektronischen Übermittlung von Dokumenten an die Gerichte ergänzt. Der Postfach- und Versanddienst eines De-Mail-Kontos zählt – bei Einhaltung bestimmter Voraussetzungen – zu den vom Gesetz vorgeschriebenen sichereren Übermittlungswegen, vgl. exemplarisch § 130 a Absatz 4 Nummer 1 der Zivilprozessordnung.

Die De-Mail-Adressen aller deutschen Gerichte sind u. a. im öffentlichen Verzeichnisdienst von De-Mail veröffentlicht. Folglich steht es allen Teilnehmenden des De-Mail-Dienstes – und somit auch dem Petenten, falls dieser am De-Mail-Dienst teilnehmen sollte, – im Rahmen des elektronischen Rechtsverkehrs frei, über De-Mail Dokumente bei den Gerichten einzureichen.

Soweit sich der Geltungsbereich des EGovG BW auf die Gerichte erstreckt, vgl. hierzu § 1 Absatz 4 EGovG BW, ergibt sich die Pflicht, einen Zugang für die elektronische Kommunikation durch eine De-Mail-Adresse zu eröffnen, ergänzend auch aus § 2 Absatz 3 EGovG BW.

Für die insoweit geltenden Informationspflichten des § 3 Absatz 1 i. V. m. § 15 Absatz 2 EGovG BW, zu denen auch die Pflicht zur Veröffentlichung der De-Mail-Adresse im Serviceportal Baden-Württemberg zählt, sei auf die zuvor unter a) getroffenen Ausführungen verwiesen.

Ein Rechtsanspruch auf eine zusätzliche Veröffentlichung der De-Mail-Adressen in den Internetpräsenzen der Gerichte besteht hingegen nicht. Auch ist kein entsprechender Bedarf erkennbar.

In diesem Zusammenhang gilt es zu berücksichtigen, dass die Gerichte mit der Infrastruktur des Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfachs (EGVP) über einen Kommunikationskanal verfügen, der auf die speziellen Anforderungen im Justizbereich ausgelegt ist und nach den eigenen Bedürfnissen kontinuierlich weiterentwickelt werden kann. Im Unterschied zu De-Mail findet bei EGVP eine durchgängig verschlüsselte Übertragung vom Absender zum empfangenden Gericht statt. Auch größere Dokumente lassen sich über EGVP unproblematisch übertragen.

Für das Jahr 2021 plant die Justiz unserer Kenntnis nach die Einführung von authentifizierten Bürgerkonten, sodass – vergleichbar mit dem besonderen elektronischen Anwaltspostfach – auch für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen ein sicherer, authentifizierter und kostenlos angebotener Zugang zu EGVP und damit zu den Gerichten, Anwälten, Notaren, etc. zur Verfügung steht.

3. Kommunen

Auch wenn es nach dem EGovG BW keine generelle Verpflichtung für den kommunalen Bereich gibt, die De-Mail als elektronischen Zugang zur Verwaltung einzurichten, ergibt sich in Baden-Württemberg seit dem 1. Januar 2019 für Bußgeldbehörden aus § 110 c Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten i. V. m. § 32 a Absatz 4 Nummer 1 der Strafprozessordnung eine entsprechende Pflicht.

Da die Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstige der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts die unter Ziffer 1 näher ausgeführten Informationspflichten des § 3 Absatz 1 EGovG BW gemäß § 15 Absatz 3 EGovG BW über das Serviceportal Baden-Württemberg erfüllen, besteht weder in rechtlicher noch technischer Hinsicht Bedarf an einer zusätzlichen Veröffentlichung in den jeweiligen Internetpräsenzen.

Ergebnis:

Weder Behörden des Landes, Gerichte noch Kommunen sind verpflichtet, De-Mail-Adressen auf ihren Internetpräsenzen zu veröffentlichen. Die elektronische Erreichbarkeit der Behörden des Landes sowie aller Gerichte ist für die Teilnehmenden des De-Mail-Dienstes über den öffentlichen Verzeichnisdienst des De-Mail-Dienstes sichergestellt, auf den alle Teilnehmenden des De-Mail-Dienstes Zugriff haben. Dadurch und durch die für die Behörden des Landes, Gerichte und Kommunen bereits bestehende Verpflichtung, eingerichtete De-Mail-Adressen auf dem Serviceportal Baden-Württemberg zu veröffentlichen, besteht der vom Petenten vorgebrachte Bedarf, Behörden zu einer zusätzlichen Veröffentlichung ihrer De-Mail-Adressen in ihren Internetpräsenzen zu verpflichten, erkennbar nicht.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatterin: Philippa

26. Petition 16/4900 betr. Steuersache

Die Petenten begehren die Berücksichtigung der in ihrer Einkommensteuererklärung 2019 geltend gemachten Aufwendungen für zwei Kuraufenthalte als außergewöhnliche Belastungen. Für die Petenten sei nicht nachvollziehbar, weshalb das Finanzamt diese Kosten nicht anerkenne und umfangreiche Nachweise fordere. Die Petenten fühlen sich durch das Finanzamt schikaniert.

Die Petenten sind aufgrund ihres Alters nicht mehr erwerbstätig. Der Petent gibt an, schwer an Krebs erkrankt zu sein und der vorgelegte Schwerbehindertenausweis weist einen bescheinigten Grad der Behinderung von 100 aus. Der Petent ist in Pflegegrad 3 eingestuft.

In der Einkommensteuererklärung 2019 machten die Petenten außergewöhnliche Belastungen nach § 33 Einkommensteuergesetz (EStG) in Höhe von 12.748 Euro geltend. Dabei handelt es sich ausschließlich um Krankheitskosten. Darin enthalten sind zum einen Aufwendungen für einen Reha- und Kuraufenthalt der Petentin vom 4. bis 25. Februar 2019 in Höhe von 2.352 Euro. Zum anderen werden Aufwendungen in Höhe von 6.315 Euro für einen Kuraufenthalt des Petenten vom 22. September bis zum 19. Oktober 2019 beansprucht.

Mit Schreiben vom 3. Juni 2020 bat das Finanzamt die Petenten um Vorlage der vor Antritt der Kuraufenthalte ausgestellten amtsärztlichen Atteste. Die Petenten wurden darauf hingewiesen, dass dies erforderlich sei, um die Notwendigkeit der Maßnahmen nachzuweisen. Ferner wurden die Petenten um Mitteilung gebeten, weshalb die Kosten für die Kuraufenthalte von der Krankenkasse nicht bzw. nur teilweise übernommen worden seien.

Mit Schreiben vom 18. Juli 2020 teilte der Petent mit, dass er gesetzlich krankenversichert ist. Darüber hinaus besteht eine Zusatzversicherung, die lediglich Zusatzleistungen bei stationären Krankenhausaufenthalten, jedoch keine Kurleistungen abdeckt. Angesichts seiner schweren Krebserkrankung wollte er nicht jedes Mal seine Krankenkasse in Anspruch nehmen und daher die Kosten für die Kuraufenthalte als Selbstzahler übernehmen.

Darüber hinaus trägt der Petent vor, dass ein Antrag auf Übernahme der Kosten für den Kuraufenthalt der Petentin gestellt wurde. Der Antrag wurde jedoch vor Antritt der Kur nicht beschieden. Eine Verschiebung der Kur war nicht möglich, da diese nur während eines zeitgleichen Klinikaufenthaltes des Petenten möglich war. Er ist aufgrund seiner Erkrankung auf Hilfe angewiesen und hat zu dieser Zeit einen Rollstuhl benötigt.

Auch der Aufenthalt des Petenten in der Klinik war notwendig. Die Petentin hat sich im selben Zeitraum im Rahmen einer kassenärztlich genehmigten Kur ebenfalls in der Klinik aufgehalten. Da sich der Petent zu Hause nicht selbst versorgen kann, war er ebenfalls in der Klinik. Er ist nicht verpflichtet, hierfür seine Krankenkasse in Anspruch zu nehmen.

Mit Steuerbescheid vom 31. Juli 2020 wurde die Einkommensteuer 2019 in Höhe von 9.803 Euro festgesetzt. Die Aufwendungen für die Klinikaufenthalte vom 4. bis 25. Februar 2019 und vom 22. September bis zum 19. Oktober 2019 in Höhe von insgesamt 8.667 Euro wurden dabei vom Finanzamt nicht als außergewöhnliche Belastungen steuermindernd berücksichtigt. In den Erläuterungen zum Einkommensteuerbescheid 2019 wurde ausgeführt, dass eine Anerkennung der Aufwendungen für die Kuraufenthalte ohne die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes über die medizinische Notwendigkeit nicht möglich ist. Der Ansatz der gekürzten außergewöhnlichen Belastungen im Einkommensteuerbescheid 2019 hat zur Folge, dass sich die verbleibenden anerkannten außergewöhnlichen Belastungen in Höhe von 3.323 Euro

nach Abzug der zumutbaren Eigenbelastung von 4.122 Euro auf die Höhe der Einkommensteuerfestsetzung nicht auswirken.

Mit Schreiben vom 16. August 2020 legte der Petent gegen den Einkommensteuerbescheid 2019 fristgerecht Einspruch ein und teilte mit, dass er nicht versteht, weshalb man bei privaten Heilbehandlungen einen Amtsarzt bemühen muss.

Am 21. August 2020 wurden die Petenten im Rahmen der Einspruchsbearbeitung erneut aufgefordert, ein amtsärztliches Gutachten oder eine ärztliche Bescheinigung eines Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung vorzulegen, aus der sich die für die steuerliche Berücksichtigung notwendige Zwangsläufigkeit der Aufwendungen für die Kuraufenthalte ergibt. Unter Verweis auf die eingelegte Petition bat der Petent zuletzt in mehreren Schreiben gegenüber dem Finanzamt um Verlängerung der Frist zur Begründung seines Einspruchs.

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

Voraussetzung für die Berücksichtigung von Aufwendungen als außergewöhnliche Belastungen nach § 33 Absatz 1 EStG ist deren Zwangsläufigkeit. § 33 Absatz 4 EStG i. V. m. § 64 Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV) gibt für bestimmte Aufwendungen im Krankheitsfall vor, wie der Nachweis der Zwangsläufigkeit durch den Steuerpflichtigen erbracht werden muss. Ein qualifizierter formaler Nachweis ist immer dann zu erbringen, wenn die medizinische Indikation der Maßnahme nur schwer zu beurteilen und daher die Eignung zur Heilung oder Linderung einer Krankheit nicht unmittelbar ersichtlich ist. Daher ist gemäß § 64 Absatz 1 Nr. 2 Buchst. a EStDV die Zwangsläufigkeit von Kosten für Bade- oder Heilkuren durch ein vor Beginn der Heilmaßnahme ausgestelltes amtsärztliches Gutachten oder eine ärztliche Bescheinigung eines Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (§ 275 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch) nachzuweisen.

Gegen die strenge Formalisierung des Nachweises der Zwangsläufigkeit von Aufwendungen im Krankheitsfall bestehen nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs keine verfassungsrechtlichen Bedenken. Aufgrund der Neutralität und Unabhängigkeit eines Amtsarztes sowie eines Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung ist dieses Nachweiserfordernis im steuerlichen Massenverfahren geeignet, erforderlich und auch verhältnismäßig, um die nach Artikel 3 Absatz 1 Grundgesetz gebotene Besteuerung nach der individuellen Leistungsfähigkeit zu gewährleisten. Bei Kosten für Arznei-, Heil- und Hilfsmittel sind die Nachweiserfordernisse geringer. Insoweit genügen Verordnungen des behandelnden Arztes oder Heilpraktikers. Auch in den Fällen einer Erkrankung mit einer nur noch begrenzten Lebenserwartung gelten die Nachweisanforderungen des § 64 EStDV uneingeschränkt, da die Regelung keine Differenzierung zwischen verschiedenen Krankheitskosten enthält.

Aus den eingereichten Unterlagen ergibt sich, dass es sich beim Aufenthalt der Petentin um eine Heilkur

i. S. d. § 64 Absatz 1 Nr. 2 Buchst. a EStDV handelt. Unter einer Kur im Sinne der Vorschrift werden regelmäßig die Aufwendungen für eine der Behandlung einer Krankheit dienenden Reise verstanden. Bei der Klinik handelt es sich um eine Reha-Klinik, in der typischerweise Kur- und Reha-Aufenthalte durchgeführt werden.

Gleiches gilt für den stationären Aufenthalt des Petenten vom 22. September bis zum 19. Oktober 2019. In dieser Klinik hielt sich der Petent im gleichen Zeitraum wie die Petentin auf, die dort eine kassenärztlich genehmigte Kur wahrnahm. Das Angebot der Klinik umfasst Therapien zur Prävention und Behandlung chronischer Erkrankungen bis hin zur Weichenstellung für einen gesunden Lebensstil. Im Einzelnen werden naturheilkundliche Kur- und Sanatoriumsbehandlungen sowie Heilfasten, Massagen, Darm-Kuren, Infusionen zur Immunstärkung, Wassertherapie nach Kneipp usw. angeboten.

Vor dem Hintergrund des Angebotes der Klinik sowie angesichts der zeitgleich in der Klinik durchgeführten Kur der Petentin ist davon auszugehen, dass es sich bei dem Aufenthalt des Petenten um eine Heilkur i. S. d. § 64 Absatz 1 Nr. 2 Buchst. a EStDV handelte.

Die steuerliche Berücksichtigung der von den Petenten selbst getragenen Aufwendungen für die Kuraufenthalte in beiden Kliniken als außergewöhnliche Belastungen nach § 33 Absatz 1 EStG setzt zwingend die Vorlage eines vor Antritt der Kuraufenthalte ausgestellten Gutachten eines Amtsarztes oder eine vor Beginn der Heilmaßnahme erstellte ärztliche Bescheinigung eines Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung voraus. Von diesem gesetzlich normierten Nachweiserfordernis kann im Rahmen der Einkommensteuerfestsetzung durch das Finanzamt nicht abgesehen werden.

Soweit seitens des Petenten aufgrund seiner Anforderungen gegenüber seiner Krankenkasse sowie gegenüber dem Medizinischen Dienst nachträglich ausgestellte Bescheinigungen oder Gutachten vorgelegt werden, führt dies zu keiner geänderten rechtlichen Beurteilung.

Beschlussempfehlung:

Bei der bestehenden Sach- und Rechtslage kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Selcuk

27. Petition 16/4931 betr. Freizeitangebot in der Justizvollzugsanstalt

Der Petent wendet sich gegen die Ausgestaltung des Freizeitprogramms in der Justizvollzugsanstalt.

Gemäß § 57 Satz 3 Justizvollzugsgesetzbuch Buch 3 (JVollzGB III) haben die Justizvollzugsanstalten Angebote zur sportlichen Betätigung, insbesondere während des Aufenthalts im Freien, vorzuhalten.

Zutreffend ist zwar, dass das angebotene Freizeitprogramm zur effektiven Bekämpfung der Ausbreitung des Corona-Virus in den Justizvollzugsanstalten eingeschränkt werden musste.

Dennoch gibt es in der Justizvollzugsanstalt weiterhin ein wöchentliches Freizeitangebot, welches an Werktagen – getrennt nach Hafthäusern – für jedes Haft-haus Fußball, Badminton, Tischtennis, Muskelfitness-training und Yoga umfasst. Zudem fand zuletzt in den Monaten September und Oktober jeweils ein zusätzlicher Sporttag am Wochenende statt.

Die Verfahrensweise der Justizvollzugsanstalt ist nicht zu beanstanden.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Zimmermann

28. Petition 16/5063 betr. Rundfunkbeitrag

Der Petent fordert die Abschaffung der Rundfunkbeitragspflicht mit der Begründung, die öffentlich-rechtlichen Programme hätten sich zu Nischenprogrammen entwickelt. Es müsse auf alternative Informationskanäle ausgewichen werden und der Rundfunkbeitrag sei daher nicht mehr gerechtfertigt.

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks über den Rundfunkbeitrag ist verfassungsrechtlich abgesichert. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts steht den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ein aus Artikel 5 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes abgeleiteter Anspruch auf funktionsgerechte Finanzausstattung zu. Es ist die Aufgabe des Gesetzgebers, eine funktionsgerechte Ausgestaltung der Rundfunkanstalten zu garantieren. Er hat hierbei eine weite, verfassungsrechtlich nicht im Einzelnen vorgezeichnete Spanne von Regelungsmöglichkeiten. Der Rundfunkbeitrag ist die vorrangige Finanzierungsquelle.

Den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten fließen daher Mittel aus dem Rundfunkbeitrag zu, die sich jedoch streng an ihrem Bedarf orientieren, den die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten regelmäßig unabhängig und sachverständig, zuletzt im 22. Bericht aus dem Februar 2020, ermittelt. Im Anschluss an den Bericht wird der Rundfunkbeitrag sodann von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder staatsvertraglich festgelegt und von den Landtagen gesetzlich umgesetzt.

Dem beitragsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt innerhalb des dualen Rundfunksystems eine besondere Bedeutung zu, was das Bundesverfassungsgericht in ständiger Rechtsprechung bestätigt

(zuletzt mit Urteil vom 18. Juli 2018). Durch die beitragsbasierte Finanzierung soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk unabhängig vom Markt und damit unabhängig von den Mechanismen von Angebot und Nachfrage existieren können. Er hat nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Aufgabe, als Gegengewicht zu den privaten Rundfunkanbietern ein Leistungsangebot hervorzubringen, das einer anderen Entscheidungsrationalität als der der marktwirtschaftlichen Anreize folgt. Er hat so zu inhaltlicher Vielfalt beizutragen, wie sie nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts allein über den freien Markt nicht gewährleistet werden kann. Denn der publizistische und ökonomische Wettbewerb führt nicht automatisch dazu, dass in den Rundfunkprogrammen die Vielfalt der in einer Gesellschaft verfügbaren Informationen, Erfahrungen, Werthaltungen und Verhaltensmuster abgebildet wird.

Die Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks werden zudem in der derzeitigen Situation von allen Bevölkerungsgruppen intensiv nachgefragt. Tagtäglich arbeiten die Journalistinnen und Journalisten in den Rundfunkanstalten unter Hochdruck daran, die Bevölkerung mit verlässlichen Informationen und Hintergründen zu versorgen und gleichzeitig ihrem Bildungs- und Unterhaltungsauftrag nachzukommen.

Eine Abschaffung der Rundfunkbeitragspflicht kommt daher nicht in Betracht.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Zimmermann

28.01.2021

Die Vorsitzende:
Krebs